Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951
1950

48 (29.11.1950)

Visual Library

WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Nr. 48 — 5. Jahrgang (Verlagspostamt: Rottweil) Karlsruhe, 29. November 1950 50 D-Pfennige

Die aktuelle Reportage dieser Ausgabe ist den Klepper-Werken in Rosenheim am Inn gewidmet. Das obere Bild zeigt den Eingang zum Werk und das untere die Toreinfahrt zum Hauptfabrikgebäude mit dem interessanten Bild

Fertigwarenausfuhr stark gestiegen

Besserung der Handelsbilanz im November - Exportförderung, aber Ostexport noch behindert
Import wird beschränkt - Schweden sperrt Eisenerzausfuhr - Grundstoffproduktion sinkt

Wir müssen heute unsere Wochenübersicht mit dem Thema Außenhandel beginnen. Das entspricht der Bedeutung, die gerade in diesem Zeitpunkt diesem Problem von der Bundesregierung beigemessen wird.

Stellen wir zunächst fest, daß im Oktober das Außenhandelsvolumen der Bundesrepublik den größten Umfang seit Kriegsende erreichte. Der Gesamtwert der Ausfuhr hat sich im Oktober auf 902 Mill. DM erhöht. An der Steigerung der Ausfuhr um 202 Mill. DM sind die Fertigwaren mit 183 Mill., also 90 %, beteiligt. Also ist die Exporterhöhung fast ausschließlich dem Fertigwarenexport zuzuschreiben. Das ist eine besonders erfreuliche Entwicklung. Auch der Anteil der Fertigwaren an der Gesamtausfuhr ist von 63,5 im September auf 69,1 % im Oktober gestiegen. Mehr ausgeführt wurden insbesondere Walzwerkserzeugnisse, Kraftfahrzeuge, Maschinen, elektrotechnische und chemische Erzeugnisse; auf sie allein entfiel etwa ¾ der Steigerung des Fertigwarenexports. An Lebensmitteln stieg die Ausfuhr von Hopfen und Käse erheblich.

Vorsorglich hohe Einfuhr

Der Gesamtwert der Einfuhr ist im Oktober auf 1314 Mill. DM gestiegen; das Handelsdefizit beträgt also über 400 Mill. DM. Knapp ¼ der Zunahme entfiel auf die Ernährung, vor allem Getreide, Obst und Südfrüchte. Die Mehreinfuhr der gewerblichen Wirtschaft (217 Mill. DM) setzte sich zu mehr als ⅔ aus Rohstoffen und Halbwaren zusammen, vor allem Textilrohstoffe, Nichteisenmetalle, Erdöl, Häute und Kautschuk wurden in erheblich höherem Umfange eingeführt, wobei die Erhöhung des Importwertes wahrscheinlich zu einem nicht geringen Teil auf die erhöhten Preise zurückzuführen ist. Allerdings hat sich auch die Fertigwareneinfuhr gegenüber dem Oktober 1949 verdreifacht. Günstig ist nur die Verschiebung zwischen Einfuhr und Ausfuhr. Schaltet man nämlich die Preisänderungen aus, dann hat sich gegenüber dem Oktober 1949 die Ausfuhr um 180 %, die Einfuhr dagegen nur um 65 % erhöht.

Herr Erhard hat nun vor einigen Tagen erklärt, daß im November die Ausfuhr noch stärker gestiegen und die Einfuhr zurückgegangen sei. Tatsächlich ist der Anstieg der Importe wohl mit starken Deckungskäufen vor Inkrafttreten der neuen Einfuhrvorschriften und mit saisonbedingten Mehreinfuhren zu erklären.

Gehemmter Ost-Export

Da man nun den deutschen Export fördern will, scheint es uns zunächst einmal wichtig zu sein, auf die Diskriminierung des deutschen Handels mit dem Osten hinzuweisen. Wir haben schon in der vorigen Ausgabe gemeldet, daß immer wieder deutsche Exportsendungen nach Ostländern an der Grenze festgehalten werden, obwohl sie mit ordnungsmäßigen Papieren versehen sind. Es wurde wiederholt festgestellt, daß die deutschen Behörden bei der Ausstellung der Ausfuhrgenehmigung mit der nötigen Sorgfalt vorgegangen sind, daß aber die alliierten Grenzkontrollstellen oft nicht über die erforderlichen Materialkenntnisse verfügten. Abgesehen von zusätzlichen Kosten bedeutet das Zurückhalten der deutschen Ausfuhrsendungen eine Schädigung des Ansehens der deutschen Exportwirtschaft im Ausland, es gefährdet die Bemühungen um eine Wiederbelebung des deutschen Exports nach Osten und insbesondere eine Diskriminierung der Bundesrepublik. Andere westliche Länder nämlich, insbesondere England und die USA liefern zur gleichen Zeit gleichartige Erzeugnisse an die Ostländer. Es ist ganz offensichtlich, daß wir unseren Export nach Osten noch erheblich steigern könnten, wenn endlich Ordnung in die Kontrollbestimmungen gebracht würde und die Diskriminierung aufhörte. Es wird deshalb von deutscher Seite gefordert, daß 1. die von der zentralen Genehmigungsstelle erteilten Ausfuhrgenehmigungen unwiderruflich gelten sollen, 2. die alliierte Grenzkontrolle sich allein darauf zu beschränken habe, ob die Ausfuhrgenehmigung ordnungsgemäß und die ausgeführte Ware mit der Deklaration identisch ist, und 3. der Genehmigungsstelle im Rahmen ihrer Richtlinien die Befugnisse zu selbständigen Entscheidungen zuerkannt werden.

Förderung des Exports

Die Bundesregierung berät augenblicklich über Maßnahmen zur Förderung des Exports. Der Außenhandelsausschuß hat dazu folgende Maßnahmen empfohlen: 1. das Gesetz für die steuerliche Entlastung des Exports soll schnell verabschiedet werden, 2. die Exportindustrie soll bei der Zuteilung der ERP-Gegenwert-

Was wird?

Erhard wünscht Auslandsanleihe

Nicht der Konsum, sondern die Spartätigkeit wird sinken
Der Versuch einer eingleisigen Liberalisierung

Was wird, sagt eigentlich immer der sehr redefleißige Herr Bundeswirtschaftsminister. Aus seinen Reden in den letzten Tagen könnten wir folgende Stichworte aufgreifen: Die soziale Marktwirtschaft wird beibehalten, ebenso die Liberalisierung des Außenhandels, zur weiteren Steigerung des Exports wird staatlicherseits geholfen, die Importe werden beschränkt, der Konsum wird durch Steuern gedrosselt, die Kohlenkrise wird bald überwunden sein, und das Ausland muß Kapital hergeben. Darum fährt Herr Erhard im Januar in die USA.

So sieht die Lage durch die rosenrote Brille des Bundeswirtschaftsministers aus. Gehen wir diesen einzelnen Stichworten einmal nach und nehmen wir dabei die rosenrote Brille ab. Da ist zunächst die Konsumbeschränkung, Teil 1: im Inland, Teil 2: durch Verringerung der Importe.

Zu Teil 1: In der freien Wirtschaft pflegt eine Konsumbeschränkung durch gesteigerte Preise automatisch einzutreten. In der sozialen Marktwirtschaft ist man gegen steigende Preise, muß also ein anderes Einschränkungsmittel finden. Kontingentierung oder gar Bewirtschaftung (ist das nicht doch annähernd dasselbe?) lehnt die soziale Marktwirtschaft ab. Also bleiben die Steuern. An dieser Schraube kann man drehen. Die Wirtschaft bleibt zwar frei, nur die Schrauben werden etwas fester angedreht. Dem kleinen Mann kann man sagen: Du bekommst keine Lebensmittelkarte, aber auf deiner Lohntüte wird ein höherer Steuerbetrag stehen. Für den kleinen Mann ist es ganz gleichgültig, ob bei gleichem Lohn-Auszahlungsbetrag die Preise steigen oder bei gleichbleibenden Preisen durch Erhöhung der Steuern der Auszahlungsbetrag geringer wird. Darum wird bei einer Konsumbeschränkung durch Erhöhung der Steuern automatisch eine neue Welle der Lohnerhöhung einsetzen. Es erreichen uns gerade in den letzten Tagen mehrere Meldungen, aus denen hervorgeht, daß die bisher durchgeführten Lohnerhöhungen durch die eingetretenen Preiserhöhungen bereits überholt seien. Ein Lohnstop wie in dem disziplinierten England wird kaum in Deutschland erreichbar sein. Selbst wenn man ihn aber erreichte und die Steuern erhöhte, würde wahrscheinlich immer noch nicht der Konsum betroffen, sondern die Spartätigkeit — das an sich schon zarte Pflänzchen, das aber doch langsam stärker zu werden schien. Und gerade auf eine Stärkung der Spartätigkeit käme es jetzt an; denn, gutem Vernehmen nach, ist Kapital knapp, knapper, am knappesten.

Teil 2: Herr Erhard kündigte an, daß im November schon die Importe zurückgegangen seien, während die Exporte weiter stiegen. Im Oktober stand einer Ausfuhr von 902 Mill. DM eine Einfuhr von 1314 Mill. DM gegenüber. Nach Erhard's Voraussage dürfte also im November das Handelsdefizit geringer als 400 Mill. DM sein. Es ist auch richtig, daß sich das Bild seit einem Jahr sehr zugunsten der Ausfuhr verändert hat. Die Einfuhr hat sich nämlich (bei Ausschaltung der Preisänderungen) im Oktober 1950 gegenüber dem Oktober 1949 um 65 %, die Ausfuhr dagegen um 180 % erhöht. Wir wollen die Bedeutung der Entwicklung, die aus diesen Zahlen spricht, nicht unterschätzen, aber es besteht die Gefahr, daß bei Manipulierungen das Prinzip der Liberalisierung zu stark durchlöchert wird. (Man hört schon Klagen aus Norwegen über unsere „Handelspraxis".) Selbstverständlich kann man durch eine Verfügung der Bank Deutscher Länder die Importeure zwingen, 50 % des Rechnungsbetrages gleichzeitig mit dem Importantrag zu hinterlegen und man kann den Diskontsatz stark erhöhen, aber was wird, wenn durch diese Maßnahmen nicht die Warenmengen von Deutschland abgenommen werden, die in den Handelsverträgen festgelegt sind? Es geht doch nicht an, daß man die Liberalisierung nur einseitig verlangt, nämlich Freiheit für unsere Waren, aber Drosselungsmaßnahmen für die Einfuhr ausländischer Waren. Es ist wohl richtig, daß wir auf französische Parfums verzichten könnten, aber es ist für die Franzosen ebenso richtig, daß sie auf ihrem Schein bestehen. Liberalisierung ist nicht eingleisig.

Noch viel schwieriger wird die prinzipielle Situation, wenn, wie man beabsichtigt, unsere Regierung daran geht, den Export mit staatlichen Mitteln zu fördern. Soweit dies durch Bevorzugung in der Rohstofflieferung geschieht, läßt sich das noch vertreten, aber wenn Steuererleichterungen gewährt werden, dann könnte leicht in der ausländischen Presse das Fremdwort Dumping auftreten. Wir müssen uns jedenfalls davor hüten, daß uns im Export Dumping und im Import Diskriminierung vorgeworfen wird, aber auf beides scheinen die Absichten Erhard's hinauszulaufen.

Herr Erhard behauptete weiter, daß die geplanten Maßnahmen nicht zu einer Deflation und damit verbundener erhöhter Arbeitslosigkeit führen würden. Wir geben ihm darin recht, aber die Kohlenkrise ist viel eher geeignet, Kurzarbeit und vielleicht auch zusätzliche Arbeitslosigkeit hervorzubringen. Die Stahlproduktion für den November wird kaum mehr als 1 Mill. t betragen gegen 1,1 im Oktober. Da geht es also schon los. Herr Erhard hat auch recht, wenn er es als seine Hauptaufgabe bezeichnete, inflationistische Tendenzen abzuwenden.

Damit kommen wir auf das Problem der Auslandsanleihen. Auslandsanleihen haben zweifellos preissteigernde Wirkung. Man soll das nicht immer gleich Inflation nennen. Wir haben ja in Deutschland jetzt steigende Preise, denn die Rohstoffpreise und die Zinskosten sind gestiegen, und wir haben höhere Löhne, aber von einer Inflationstendenz kann gar keine Rede sein.

Dagegen ergeben sich bei der Frage der Auslandsanleihen Auswirkungsmöglichkeiten, die untersucht werden müssen. Man wird zunächst unterscheiden müssen zwischen privat gegebenen Auslandsanleihen und einer von einem Staat gegebenen Anleihe. Wir können heute schon sagen, daß private Auslandsanleihen kaum nach Deutschland gegeben werden, insbesondere weil (neben anderen weniger wichtigen Gründen) Deutschland das militärische Vorfeld bei eventuell kommenden Ereignissen sein wird.

Auch die Schweiz hat trotz ihres Kapitalüberflusses keine Neigung oder nur in ganz begrenztem Umfang (nämlich bei Errichtung eigener Anlagen in Deutschland) Geld nach Deutschland zu legen. Höchstens würde die Schweiz die in Deutschland festgefrorenen Beträge zu Investitionszwecken in Deutschland freigeben.

Es käme also nur eine Anleihe der Weltbank an die Bundesrepublik in Frage. Nehmen wir an, eine solche Anleihe würde uns gewährt, ähnlich denen, die die Weltbank anderen Staaten gewährt hat. Wir könnten mit diesen Mitteln zusätzlich Rohstoffe importieren oder auch Werkzeugmaschinen. Aber wer soll uns diese Rohstoffe und Maschinen liefern? Die Rohstoffe sind knapp, die Maschinen noch knapper, die USA brauchen selbst beides und soweit sie es nicht brauchen, horten sie, insbesondere die Rohstoffe. Und in Deutschland würde um den Betrag der Anleihe eine Erhöhung des Kreditvolumens, wahrscheinlich sogar um mehr, eintreten.

Man müßte schon die Absicht dieser Anleihe viel genauer präzisieren. Dabei denken wir etwa daran, der Weltbank folgende Verwendungsmöglichkeiten für die Anleihe vorzuschlagen: In den meisten deutschen Wirtschaftszweigen ist die Kapazitätsgrenze erreicht; wenn man den deutschen Lebensstandard nicht durch Konsumbeschränkungen ermäßigen will, muß für den zusätzlichen Export, der zum Ausgleich unserer Handelsbilanz notwendig ist, zusätzliche Kapazitäten schaffen. Darüber hinaus müßte Deutschland, sollten wir direkt oder indirekt eine Produktionserweiterung in Rücksicht auf das Verteidigungsprogramm durchführen müssen, einen weiteren Auslandskredit bekommen, um diese Produktionserweiterung finanzieren zu können. Beides wird sich weitgehend überschneiden. Wenn Deutschland nämlich aus Frankreich oder aus England Aufträge erhält, deren Durchführung in diesen Ländern wegen Umstellung auf Rüstungsproduktion nicht mehr möglich ist, dann würde ja dadurch automatisch unser Export steigen und der Ausgleich unserer Handelsbilanz in greifbare Nähe rücken.

Nur unter diesen Aspekten ist eine Auslandsanleihe zu vertreten, und sie müßte so groß sein, daß auf alle Fälle unsere Handelsbilanz ausgeglichen werden kann. Wenn gar, was Gott verhüten möge, von uns die Produktion von Rüstungsmaterial verlangt wird, das nicht exportiert, sondern den in Deutschland stationierten Divisionen der Europa-Armee übergeben wird, dann müßte die Rohstoffbeschaffung dafür devisentechnisch — und was noch wichtiger ist, mengenmäßig — gesichert sein. Wir müßten, mit anderen Worten, abgesehen von der mengenmäßigen Sicherstellung der Rohstoffe, einen entsprechend erhöhten Export erreichen, wegen Kapazitätserweiterung und damit Anleihen notwendig sind.

Einer Verminderung des Lebensstandards muß auf alle Fälle vorgebeugt werden. Sie wird sich ja auch wahrscheinlich verhindern lassen, weil durch diese zusätzliche Produktion auch das Sozialprodukt steigen wird, aber es muß auch stärker als um den Betrag steigen, der sich aus der finanziellen, also steuerlichen, Belastung ergibt, die uns unser Beitrag zum Verteidigungsprogramm Europas auferlegt. Das ist nicht in erster Linie ein wirtschaftliches, sondern **ein politisches Postulat.** H.

Landser ohne Führung

Der Hamburger Bürgermeister Brauer hielt eine scharfe Rede, in der er u. a. erklärte, der Westen müsse mit allen Mitteln aufrüsten und den Frieden sichern. Für Deutschland dürfe es keine Neutralität geben. Im gleichen Atemzug gab er auch zu wissen, die deutschen Militärs seien so diskreditiert, daß sie endgültig ausgespielt haben müßten. Deutsche Einheiten dürften deshalb nicht von alten deutschen Offizieren geführt werden. Allenfalls werde er, Brauer, einer europäischen Armee mit deutschen Freiwilligen zustimmen. Aus diesen deutschen Kontingenten könnte sich dann ein neues Offizierskorps entwickeln. Mit dieser Auffassung über den deutschen Beitrag für die Verteidigung Westeuropas kommt Herr Brauer den Wünschen der Alliierten weit entgegen, nämlich recht viel deutsche Landser und womöglich keine kriegserprobten deutschen Offiziere. Ohne deutsche Führung kann man dann den Landser dort einsetzen, wo es am beneidenswertesten ist. Man appelliert an seine Tapferkeit. Vielleicht steckt man diesen Landsern auch jeweils eine Abschrift der Nürnberger Prozeßakten in den Tornister. Wird der Landser von Partisanen umzingelt, dann soll er in diesen Akten blättern, sich sein Grab schaufeln und in dem Bewußtsein, daß er nicht gegen die Gesetze der Menschlichkeit verstoßen habe, seinen Tod erwarten.

Deutsche Kontingente ohne deutsche Führung heißt ohne deutsche Gleichberechtigung, und ohne deutsche Gleichberechtigung für die Freiheit Westeuropas, wie es heißt, in den Tod zu gehen, ist fürwahr eine Zumutung für den deutschen Landser. Da kann man nur im guten alten Landserjargon sagen: Herr Brauer hat Nerven. Glaubt er denn die Masse der deutschen Offiziere hätte überhaupt die Ambition in einem neuen Krieg zu kommandieren? Er soll sich nur nicht täuschen. Man wird da peinlich an die Antwort des Generalfeldmarschalls v. Manstein erinnert, der auf die Frage, ob er wieder mitmachen werde, entgegnet haben soll, er denke nicht daran, im nächsten Krieg sollen die Rechtsanwälte (er meinte wohl vor allem die von Nürnberg) das Kommando übernehmen. Vielleicht stellt sich dann auch der Hauptankläger von Nürnberg, Herr Kempner, der ehemalige deutsche Gardist, zur Verfügung. Herrn Brauer geben wir nur eines zu bedenken: Wenn er das künftige militärische Führerkorps aus den deutschen Kontingenten einer selbst noch ungeborenen Europa-Armee heraus neu „entwickeln" möchte, dann soll er sich vorsehen, daß ihm in der Zwischenzeit nicht sowjetische Offiziere zuvorkommen und dann auch ihm und seinen Gesinnungsfreunden einen unliebsamen strategischen Unterricht erteilen.

Im übrigen wird man im Kreml lächeln und sich die Hände freudig reiben. Denn nichts fürchtet man dort so sehr, als daß es dem Westen gelingen könnte, das Kraut gegen eine bestimmte Krankheit zu finden. Daß es noch nicht gewachsen ist, bestätigt die Forderung nach Ausschaltung kampferprobter und kriegserfahrener Truppenführer. hn.

Der Westen hilft

Das kommunistische Jugoslawien hat, wie die anderen Länder des Südostens auch, eine sehr schlechte Ernte eingebracht. Im wesentlichen ist dies auf die diesjährige Dürreperiode in den betreffenden Ländern zurückzuführen. Wir wollen aber nicht vergessen, daß die Belgrader Blätter seinerzeit darüber Klage führten, daß die Bauern im Monat Mai noch nicht einmal 60 Prozent ihres Anbausolls erfüllt hatten.

Jugoslawien stand also vor einer Hungerkatastrophe. Wie „Tanjug" berichtet, ist der Ertrag der diesjährigen Getreide- und Maisernte im Vergleich zur durchschnittlichen Ernte um rund 500 000 Waggons zurückgeblieben, die Zuckerproduktion um 10 000 Waggons und die Fettproduktion um 46 000 Tonnen. In normalen Jahren hat Jugoslawien Weizen, Mais und Fett exportiert.

Den Jugoslawen blieb also nichts anderes übrig, als sich an die Amerikaner um Hilfe zu wenden. Man weiß in Belgrad, daß man eine für den Westen äußerst wichtige strategische Position innehält, die sich der Westen unter keinen Umständen entgleiten lassen kann. Und in Washington, wo man schließlich Politik macht, wurde beschlossen, Tito tüchtig unter die Arme zu greifen. Für Tito und seinen Gehirntrust ist die Ernährungskrise nicht angenehm, aber in ihrem Schatten und in dem der amerikanischen Hilfe ist es immerhin leichter, „das von den Sowjets übernommene Schema", das dem Lande wenig angemessen ist, langsam abzustreifen. Und so erfolgt von Zeit zu Zeit ein kleiner Ruck nach West. Heute greift man sogar den Papst im Kreml an. Milovan Djilas, der Leiter der Propaganda, wirft ihm Förderung der Konterrevolution vor. Die Sowjetführer seien, schreibt Djilas in der „Borba", Feinde des Marxismus und der Demokratie. Der Konflikt zwischen Belgrad und ihnen könne nicht mehr beigelegt werden, und dieser Konflikt sei durchaus nicht schwächer und oberflächlicher, vielleicht sogar schärfer als der zwischen Arbeit und Kapital, zwischen der Despotie der Monopole und der proletarischen Volksdemokratie.

Die Amerikaner haben bedeutende Mittel für die Ernährung der jugoslawischen Bevölkerung und der Armee des Landes zur Verfügung gestellt. Die Armee soll auch moderne Waffen erhalten. Andererseits ist Tito zu Konzessionen bereit. Die Verteilung der Lebensmittel wird durch amerikanische Kommissionen kontrolliert. Selbstverständlich wird Jugoslawien in die Lage versetzt, seinerseits einen militärischen Beitrag für den Westen zu leisten. Es wird in erhöhtem Maße strategische Rohstoffe an die Westalliierten liefern, u. a. Blei, Kupfer, Zink, Chrom etc.

Wie gesagt, der Gehirntrust Titos arbeitet erstaunlich gut. Bei allen Erklärungen und Maßnahmen werden innen- und außenpolitische Strömungen berücksichtigt. Um die strammen Kommunisten nicht zu verärgern und keine Opposition aufkommen zu lassen, hat Tito den kominformistischen General Zujovic, seinen Kampfgenossen und später erbittertem Gegner von einem Tag zum andern aus dem Gefängnis entlassen. Zujovic gab — dieses sowjetische Schema hat man beibehalten — ein Reuebekenntnis und eine Treueerklärung ab, die als ein Erfolg für Tito gebucht wird. In dieser Erklärung sind auch die Amerikaner nicht vergessen. Es gibt, das weiß man in Belgrad, einige amerikanische Senatoren, die gegenüber Tito kurztreten wollen. Also hat man diese Erklärung gut temperiert. Zujovic beschreibt eine Unterredung mit dem sowjetischen Gewerkschaftsführer Kuznjezow. Dieser habe ihm, Zujovic, eine Landkarte gezeigt und auf Alaska gedeutet. Dieses Land haben, die Amerikaner von den Russen gekauft, soll Kuznjezow erklärt haben, es sei aber russisch und die Russen werden es ihnen wieder wegnehmen. hn.

Hinter der Maginot-Linie

Nach einer französischen Meldung haben Experten festgestellt, daß die Maginotlinie mit mehr oder minder großem Aufwand wieder aufgefrischt werden könnte. Es ist durchaus möglich, daß sich militärische Kreise Frankreichs mit dem Gedanken tragen, diesem Festungssystem seine ursprüngliche Bestimmung wiederzugeben. Die Militärs haben ihre Geheimnisse. Und das ist gut so. Man wird aus ihnen nicht schlau. Z. B. meldete MacArthur, daß sein Feldzug zu Weihnachten beendet sein werde, zu Weihnachten würden die UNO-Truppen wieder zu Hause sein. Die englische „News Chronicle" meint zwar, diese Erklärung nehme unter den Dummheiten der Geschichte einen führenden Platz ein, aber ein tüchtiger General glaubt an seinen Sieg und verwirrt den Gegner, nicht immer aber gibt er einen Termin bekannt.

Wir glauben nicht, daß die einmal überwundene „unüberwindliche" Maginot-Linie noch irgendeine bedeutsame Rolle spielen könnte, vor allem angesichts der in den letzten Jahren enorm entwickelten Angriffswaffen. Das dürfte auch den französischen Militärs bekannt sein. Es ist deshalb eher anzunehmen, daß man dem störrischen Nachbar zu verstehen geben will, man werde genötigt sein, die Freiheit Europas hinter dieser alten Mauer zu verteidigen, wenn er selbst größere Einheiten unter eigener Führung in vollster Gleichberechtigung zur Verteidigung seines Gebietes und damit des gesamten Westens für **notwendig erachtet.** s.

mittel stärker als bisher bedacht werden, damit sie durch Rationalisierung der Betriebe die Ausfuhrkapazität erweitern kann, 3. soll im Interesse des Exportanreizes der Dollarbonus beibehalten werden und 4. soll der Export von Rohstoffen auf ein Mindestmaß beschränkt werden, um Deutschland die notwendige Rohstoffbasis zu erhalten und die Möglichkeit zu geben, die Eigenverarbeitung der Rohstoffe zu erweitern. Auch die Kreditkosten sind für die Exportwirtschaft zu hoch.

Schweden sperrt Erzausfuhr

Insbesondere ist der von uns geforderte Kohlenexport zu hoch. Wie an anderer Stelle dieses Blattes gemeldet, wird die Stahlproduktion im November nur 1 Mill. t betragen gegen 1,13 Mill. t im Oktober. Dieser Rückgang ist allein auf die Knappheit an Kohle zurückzuführen. Die Walzwerke werden dadurch ebenfalls ihre Leistung reduzieren — und gerade die Walzwerkserzeugnisse waren, wie oben erwähnt, an der Exportsteigerung im Oktober hervorragend beteiligt. Eine weitere Sorge in diesem Industriesektor ist das von der schwedischen Regierung angeordnete Erzembargo. Begründet wird diese Liefersperre mit dem Ausbleiben der Ruhr-Kokslieferungen. Wenn wir nun schon Koks exportieren, dann sollten wir doch wenigstens dahin exportieren, woher wir die für uns so wichtigen Eisenerze bekommen. Würden die hochwertigen Schwedenerze länger ausbleiben, so müßten wir verstärkt die eisenarmen deutschen Erze verhütten, wobei wiederum mehr Koks gebraucht würde. Deutschland hat auf dieses Embargo Schwedens noch nicht reagiert. Exportlizenzen für Eisen- und Stahllieferungen nach Schweden sind bisher weiter erteilt worden. Wünschenswert wäre, wenn die Kohlen- und Koksmengen, die wir nach Schweden liefern sollen, wenigstens auf die außerordentlich hohe Exportquote, die die Ruhrbehörde festgesetzt hat, angerechnet würden.

Grenzen des Exports

So erfreulich ein hoher und wachsender Export ist, so muß doch die Grenze dort gesehen werden, wo die eigene Volkswirtschaft nicht mehr ausreichend versorgt wird. Das gilt gerade für Eisen- und Stahllieferungen. Man ist auf deutscher Seite der Ansicht, daß nur eine Stahlausfuhr von 15 bis 17% der Erzeugung tragbar ist, tatsächlich beträgt heute der Anteil zwischen 25 und 30%.

Import-Beschränkungen

Auf der Importseite will man durch Beschränkungen einen Zahlungsbilanzausgleich erreichen. Man will künftig keine Lizenzen mehr für die Einfuhr von Luxusgütern erteilen, solange das Devisenaufkommen nicht ausreicht, um dringlichere Importe zu decken. Außerdem soll durch allgemeine Steuern auf den Luxus die Einfuhr von Luxuswaren eingedämmt werden. Außerdem soll das Importlizenzverfahren rationeller gestaltet werden. Nicht benutzte Lizenzen sollen künftig sofort zurückgegeben werden, damit Devisen nicht unnötig lange gebunden bleiben. Die Industrie soll geeignete Maßnahmen zur rationelleren Rohstoffverwertung treffen.

Verlassen wir nun das Thema Außenhandel und wenden uns innerdeutschen Wirtschaftsereignissen zu. Über das Ausmaß der Kohlenpreiserhöhung ist zur Stunde noch nichts bekannt. Was mit den Eisenpreisen wird, ist auch noch nicht abzusehen.

Produktion steigt langsamer

Die Verlangsamung in der Zunahme der Produktion hat sich fortgesetzt. In der Bundesrepublik ist die Industrieproduktion im Oktober nur um 2 Prozent gegenüber dem September gestiegen. Im August und September betrug die Steigerung jeweils 6 Prozent. Dabei muß berücksichtigt werden, daß im Oktober die Produktion von Verbrauchsgütern um 6% gestiegen ist und in der Grundstoffindustrie zum erstenmal ein, wenn auch leichter Produktionsrückgang, nämlich um 2%, eintrat, der teilweise allerdings durch Saisoneinflüsse verursacht wurde. Immerhin ergibt sich, auf den Kopf der Bevölkerung bezogen, im Oktober 1950 eine Gesamt-Produktionsindexziffer von 98% von 1936.

Der Lebensstandard

Vom Standpunkt des Lebensstandards aus haben wir also noch nicht einmal das Jahr 1936 erreicht. Die Bevölkerungszahl ist ja heute in Westdeutschland wesentlich größer als 1936. Und 1936 war ein Jahr, in dem wir noch eine ziemlich große Arbeitslosenzahl hatten. 1936 begann erst in Deutschland die Aufrüstung. Das muß immer wieder gesagt werden, wenn so stillschweigend in dem Vergleich mit 1936 gemeint wird, wir hätten den Friedensstandard wieder erreicht. Davon kann vorläufig noch gar keine Rede sein. Das muß auch deshalb heute wieder betont werden, weil voraussichtlich neue Belastungen im Zuge des Verteidigungsprogramms Europas von uns erwartet werden, die in Prozentsätzen zum Sozialprodukt ausgedrückt werden. Wir halten uns dabei an die Rede, die McCloy am Wochenende in Hamburg gehalten hat. Darin brachte er zum Ausdruck, daß mit steigender Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse sich auch der Lebensstandard des deutschen Arbeiters bessern werde. Die deutschen Produktionsanlagen müßten verbessert und modernisiert werden, wenn Deutschland seinen Lebensstandard weiter erhöhen und seine Exportlücke überbrücken will. Es wird nötig sein, Herrn Mc Cloy an diese Sätze zu erinnern, wenn die Belastungen Wirklichkeit werden, die das Verteidigungsprogramm erfordern. Nur wenn es gelingt, bei weiter steigendem Lebensstandard diese Belastungen aufzubringen, wird auch die politische Sicherung des Verteidigungsprogramms erreicht.

Gleiche Sorgen in den USA

Dies führt uns in Gedanken hinüber in die USA. Dort findet ein ähnlicher Kampf statt wie in Deutschland. Der Finanzminister bei uns und das Schatzamt drüben sind wegen ihrer Anleihewünsche nicht für einen hohen Diskontsatz, aber sowohl in den USA hat sich der Federal Reserve Board wie in Deutschland der Zentralbankrat durchgesetzt und den Zinssatz heraufgesetzt. Immerhin kommt darin sowohl in den USA wie in Deutschland die Absicht der amtlichen Wirtschaftspolitik zum Ausdruck, sich von den bisherigen „Experimenten" mit Bewirtschaftungs- und Lenkungsmaßnahmen abzuwenden. Auch Herr Erhard hat noch einmal deutlich erklärt, daß er niemals zur Bewirtschaftung zurückkehren werde und hat alle Rücktrittsabsichten dementiert.

Es war nun sehr interessant, daß an der New Yorker Börse in der vergangenen Woche eine sehr feste Tendenz herrschte, die ihre Begründung in der Vermutung fand, die USA-Regierung werde doch wohl die Steuern nicht wesentlich erhöhen. Man rechnet höchstens mit einer Erhöhung der Besteuerung der Gesellschaftsgewinne von bisher 45% auf 50%. Auch die Übergewinnsteuer wird etwas milder ausfallen als von der Regierung gefordert (wahrscheinlich nur 75%).

Dagegen haben sich einige Kreditrestriktionen in den USA bereits ausgewirkt. So die Krediteinschränkungen für Abzahlungskredite. Die Umsätze dieser Art sind zurückgegangen und haben dem Steigen der Preise Einhalt geboten. Teilweise sind die Umsätze im Einzelhandel sogar stark zurückgegangen, was aber auch auf die Erwartung zurückgeführt wird, daß der Bedarf des zivilen Sektors kaum Einschränkungen unterliegen wird.

Trotzdem hat man in den USA immer noch — und mit Recht — Sorge um eine inflationistische Entwicklung. Es sind gewaltige Summen, die für die Aufrüstung erforderlich sind. Schon jetzt sind 5,3 Mrd. Dollar für das gemeinsame Verteidigungsprogramm freigegeben. Es ist klar, daß hierdurch die Wirtschaftskapazität der USA stark belastet wird. Im Zuge dieses Programms sind bedeutende Einfuhren an strategischen Rohstoffen und Umstellungen in der Industrie notwendig, was gleichzeitig eine Beeinträchtigung der Exportmöglichkeiten der USA bedeutet. Es erscheint uns allerdings etwas leichtsinnig, wenn man das Außenhandelsdefizit der USA allein auf die künstlichen Einfuhrbeschränkungen zahlreicher Länder gegenüber den USA zurückführt. Die Anlage und Vergrößerung des Stockpile, der strategischen Rohstoffreserve, dürfte wohl der Hauptgrund sein. Auch kann man gegen die Behauptung, es gäbe eine „Flucht auf dem Dollar", nicht damit argumentieren, daß die USA immer noch 70 Prozent der monetären Goldreserven der Welt besitzen. Dollar und Gold sind nicht identisch. Man kann wohl mit Gold Waren kaufen, also importieren, aber im Inland müssen die zusätzlichen Dollar vorhanden sein, um diese Waren zu bezahlen, und je größer die Menge der umlaufenden Dollar wird, um so gefährlicher wird es.

Wir sind so ausführlich auf diese Verhältnisse in den USA eingegangen, weil sich für Deutschland ähnliche Verhältnisse ergeben werden, wenn unsere Wirtschaft in das Verteidigungsprogramm Europas einbezogen wird, insbesondere wenn wir zur Kapazitätserweiterung unserer Industrie eine Auslandsanleihe bekommen, um die sich Herr Erhard bei seinem im Januar 1951 vorgesehenen Besuch in den USA bemühen wird. Da wir darauf in einem besonderen Aufsatz näher eingehen, genügt hier dieser Hinweis. H.

Unsere Lageberichte

Gutes Weihnachtsgeschäft erwartet — Schuhpreise werden 15 Prozent höher sein als im Sommer 1950 — Gardinenstoffproduktion wird erhöht

Genügend Ware vorhanden

Der Einzelhandel beendet in diesen Tagen die Vorbereitungen für das Weihnachtsgeschäft. Da der Heilige Abend in diesem Jahr auf den vierten Adventssonntag fällt, ist der Beginn des Weihnachtsgeschäftes eine Woche vorverlegt worden. Am ersten Sonntag im Dezember werden bereits die Geschäfte geöffnet sein. In den Monaten Juli und August, in denen der Handel die Einkäufe für den Weihnachtsumsatz überwiegend vorgenommen hat, ist oft bezweifelt worden, ob die Bestellungen auch rechtzeitig geliefert werden könnten. Die Ware ist aber fast durchweg beim Handel eingetroffen, so daß sie ausreichend vorhanden ist.

Die Kaufkraft der Bevölkerung wird trotz den starken Vorratskäufen in der Korea-Krise recht optimistisch beurteilt. Zwar wird der eine oder andere größere Einkauf, der ursprünglich erst in der Weihnachtszeit getätigt werden sollte, beim Umsatz fehlen. Insbesondere gilt dies für Textilien und Konfektion. Aber derartige Einzelfälle werden nach Ansicht von Fachkreisen den großen Ablauf des Weihnachtsgeschäfts nicht allzu sehr beeinflussen. Die Haupteinkaufstage werden erfahrungsgemäß erst kommen, wenn die Weihnachtszuwendungen ausgezahlt werden. Vermutlich werden sie bei der im allgemeinen guten Geschäftslage die gleiche Höhe wie im vergangenen Jahr erreichen, zumal wenn die Frage der Steuerfreiheit für Gratifikationen günstig geregelt wird. Der Einzelhandel glaubt deshalb, mit einem guten Weihnachtsgeschäft rechnen zu können.

Die Schuhmode im Frühjahr 1951

In den vergangenen 3 Tagen wurde ein erster Überblick über die Schuhmode und die Schuhpreise für das Frühjahr 1951 gewonnen. Die Einkaufsvereinigungen des Schuhhandels haben die Angebote der Schuhfabriken geprüft, und die Schuhhandelsvertreter haben den Fachkreisen die Kollektionen gezeigt, so in Düsseldorf auf der Schuhbörse am 19. und 20. Nov. Besonderer Wert ist auf Qualität der Leder und der Verarbeitung gelegt worden. Braune Töne sind bei Damenschuhen anzutreffen, die Hauptfarbe bleibt jedoch Schwarz. Für die Zeit vor Pfingsten ist auch „Sand" und „Champagner" bei den Farben vorgesehen. Das Frühjahrsschuhwerk ist überwiegend aus glattem Leder, das Übergangsschuhwerk aus Rauhleder gefertigt. Herrenschuhe behalten für das Frühjahr die schlanke Form. Schwarz, Braun in drei dunkleren Tönen und „Ochsenblut" sind die Farben.

Durchschnittlich liegen die Preise etwa 15 v. H. höher als im Juni/Juli. Damals wurde eine weitere Senkung der Lederpreise erwartet. Inzwischen sind die Lederpreise um mehr als 30 v. H. gestiegen und außerdem die Löhne um 10 v. H. Bei den niedrigen Preisklassen wird wieder mehr die Gummisohle angeboten. Diese ist lederähnlich gehalten und ledergleich gefärbt, wie es im Herbst und im Sommer bei billigem „California-Schuhwerk" auch der Fall war. Damenschuhe unter 20 DM wird es im Frühjahr selten geben, jedoch sind die Hauptpreislagen von 23.50 und 28.50 DM gut ausgestattet worden. Bei Herrenschuhen wird in den Preislagen unter 28.50 nur wenig zu finden sein. Zu 27.50 und 29.50 DM gibt es genug Qualitätsschuhwerk. Die größten Preisschwierigkeiten haben sich beim Kinderschuhwerk ergeben, insbesondere bei den Größen 31/35. Der Lederverbrauch und die Arbeitszeit ist für diese Größen nur wenig geringer als beim Damenschuhwerk 36/40. Nur teilweise ist es gelungen, die Preise für Kinderschuhe unter 20 DM zu halten.

Gardinenstoffhersteller tagen

Durch die Aufnahme neuer Gardinenstoff-Fabrikationen werde es in wenigen Monaten möglich sein, den westdeutschen Markt ausschließlich aus der Produktion der heimischen Gardinenstoffabriken zu versorgen, kündigte der Vorsitzende des Fachverbandes der Gardinenstoffhersteller auf der zweiten Mitgliederversammlung an. Weiter äußerte der Vorsitzende, Dr. K. Hoeck, Rhede, die Qualitäten der Herstellungsbetriebe würden heute bereits allen Ansprüchen der Abnehmer gerecht. Die Rohstoffversorgung sei noch einigermaßen zufriedenstellend, doch seien hier und da Lücken in einigen Spezialgarnsorten festzustellen. An der Liberalisierungspolitik des Bundes kritisierte er, daß fertige Gewebe auf der Freiliste ständen, die Garne aber praktisch nicht liberalisiert seien. Bei der Gestellung der Bardepots für die Einfuhren müsse ein Unterschied zwischen Roh- und Halbzeugen und andererseits den Fertigprodukten gemacht werden. Die seit Herbst 1949 um durchschnittlich 25 bis 30 v. H. gesenkten Preise der Gardinenstoffindustrie seien trotz steigender Materialkosten und höherer Löhne gehalten worden.

Der Verband, der erst seit einigen Monaten besteht, hat bereits 80 v. H. der westdeutschen Gardinenstoffproduktion hinter sich. Über den Anschluß einer Reihe weiterer bedeutender Betriebe wird noch verhandelt.

Zigarrenverbrauch 53% von 1936

Die ersten Zigarren-Rohtabak-Einfuhren wurden in der JEIA-Zeit mit einer Partie [illegible]ten-Tabak und zwei Partien aus den USA global für die Zigarrenindustrie vorgenommen. In den USA mußten statt des benötigten Deckblatt-Materials unbekannte Tabake mit übernommen werden, die für die Zigarrenfabrikation in Deutschland nicht geeignet waren und die zum Teil aus Pool-Vorräten stammten, für die amerikanische und andere Abnehmer nicht zu finden gewesen waren. Das USA-Landwirtschaftsministerium stellte zur Verbilligung dieser Ware rund 4,5 Mill. DM zur Verfügung. Trotzdem wurde das Risiko dieser Einkäufe als so groß angesehen, daß die Arbeitsgemeinschaft des Zigarren-Rohtabakhandels als die Importstelle dieser Tabake von der Industrie ermächtigt wurde, ihm bei der Kalkulation der Verkaufspreise vorsorglich Rechnung zu tragen. Die letzte Global-Tranche, die den größten Teil des Gegenwertes der für die Industrie vorgesehenen Rückvergütung enthält, ist nur sehr zögernd von den Zigarrenherstellern abgerufen und auch heute noch nicht ganz abgenommen worden. Um die Liquidation der Global-Einkäufe abschließen zu können, soll über die bis zum 15. November ds. J. von den Bezugsberechtigten nicht abgenommenen Mengen anderweitig verfügt werden.

Bei der Fachstelle ist nach Überprüfung von rund 50 000 von den Zigarrenherstellern eingereichten Rechnungen ermittelt worden, daß aus einem Gewinn von 2 Mill. DM der Industrie eine Rückvergütung von 21 Pfg. je Kilo abgenommenen Globaltabak ausgeschüttet werden kann. Bei Nichtbeanspruchung einer für unvorhergesehene Belastungen und Verluste beim Absatz des Restbestandes angelegten Liquidations-Reserve könnten weiter 2 bis 3 Pfg. je Kilo zurückvergütet werden. Der Bundesverband der Zigarrenhersteller in Heidelberg hat jedoch vorgeschlagen, auf diese zu einem noch nicht feststehenden Zeitpunkt verfügbare Restausschüttung zugunsten der Fortsetzung der Gemeinschaftswerbung zu verzichten. Die Notwendigkeit weiterer Werbung wird damit begründet, daß gemessen an den Mengen von 1936 der Verbrauch von Zigarren gegenwärtig nur etwa 53 v. H. beträgt, während er für Zigaretten bei rund 77 v. H. und für Rauchtabak bei etwa 80 v. H. liegt. Erschwerend komme hinzu, daß sich bei Zigarren der Absatz sehr stark auf die niedrigsten Preislagen verlagert hat. Im Oktober 1949 hatten am Verkauf die Sorten bis 15 Pfg. einen Anteil von 11,8 v. H., bis 25 Pfg. einen von 43 v. H., bis 30 Pfg. einen von 13,4 v. H., über 30 Pfg. einen von 31,8 v. H. Demgegenüber ergab sich für Juli 1950 folgendes Bild: bis 10 Pfg. 39,5 v. H., bis 15 Pfg. 21,6 v. H., bis 20 Pfg. 16,1 v. H., über 20 Pfg. 22,4 v. H.

Im Rahmen der liberalisierten Einfuhr ist Holland für die deutsche Zigarrenindustrie das wichtigste Land. Die von der Bundesregierung verordnete Neuregelung für die liberalisierte Einfuhr würde den devisensparenden direkten Einkauf auf holländischen Auktionen sehr erschweren. Der Bundesverband der Zigarrenhersteller hat deshalb das Bundeswirtschaftsministerium gebeten, für Käufe von Sumatra- und Java-Tabaken in Holland die Anordnung, daß ohne vorherige Einfuhrbewilligung kein Einfuhrvertrag abgeschlossen werden darf, aufzuheben. Weiter wird vorgeschlagen, für langfristige Verträge über indonesische Rohtabake, die aus Holland bezogen werden, die 50%ige Depotstellungspflicht durch eine Meldepflicht zu ersetzen und die Depotpflicht nur für die jeweiligen Abrufe auf diese Verträge und die dafür jeweils zu erteilenden Einfuhrbewilligungen wirksam werden zu lassen.

Demontagebilanz in Watenstedt

Die Demontage der Hütte Watenstedt wird in absehbarer Zeit beendet sein. Das Gewicht der demontierten Anlagen beträgt rund 260 000 Tonnen. Darunter befinden sich: neun Hochöfen, die gesamten Einrichtungen des Stahl- und Walzwerks, eine Kokerei mit vier Batterien, der größte Teil der Gießerei-Einrichtungen, die Einrichtungen der Schmieden, zwei Kalkbrennöfen und andere Nebenanlagen.

Entmilitarisiert, das heißt gesprengt, wurden die Fundamente des Walzwerks II und der größte Teil der Bauten und Fundamente der Kokerei II. Etwa 40 Prozent des Konstruktionsgewichts der Stahlwerkshalle wurden niedergerissen und verschrottet, 60 Prozent blieben von der Entmilitarisierung verschont. Erhalten geblieben sind ferner die Walzwerkshalle, die Hallen für die Gießerei und die Schmiede, sämtliche Fundamente und Gebäude der neun demontierten Hochöfen mit den Nebenanlagen, die Abwässer- und Kabelkanäle, die Schienenwege und die Straßen.

Nach dem Stande von 1938 betrugen die gesamten Anlagekosten der Hütte Watenstedt 762 Mill. RM. Der Wert der demontierten Einrichtungen beträgt auf die Anlagewerte von 1938 bezogen rund 130 Mill. RM. Ihr heutiger Wiederbeschaffungswert liegt dagegen bei rund 330 Mill. DM. Die Anschaffungswerte der durch die Demontagen wirtschaftlich ungenutzt im Gelände zurückgebliebenen Anschlüsse, Fundamente, Versorgungsanlagen und Maschinen belaufen sich auf rund 300 Mill. RM. Für die demontierten Anlagen erhielt die Bundesrepublik insgesamt eine Gutschrift von 83 Mill. RM auf Reparationskonto. Das sind etwa 15 Prozent der zerstörten oder durch die Zerstörung ungenutzten Werte. Der Bund hatte für die Demontage der Werkseinrichtungen rund 50 Mill. DM zu zahlen. An der Demontage der Hütte Watenstedt haben rund 7000 Personen drei Jahre lang gearbeitet.

Zur Zeit arbeitet die Verwaltung in Watenstedt an der Fertigstellung von Projekten für einen Wiederaufbau des demontierten Stahl- und Walzwerkes im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten. Die Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Gerüchte über Pläne zur Erzeugung von 1,2 Mill. t Stahl mit 8 Hochöfen wurden von einem Sprecher der Werke als unzutreffend bezeichnet. Einen besonderen Anreiz für die Wiedererrichtung des Stahl- und Walzwerkes in Watenstedt bilden nach Ansicht von Fachleuten die verhältnismäßig geringen Investitionskosten. Die in Watenstedt vorhandenen Gebäude repräsentieren mit ihren Versorgungsanlagen, den Abwässer- und Kabelkanälen, den Gasleitungen, Schienenwegen und Straßen einen Wert von etwa 60 Prozent der Neubaukosten eines Stahl- und Walzwerkes.

Der Wiederbeschaffungswert der Walzwerkhallen beträgt rund 43 Mill. DM, der Wiederbeschaffungswert der vorhandenen Versorgungsanlagen, Leitungen, Kanäle und Wege kann mit wenigstens 60 Mill. DM veranschlagt werden. Diesen vorhandenen Werten in der Gesamthöhe von 103 Mill. DM stehen die Kosten für die neu zu beschaffenden maschinellen und elektrischen Einrichtungen in Höhe von rund 70 Mill. DM gegenüber.

Der erhalten gebliebene Teil der Stahlwerkshalle hat einen Wert von etwa 33 Mill. DM. Etwa der gleiche Betrag ist für den vorhandenen Aufschluß des Geländes zur Versorgung des Werkes hinzuzunehmen. Die Einrichtung eines Stahlwerkes mit einer Leistung von 500 000 t Thomas- und 150 000 t S-M-Stahl kostet rund 25 Mill. DM. Nach Ansicht von Fachleuten würde ein Stahl- und Walzwerk in Watenstedt bei einer Produktion von rund 600 000 t Rohstahl noch weitere 3000 Menschen beschäftigen können. Zur Zeit arbeiten in den Betrieben der Hütte Watenstedt 5000 Personen.

Industrie-Gesellschaften

Westfalia-Dinnendahl

Die Geschäftslage der Westfalia-Dinnendahl-Gröppel AG Bochum hat sich nach Angaben der Verwaltung in der HV seit der Währungsreform befriedigend entwickelt. Der Exportanteil ist ständig gestiegen. Die Investitionstätigkeit aus eigenen Mitteln soll nach Möglichkeit fortgesetzt werden. Für das laufende Geschäftsjahr 1950 wird mit einem günstigen Ergebnis gerechnet. Die Gesellschaft hat sich auf die kommenden Anforderungen durch die Ausweitung der Kapazität und die Verbesserung ihrer Verfahren und Konstruktionen eingestellt. Um Auftragsschwankungen in Zukunft zu vermeiden, wird weiterhin an eine Erweiterung der Absatzgebiete gedacht.

Die HV beschloß, aus dem im ersten DM-Geschäftsjahr (21. 6. 1948 bis 31. 12. 1949) erzielten Reingewinn von 497 892 DM eine Dividende von 6 v. H. auf das im Verhältnis 1:1,25 von 5,2 Millionen RM auf 6,5 Mill. DM umgestellte AK zu verteilen. Das neu festgesetzte AK ist dem Vorstandsbericht zufolge so bemessen, daß es mit dem veränderten Geldwert, der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens, seinem künftigen Umsatz und der zu erwartenden Rentabilität im Einklang steht. Gleichzeitig wurden die gesetzliche Rücklage mit 1,3 und die freie Rücklage mit 1,65 Mill. DM festgesetzt. In der DM-Eröffnungsbilanz wird das Anlagevermögen mit 4,1 Mill. DM bewertet. Das Vorratsvermögen erhöhte sich von 6,1 Mill. RM auf 8,7 Mill. DM und stieg in 1948/49 weiter auf rund 11 Mill. D-Mark an.

Hindrichs-Auffermann

Die HV der Metall-, Walz- und Plattierwerke Hindrichs-Auffermann AG, Wuppertal-Oberbarmen, beschloß, daß AK im Verhältnis 5:3 von bisher 2,90 Mill. RM auf 1,74 Mill. DM umzustellen. Das erste DM-Geschäftsjahr (21. 6. 1948 bis 30. 6. 1949) schließt nach 0,11 Mill. DM Abschreibungen mit einem Verlust von 149 888 DM ab, der vorgetragen wird. Auch das Geschäftsjahr 1949/50 wird nach Angaben der Verwaltung mit Rücksicht auf die Soforthilfeabgabe noch mit einem gewissen Verlust abschließen, doch hofft man für 1950/51 angesichts der günstigen Beschäftigungslage wieder einen Gewinnabschluß vorlegen zu können. Die Umsatzziffern in 1949/50 haben sich gegenüber dem Vorjahr um rund 35 v. H. erhöht. In den ersten vier Monaten des Jahres 1950/51 ist der Umsatz um weitere 33 v. H. gestiegen. Die Entwicklung im Exportgeschäft wird als befriedigend bezeichnet. Der vorliegende Auftragsbestand sichert dem Unternehmen für etwa acht Monate ausreichende Beschäftigung.

Walther & Cie.

Die HV der Walther & Cie AG, Köln-Dellbrück, beschloß, für das verlängerte erste DM-Geschäftsjahr 1948/49 eine Dividende von 4 v. H. auf das 1:1 auf 2,50 Mill. DM umgestellte AK auszuschütten. Neu in den Aufsichtsrat wurden Generaldirektor Dr. Kost (DKBL), Essen, und Direktor C. A. Volmer, Köln, berufen. Die Verwaltung teilte mit, daß das Geschäftsjahr 1950 durchweg befriedigend verlaufen sei, wenn auch das wirtschaftliche Ergebnis noch nicht übersehen werden könne. Im Exportgeschäft gingen Aufträge für größere Dampfkesselanlagen aus Indien ein. Daneben seien noch kleinere Objekte mit Holland und Belgien abgeschlossen worden.

Niederrheinische Pappen

Die HV der Niederrheinischen Papier- und Pappenfabrik AG, Neuß, beschloß, das AK 1:1 auf 2,66 Mill. DM umzustellen und für das zweite Halbjahr 1948 eine Dividende von 3 v. H. und für das Geschäftsjahr 1949 von 6 v. H. zu verteilen. Das durch Kriegsereignisse stillgelegte Werk konnte erst Ende 1947 wieder in Betrieb genommen werden. Im Laufe des Jahres 1949 wurde die Erzeugung auf etwa 75 v. H. der Vorkriegsproduktion gebracht. Inzwischen ist die frühere Leistung wieder voll erreicht worden. Erzeugt wird ausschließlich Natronsackpapier. Durch Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen wird eine Kapazität von etwa 30 000 t jährlich angestrebt.

Altmetallsammlung in Ostdeutschland

Ein Tropfen auf den heißen Stein

Der November ist in Ostdeutschland dazu benutzt worden, nach hitlerschem Muster eine Buntmetallsammlung durchzuführen, von der sich die östlichen Machthaber bedeutende Ergebnisse versprachen. Der 5. und der 19. November wurden zu Sammelsonntagen erklärt, an denen, angefangen von der Nationalen Front bis zu den jüngsten Pionieren der FDJ., alle Organisationen eingespannt wurden, um die letzten kümmerlichen Reste an Altmetallen aus den Haushaltungen herauszuholen. Sie haben ihr Aufgabe, die durch eine Flut von beschwörenden Aufrufen in der östlichen Presse unterstützt wurden, sicher ernst genommen, galt es doch die „Durchführung des Fünfjahrplanes zu retten", einen Schlag gegen die Kriegshetzer zu führen", „den Frieden zu sichern" usw. Sogar H. W. Aust von der „Täglichen Rundschau" wurde bemüht, um in langatmigen Ausführungen zu beweisen, warum die Sammlung von Buntmetallen eine nationale Pflicht sei. Daß er dabei verriet, daß innerhalb von knapp acht Wochen von der Volkspolizei in den Ländern der DDR rund 730 t Buntmetall beschlagnahmt werden konnten, „die nach dem Westen verschoben werden sollten", sei am Rande vermerkt.

Bei diesem Aufwand an Propaganda mußte man natürlich auch „Erfolgsmeldungen" bringen, um den Sammeleifer wach zu halten. Man konnte hier keine Prozentzahlen zur Anwendung bringen, es sei denn, man hätte einen Vergleich mit den Hitlersammlungen angestellt. So entschloß man sich, auf einer Pressekonferenz der Nationalen Front das Sammelergebnis des 5. November einer staunenden Öffentlichkeit bekannt zu geben. Ganze 145 t Buntmetalle wurden danach in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands gesammelt, noch nicht einmal 20 Prozent der von Aust angegebenen Menge, die beschlagnahmt wurde. Mit ganzen 13 t erzielte der Kreis Potsdam das beste Ergebnis. Der Kreis Osthavelland konnte ganze 10 t, die Ostprignitz 5,2 t, Leipzig 5,4 t, Schönebeck 3,3 t und schließlich Schwerin 2,8 t sammeln. Ähnlich mager waren die Ergebnisse in der gesamten Zone. Dabei hätte das Aufkommen wahrscheinlich größer sein können, wenn man erstaunlicherweise nicht den Ostsektor Berlins von der Sammlung ausgenommen hätte. Hier sind immerhin mehr als eine Million Menschen auf engem Raum vorhanden. Daß man Berlin von der Sammlung ausnahm, hat jedoch seine guten Gründe. Wußte man doch, daß es verlorene Liebesmüh sein würde, die Ostberliner aufzufordern, „die für die Hausfrau wertlosen Altmetalle" abzugeben. Die ostberliner Hausfrau weiß genau, daß sie für den Erlös aus einem kg Altkupfer beispielsweise, in Westberlin verkauft, sich etwa 1 kg Margarine kaufen kann, während sie, selbst wenn sie das „ehrenhalber" abgelieferte Kupfer bei der Sammlung bezahlt bekäme, für den Erlös knapp 30 g der begehrten Fettigkeit bekäme. Das weiß man aber anderen Ortes auch, und so veröffentlichte man in der TR vom 19. 11. eine ADN-Meldung in Fettdruck, wonach in Berlin keine Buntmetallsammlung stattfindet.

Wie erschreckend unzulänglich das Sammelergebnis im ganzen ist, erkennt man bei einem Vergleich mit der Metallversorgung der deutschen Wirtschaft vor dem Krieg. 1938 standen 1,31 Mill. t der verschiedenen Buntmetalle für die Deckung der Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft zur Verfügung. Nimmt man an, daß der geringer industrialisierte Osten Deutschlands auch nur 5 Prozent verbrauchen konnte, so waren das immerhin rund 60 000 t. Heute bemüht man sich, in Ostdeutschland eine Schwerindustrie ins Leben zu rufen. Der Bedarf an Buntmetallen ist damit natürlich bedeutend gewachsen. Welche Hilfe können da 145 t bieten, die mit einem außerordentlichen Aufwand an Propaganda der Bevölkerung, man kann schon sagen, entrissen wurden? Selbst Ostdeutschland kann man offenbar nicht so hermetisch abschließen, daß die Bevölkerung nicht wüßte, welchen Wert Altmetalle, wohlverstanden, nicht gestohlene Altmetalle, repräsentieren, und der Idealismus ist schon unter Hitler genügend strapaziert worden, so daß ihn unter den gleichen Vorzeichen anzurufen, wie das magere Sammelergebnis zeigt, wenig Zweck hat. P. Sp.

KARLSRUHER WIRTSCHAFTSVERLAG GmbH., Karlsruhe, Veilchenstraße 35, Telefon 8084. Herausgeber und verantwortlich: G. von Baer, Karlsruhe. Zuständiges Verlagspostamt Ettlingen/Baden. Bezugspreis vierteljährlich 6.— DM zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenannahme: Karlsruhe, Veilchenstr. 35, zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 5 gültig. Berliner Verlags-Vertreter: Erich Peter, Berlin-Charlottenburg 4, Leibniz-Straße 85, Tel. 97 86 19. Satz und Druck: Badendruck GmbH., Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Schiffahrtsdienststellen wurden aufgehoben

in der französischen Zone

Ende Oktober dieses Jahres ist eine seit 1945 in der französischen Zone bestehende französische Dienststelle, der Service de Contrôle de la Navigation du Rhin in Mainz aufgehoben worden. Es dürfte angebracht sein, sich die damit zusammenhängenden Umstände gewissermaßen als Bilanz der Tätigkeit dieser französischen und der damit zusammenhängenden deutschen Dienststellen, ins Gedächtnis zurückzurufen.

Nach Beendigung der Kriegshandlungen im Sommer 1945 lag in der Rheinzone der Verkehr vollständig darnieder. Die Bahnen waren zerstört, die Brücken gesprengt und die Wasserstraßen durch die quer im Strom liegenden Brückenteile gesperrt. Die Schiffe waren gegen Kriegsende größtenteils aus dem Rhein in die rechten Nebenflüsse Main und Neckar gebracht und dort versteckt worden. Was an Schiffen am linken Ufer lag, war durch Sprengung unbrauchbar gemacht. Und nun sollte angesichts des drohenden Winters und im übrigen, um die Industrie einigermaßen wieder in Gang zu bringen, im Herbst 1945 mit den Kohlentransporten von der Ruhr nach dem Mittel- und Oberrheingebiet begonnen werden.

Für die Freimachung der Wasserstraße fehlten deutscherseits beinahe alle Geräte, denn diese waren größtenteils für Kriegszwecke weggeholt oder zerstört worden. Die linksrheinischen deutschen Stellen im französisch besetzten Gebiet waren nicht in der Lage, mit eigenen Kräften bald eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen und sind somit weitgehend auf die Mitwirkung der Dienststellen der französischen Militärregierung angewiesen gewesen.

Der französische Service de la Navigation du Rhin nahm sofort den Bestand an Schiffen aller Flaggen, die in der französischen Zone aufgefunden wurden, auf. Es waren mehr als 750 Wracks. Diese entsprachen rund 350 000 t deutschen, 190 000 französischen und 150 000 t holländischen, schweizer und belgischen Schiffsraum. Außerdem wurden noch etwa 100 meist französische Kanalschiffe aufgefunden.

Die Regierung von Rheinland-Pfalz erteilte Kredite in Höhe von mehreren Millionen RM für die Hebung und Instandsetzung der Schiffe. Ferner wurde eine vollständig neue Organisation geschaffen zur Freimachung des Stromes und zur Hebung und Instandsetzung der linksrheinisch vorgefundenen Schiffe. Man brachte größtenteils aus Frankreich das zur Schiffsbehebung erforderliche Personal und Material zusammen. In der französisch besetzten Rheinstrecke wurden etwa 30 Gruppen nach und nach gebildet, um den Strom und die Häfen freizumachen. Anfang Oktober 1945 war eine vorsichtig befahrbare Fahrwasserrinne im Rhein vorhanden. Die Bergung des reparaturbedürftigen Schiffsraums war praktisch erst Ende Dezember 1946 abgeschlossen.

Mit der Wiederherstellung der gehobenen Schiffe mußte sofort begonnen werden, da — wie schon bemerkt — in der französischen Zone sich keine Fahrzeuge befanden, die an dem Ende 1945 einsetzenden Rheinverkehr hätten teilnehmen können. Zur Vornahme der erforderlichen Arbeiten stand in der französischen Zone wohl eine Anzahl von Schiffswerften zur Verfügung, von denen jedoch nur wenige die Einrichtungen besaßen, um Schiffe auf Land zu nehmen. Es wurden in Speyer, Mainz, Koblenz, Rheinbrohl und Oberwinter die Werften ausgebaut bzw. neu geschaffen.

Mit Hilfe der neugeschaffenen Organisation, die als deutsche Dienststelle unter dem Namen Wasserstraßendirektion Rheinland-Pfalz unter der französischen Kontrolle arbeitete und die sich auch mit der schwierigen Beschaffung der Materialien und Ausrüstungsgegenstände für die Fahrzeuge befassen mußte, wurden mehr als 3000 Arbeiter in den Jahren 1946—1948 in den Schiffswerften der französischen Zone und in rund 50 Industrie- und Handwerksbetrieben beschäftigt. Man muß sich hierbei an die ungeheuren Schwierigkeiten erinnern, die vor der Währungsreform bei der Beschaffung der damals größtenteils kontingentierten Baustoffe und Waren zu überwinden waren.

Da einstweilen die französische Militärregierung die Verantwortung für das Verkehrswesen in der französischen Zone hatte und in dieser sich keine deutsche Reederei befand, wurde eine Vereinbarung zwischen der französischen Militärregierung und der Commonnauté de Navigation Française Rhénane über den Betrieb der deutschen Schiffe nach ihrer jeweiligen Indienststellung abgeschlossen. Am 1. 4. 1948 wurde jedoch diese Vereinbarung gekündigt und die zu Gunsten der französischen Besatzungsstreitkräfte ausgesprochene Beschlagnahme der instandgesetzten Schiffe in eine solche zu Gunsten einer neuen sozialen Verwaltungsorganisation, des Office de Navigation du Rhin Moren in Mainz, umgewandelt. Diese ursprünglich französische Organisation wurde im Frühjahr 1949 in zwei deutsche Dienststellen übergeführt. Die eine war als Organ des Landes Rheinland-Pfalz mit der Instandsetzung der Schiffe betraut. Die andere, das Schiffahrtsamt für den Mittelrhein (S.A.M.), stand als sozialer Organ anfänglich unter französischer Leitung, wurde jedoch vom 1. 6. 1949 ab eine deutsche Dienststelle. Die beiden vorgenannten Stellen standen unter Kontrolle des französischen Service de Contrôle de la Navigation du Rhin.

Durch die Tätigkeit der erstgenannten Instandsetzungsabteilung wurden rund 350 000 t deutscher Kahnraum sowie rund 25 000 PS Schleppkraft wieder in Dienst gestellt. Sie wurden ausschließlich für Zwecke der französischen Zone verwendet und durch drei Betriebsgesellschaften (Ludwigshafen) deutsches Recht im Verkehr eingesetzt.

Das Schiffahrtsamt für den Mittelrhein überwachte den Einsatz der an die drei Betriebsgesellschaften vermieteten, einstweilen noch beschlagnahmten deutschen Flotte und regelte alle mit dem Betrieb zusammenhängenden Fragen, nämlich die Versorgung mit Treib- und Brennstoffen, die Verpflegung der Schiffer, die Erlangung der für die Befrachtung zusätzlicher ausländischer Schiffe notwendigen Devisen und die Verkehrsstatistik. Inzwischen waren die den deutschen Schiffahrtskonzernen gehörenden Schiffe auf Grund der Verordnung zur Dekartellisierung Nr. 96 des französischen Oberkommandos für Deutschland unter Zwangsverwaltung gestellt worden. Der französische Zwangsverwalter vermietete die Schiffe auch an die drei Schiffahrtsbetriebsgesellschaften der französischen Zone, ebenfalls unter Aufsicht des Schiffahrtsamtes für den Mittelrhein.

Dieser Zustand war jedoch nur als vorübergehend anzusehen. Es wurden zuerst Verhandlungen mit den Partikulierschiffern aufgenommen, um diese statt der Beschlagnahme zu freiwilligen Verträgen zu veranlassen und auf diese Weise die in Frage stehenden Schiffe den Transporten für die französische Zone zu erhalten. Die Partikulierschiffer schlossen zum größten Teil im Sommer 1949 Verträge auf time-charter mit den drei Betriebsgesellschaften ab. Die französische Beschlagnahme dieser Schiffe wurde damit aufgehoben.

Zur gleichen Zeit begannen Verhandlungen zwischen deutschen und französischen Reedereien zur Bildung einer deutsch-französischen Schiffahrtsgesellschaft (Société mixte) mit dem Zweck des gemeinsamen Einsatzes der vorhandenen Tonnage unter den besten technischen und wirtschaftlichen Bedingungen. Diese Gesellschaft ist seit einigen Monaten gebildet und wird ihre Tätigkeit bald aufnehmen. Sie soll gegebenenfalls als Grundlage für weitere Vereinbarungen über eine ausgedehnte Zusammenarbeit zwischen der deutschen und französischen Flotte dienen.

Verwaltungsmäßig steht die Aufhebung des Schiffahrtsamtes für den Mittelrhein unmittelbar bevor. Es wird voraussichtlich vom Bundesverkehrsministerium durch eine Schiffahrtsdienststelle ersetzt, die wahrscheinlich ihren Sitz in Mainz erhält.

Der Service de Contrôle de la Navigation du Rhin hat damit seine Tätigkeit abgeschlossen und wird Ende Oktober aufgehoben, so daß nun auch auf diesem Sektor allmählich die ganze Verantwortung der Verwaltung den deutschen Dienststellen übergeben worden ist. Man ist jetzt reibungslos bei einem normalen Zustand angelangt, und es werden nun auch in der französischen Zone die den Rhein betreffenden Fragen unter Bedingungen gereselt, die sowohl für den Staat wie für den Privatunternehmer befriedigend sein dürften. -Sch

Aus der deutschen Wirtschaft

Baden

Der Anteil der Fertigwarenausfuhr in Südbaden belief sich nach Mitteilung des Badischen Ministeriums der Wirtschaft und Arbeit im dritten Quartal 1950 auf rund 78% des Gesamtaußenhandels. Wertmäßig betrug der Export in den drei Monaten 36,1 Mill. DM. Hauptabnahmeländer waren die Schweiz, Frankreich und die Niederlande. Aus dem Beitritt der Schweiz zur KZU erwartet man in Südbaden Vorteile im Warenverkehr.

Der Vorsitzende des Badischen landwirtschaftlichen Hauptverbandes und Landtagsabgeordnete Emil Klaus, der kürzlich gegen eine Fortsetzung des Kompensations-Abkommens zwischen Südbaden und Ostfrankreich Stellung genommen hat, erklärt sich in einer neuen Äußerung in der „Bauern-Zeitung" vom 17. 11. über das im Oktober zustande gekommene erweiterte deutsch-französische Warengrenzabkommen befriedigt, da es gelungen sei, die Lücke in der Außenhandelsordnung zwischen Frankreich und der Bundesrepublik zu schließen. Der bisher auf dem Wege über das kleine Grenzabkommen abgewickelte deutsch-französische Warenaustausch sei nunmehr in den großen Handelsvertrag zwischen beiden Ländern eingebaut worden. Das Recht zu bestimmen, welche landwirtschaftlichen Produkte eingeführt werden können und sollen, wolle das Bundesernährungsministerium an die Landwirtschaftsministerien der Grenzländer Baden und Rheinland-Pfalz abtreten, nachdem vorher Richtlinien erteilt worden seien, wie diese Frage im Rahmen der allgemeinen Handelsvertragspolitik geöffnet werden könne. Vor allem solle verhindert werden, betont Klaus, daß in Zukunft neben den handelsvertraglich vereinbarten Einfuhren noch zusätzlich Weine, Spirituosen, Obst und Gemüse usw. aus diesem Grenzverkehr in die Bundesrepublik verbracht werden. Mit dem Inkrafttreten des Abkommens über die Reform des Grenzverkehrs sei das Loch im Westen dann zu.

Im kommenden Haushaltsjahr wird die Badische Regierung ihren Beamten an Stelle der bisher gezahlten Trennungsgelder (350 000 DM im Haushaltsjahr 1950) Baukostenzuschüsse in Höhe von 2000 bis 5000 DM geben. Diese Gelder sollen entweder gegen hypothekarische Sicherheit für einen Zeitraum bis zu 50 Jahren oder als Personalkredit für die Dauer von höchstens 10 Jahren bei dreiprozentiger Verzinsung gegeben werden. Nach den Richtlinien besteht auch die Möglichkeit, die Darlehen direkt an Hausgenossenschaften zu zahlen, die sich zum Ausbau von Wohnungen für Beamte verpflichten und gleichzeitig eine Erklärung abgeben, daß sie auf die Dauer von 20 Jahren diese Wohnung der Badischen Regierung zur Einweisung von Beamtenfamilien zur Verfügung halten.

Die Anfang November zwischen der Deutschen Angestelltengewerkschaft und der südbadischen Eisen- und Metallindustrie, der Textilindustrie und der Arbeitsgemeinschaft der industriellen Fachvereinigungen bezüglich der Einführung von Teuerungszulagen geführten Verhandlungen haben als Ergebnis eine Erhöhung der Tarifgehälter für die technischen und kaufmännischen Angestellten gebracht. Es wurde gleichzeitig eine Angleichung von bisher zu stark vernachlässigten Gruppen erreicht. Im Durchschnitt liegt die Gehaltserhöhung bei acht Prozent.

Das Oberverwaltungsgericht in Freiburg wurde in der Frage, ob die Bedürfnisprüfung trotz Artikel 12 der Bundesverfassung für die Zulassung von Geschäften noch Anwendung finden darf, zur endgültigen Entscheidung angerufen, wie der Einzelhandelsverband Südbaden mitteilt. Der Verband selbst wird versuchen, durch Stellung eines Spezialisten in Verwaltungsfragen die Beklagte zu unterstützen. In diesem Zusammenhang wird auf eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Münster hingewiesen, in der es u. a. heißt, daß der Bestimmung des Artikels 12 des Grundgesetzes eine Einschränkung folge, wonach die Berufsausübung durch Gesetz geregelt werden kann. Auch die herrschende Ansicht gehe dahin, daß u. a. eine zur Aufrechterhaltung der staatlichen und bürgerlichen Ordnung erfolgende gesetzliche Regelung der Berufsausübung nicht gegen Artikel 12 des Grundgesetzes gerichtet sei.

Zwischen Schwarzwald und Kaiserstuhl ist in der ersten Novemberhälfte durch die „Brown, Boveri & Cie. AG" (BBC), Baden, eine neue 110 000-Volt-Leitung errichtet worden. Die neue 14,8 km lange Hochspannungsleitung, die das Umspannwerk Eichstetten mit dem Umspannwerk Freiburg verbindet, soll zur besseren Stromversorgung Freiburgs beitragen. — Im Auftrage der „Norddeutschen Kraftwerke AG" Hamburg wurde durch das gleiche Unternehmen von Mitte Juli bis Ende Oktober d. J. auf das bereits bestehende Leitungsgestänge der 110 000-Volt-Leitung Farge — Bremervoerde — Harburg ein zweites System aufgelegt. — Im Kraftwerk Altbach der „Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs AG", Eßlingen, ist dieser Tage eine von der BBC gebaute 30 000-Kw-Kondensations-Turbogruppe in Betrieb genommen worden.

Die Generaldirektion der südwestdeutschen Eisenbahnen veranstaltete am 23. November auf der Höllentalbahn im Schwarzwald eine Studienfahrt mit einer neuartigen elektrischen Lokomotive mit 50-Hertz-Einphasen-Kollektor-Motoren und neuartigen Triebwagen mit gleichem Antrieb, mit unmittelbarer Speisung aus dem Landesstromnetz. Der Generaldirektor der südwestdeutschen Eisenbahnen, Georg Bauer, bei den Bundesverkehrsminister Dr. Hans-Christoph Seebohm, die Elektrifizierung der Strecke Basel—Karlsruhe im Interesse des internationalen Verkehrs in erster Linie bei der Verwirklichung des Elektrifizierungsprogramms zu berücksichtigen. Die 50-Hertz-Lokomotive stelle die beste Lösung für den elektrischen Bahnbetrieb dar, so daß man jetzt andere Pläne in Frankreich aufgegeben habe, sagte u. a. der Generaldirektor der französischen Staatsbahnen, M. Armand.

Württemberg

Die jahrelangen Verhandlungen zwischen Württemberg-Hohenzollern und der französischen Besatzungsmacht bzw. der JEIA wegen der Bezahlung der Holzeinschläge (sog. E- und F-Hiebe), die die Besatzungsmacht nach dem Kriege durchführen ließ, führten jetzt zu einer Vereinbarung, wonach das aus Württemberg-Hohenzollern für kommerzielle Zwecke ausgeführte Holz mit insgesamt 53,1 Mill. DM bezahlt wird. Grundlage für diese Vereinbarung bildeten die Bedingungen, unter denen Baden die Bezahlung der dortigen Holzeinschläge anerkannte. Während Baden und Rheinland-Pfalz sich in Verträgen mit Preisen einverstanden erklärt hatten, die weit unter dem Weltmarktpreis lagen, unterschrieb Württemberg-Hohenzollern keinen Vertrag und forderte die damaligen Weltmarktpreise, die gering geschätzt 120 Mill. DM ergeben hätten. Der deutsche Standpunkt ging dahin, daß eine Abwertung durch die Währungsreform nicht anerkannt werden könne, da das Holz exportiert wurde und die Forderungen hierfür deshalb von der Umstellung der Mark unberührt blieben. Bei den Verhandlungen gab man von französischer Seite zwar zu, daß Württemberg-Hohenzollern einen guten Rechtstitel habe, doch war man nicht bereit, bei der Bezahlung über die badische Regelung hinauszugehen. Da die JEIA, über die die Bezahlung erfolgt, noch in diesem Jahr mit allen Aktiven und Passiven auf den Bund übergehen soll, schien es den zuständigen Stellen in Tübingen ratsam, zu einer Vereinbarung und damit wenigstens zu einem Teil des geforderten Geldes zu kommen. Die 53,1 Mill. DM, von denen 26,8 Mill. auf den Staat, 16,45 Mill. auf die Gemeinden, 11,84 Mill. auf Privatwaldbesitzer und 0,2 Mill. auf die Kirchen entfallen, werden nicht dem Land zur gemeinsamen Verteilung überwiesen, sondern jeder einzelne Gläubiger muß sich selbst an die JEIA wenden und erhält von dort das Geld. In den letzten Tagen waren noch Schwierigkeiten dadurch aufgetreten, daß die französische Besatzungsmacht Verwaltungskosten für die JEIA in ihrer Zone forderte. Diese Kosten in Höhe von rund zwei Mill. DM wollte die Besatzungsmacht bei der Auszahlung des Entschädigungsbetrages, der auf die Einschläge im Staatswald entfällt, abziehen. Württemberg-Hohenzollern wurde dabei nahegelegt, es solle versuchen, von den anderen beiden Ländern des französischen Besatzungsgebietes deren Anteile an diesen Kosten hereinzubekommen. Wie wir erfahren, hat Württemberg-Hohenzollern ebenso wie Baden und Rheinland-Pfalz diese Forderung als unbegründet abgelehnt, da die Geschäftsunkosten der

Berliner Brief:

Magnet Berlin

Wenn man heute durch die Straßen Westberlins geht, spürt man, daß in den letzten Wochen eine gewisse Wendung eingetreten ist. Die Atmosphäre ist hoffnungsvoller geworden, die Bautätigkeit nimmt zu und das Leben pulst schneller. Das Jahr 1950 hat zweifellos die Wende gebracht, und es ist nicht zu verkennen, daß das Vertrauen zu Berlin beträchtlich gewachsen ist, so daß es für die unternehmerische Initiative wieder lohnend erscheint, sich erneut der Berliner Luft von ehemals zu erinnern, und ihrer Beklemmlichkeit auch in wirtschaftlichen Dingen. Es kann zwar nicht verkannt werden, daß die Insel Berlin in einem roten Meer sowjetischer Prägung, abgeschnitten von dem natürlichen Hinterland, in wirtschaftlicher Beziehung immer noch Experimentierfeld ist, aber gerade dieser Umstand scheint doch der privaten Initiative zuzusagen, denn seit einigen Monaten ist ein ständiges Steigen der Unternehmungslust zu verzeichnen.

Die Abwanderung, die vor und während der Blockade nach Westdeutschland zu verzeichnen war, wo sich „kluge Köpfe" eine größere wirtschaftliche Chance ausgerechnet hatten, ist nicht nur zum Stehen gekommen, sie hat einer gegenläufigen Bewegung Platz gemacht. Die Blockade gehört der Vergangenheit an, und man hat offenbar erkannt, daß ein so plumpes Manöver von den Sowjets für die Folge wohl nicht mehr gewagt werden wird. Von den Westmächten wurden Berlin die gleichen Sicherheitsgarantien gegeben, wie sie Westdeutschland erhalten hat, und so wächst das Vertrauen zu Berlin von Monat zu Monat.

Es sind nicht wenige der Firmen, die in der Zeit der Blockade Berlin verlassen hatten, die jetzt wieder nach dieser Stadt mit ihrer freiheitlichen Luft Sehnsucht bekommen haben und zurückkehren und sich neu ansiedeln. So waren im Januar dieses Jahres in Westberlin 8847 Betriebe der Industrie und 9403 des Großhandels in Westberlin registriert, im September waren es für die Industrie bereits 9004 und für den Großhandel 9196 Betriebe. Das ist eine Steigerung um 1098 Unternehmen im Laufe von neun Monaten, gewiß ein erfreuliches Zeichen des Aufblühens der Berliner Wirtschaft. Ein Teil dieser Unternehmen kommt allerdings aus der Ostzone bzw. aus Ostberlin, wo man ihnen die Existenzgrundlage entzogen hatte, oder wo sie mit einer solchen Entwicklung in absehbarer Zeit rechnen mußten. Daß diese Betriebe jedoch nicht weiter nach Westen gegangen sind, sondern es vorzogen, sich gewissermaßen als Vorposten der freiheitlichen westlichen Welt in Westberlin anzusiedeln, zeugt doch von einem großen Vertrauen in die Zukunft Gesamtberlins. Zum Teil handelt es sich bei den in den letzten neun Monaten neu hinzugekommenen Unternehmen jedoch auch um Betriebe, die aus der Bundesrepublik stammen, und man kann im Zweifel darüber sein, bei wem das Vertrauen zu der Zukunft Berlins größer ist, bei den aus dem Osten abgewanderten Unternehmen, oder bei den aus Westdeutschland kommenden. Auf jeden Fall ist diese Entwicklung für Berlin sehr erfreulich. Ein Teil der neuen Betriebe besteht jedoch aus Berliner Neugründungen, die trotz allem auf die Berliner Karte setzen. Die Nach-Berlin-Bewegung ist besonders in der Bekleidungsindustrie zu beobachten. In der letzten Zeit haben hier 50 Firmen, darunter sogar recht namhafte, ihre Tätigkeit in Berlin neu aufgenommen. Der alte Ruf Berlins als eines deutschen Textilzentrums scheint in diesem Fall wirksam gewesen zu sein. Aber auch der Handel hat sich für die Zukunft offenbar größere Chancen ausgerechnet. Neue Kaufhäuser entstehen, und die Bautätigkeit nimmt allenthalben zu. Die AEG hat für neues Verwaltungsgebäude eingereicht, und das Bestreben der Großindustrie, Berlin wieder zum Zentrum ihrer Geschäftstätigkeit zu machen, ist unverkennbar.

Diese Entwicklung könnte noch bedeutend vorangetrieben werden, wenn sich die Bundesbehörden dazu entschließen würden, ihren Sitz nach Berlin zu verlegen, und damit zu dokumentieren, daß Berlin die Hauptstadt eines einmal wieder ungeteilten Deutschlands sein wird.

Aber nicht nur die Zahl der Unternehmen ist 1950 gestiegen, auch die industrielle Kapazitätsausnützung hat sich gehoben. Bei Aufhebung der Blockade erreichte Westberlin erst 30% des Wertes von 1936. Nach Angaben des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts beträgt die Kapazitätsausnutzung gegenwärtig 38%. Damit bleibt Berlin zwar noch weit hinter Westdeutschland zurück, doch ist es immerhin gelungen, die Industrieleistung in knapp einmhalb Jahren durch eine tatkräftige Förderung von seiten des Magistrats und unter Einsatz von ERP-Mitteln praktisch zu verdoppeln.

Man kann die Tatsache, daß die Kreditlage in Westberlin sehr angespannt ist, unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Monate vielleicht optimistisch betrachten. Die Westberliner Kreditinstitute hatten im Oktober einen ununterbrochen starken Kreditbedarf, wie von der Berliner Zentralbank berichtet wird. Gestiegen sind hauptsächlich Wechselkredite. Die Zentralbank hat für reichlich 3 Mill. DM Ausgleichsforderungen aus der Umstellung übernommen, so daß der Bedarf auf über 95 Mill. DM anstieg. Bei den Berliner Schuldverschreibungen überwog dagegen die Abgabe der zu Steuerzahlungen sofort verwertbaren Stücke. Die kurzfristigen Kredite der Geschäftsbanken nahmen im Oktober um 20 Mill. auf 370 Mill. DM zu. Davon entfielen 11 Mill. der Zunahme auf die Berliner Bank. Die Bareinlagen sind andererseits um 15 Mill. (davon 9 Mill. bei der Berliner Bank) auf 381 Mill. DM gestiegen.

Berlin ist dem Beispiel Westdeutschlands nicht gefolgt, als es den Diskont mit 4% unverändert hielt, obwohl die starke Inanspruchnahme des Kreditmarktes eine solche Maßnahme vielleicht gerechtfertigt hätte. Es sind jedoch Vorkehrungen getroffen worden um einen Mißbrauch des dadurch entstandenen Zinsgefälles zwischen Westdeutschland und Berlin zu unterbinden.

Trotz der eingangs erwähnten erfreulichen Entwicklung im Westberliner Wirtschaftsleben ist jedoch auch über ein weniger erfreuliches Faktum zu berichten. Es ist die relativ hohe Zahl der Arbeitslosen, die z. T. auf das selbstverständliche Bestreben der Industrie zurückzuführen ist, wieder zu wirtschaftlichen Fertigungsmethoden zu kommen. Die Westberliner Industrie kann es sich nicht leisten mit den unproduktiven Methoden der ersten Zeit nach dem Krieg weiterzuwirtschaften, sie ist bestrebt, den Nutzeffekt in der Fertigung zu heben. Je mehr Maschinen aber in Betrieb kommen, um so mehr geht der Anteil der manuellen Fertigung zurück. Dadurch werden Arbeitskräfte freigesetzt, die nur unterzubringen sind, wenn die Aufträge für Berlin reichlicher fließen. Es ist immerhin erfreulich, daß sich die Beschäftigung in der ersten Hälfte November wenigstens stabil halten konnte. Die Zahl der Arbeitslosen nahm um 1558 auf knapp 380 000 zu, eine Zunahme die saisonbedingt ist. Rund 700 Bauarbeiter sind gegenwärtig weniger beschäftigt als vor zwei Wochen. Auf der anderen Seite sind aber auch Neueinstellungen zu verzeichnen, vor allem von Frauen in kaufmännischen Berufen. Dadurch hat sich die Zahl der Beschäftigten nur geringfügig verändert. Sie ist nur um 432 auf knapp 748 000 zurückgegangen. Die Stabilität in der Beschäftigungslage ist im wesentlichen eine Folge der Fortführung des Notstandsprogramms, in dem gegenwärtig ohne die Stammarbeiter 39 000 (+843) Arbeitnehmer beschäftigt sind. Die Zahl der politischen Flüchtlinge hat um 100 auf 3600 zugenommen, während sich die Kurzarbeiterzahl weiter um 840 auf 11 160 verringerte.

In der Berichtswoche war die Ostmark wieder einmal schwach. Vorübergehend konnte der Kurs auf 5,8 bis 6 Ostmark für eine Westmark abrutschen. Informierte Kreise führen diese Schwäche auf bewußte Manipulationen der HO zurück, die offenbar gern Geflügel, das sich der Ostberliner zu den HO-Preisen in der Mehrzahl nicht leisten kann, an Westberliner absetzen. Es war nämlich auffällig, daß nach dem drückenden Ostmarkangebot, das den Rückgang des Kurses zur Folge hatte, in den HO-Läden plötzlich Geflügel in großen Mengen angeboten war. Man wollte für die Westberliner Währungsgewinnler, für Herrn Schimpf und Frau Schande einen Anreiz zum billigen Einkauf in Ostberlin schaffen. Der Kurs hat sich jedoch nach dem Aufhören dieses Sonderangebots rasch wieder in die Nähe von 1:5 eingependelt, wenn dieser Anreiz in Fortfall gekommen ist. Nichts würde der HO und den ostdeutschen Wirtschaftsstellen offenbar unangenehmer sein, als wenn die beiden Geldzeichen plötzlich 1:1 ständen. Dann wäre nämlich die HO-Platte und die ostdeutsche Wirtschaft käme in schwere Verlegenheit. Man könnte nicht mehr 1:3 an den Arbeiter bezahlen und in der HO je nach dem Kurs 1:5, 1:6 oder sogar noch höhere Preise für schlechte Gebrauchsartikel verlangen. Das ist ja der staatlich konzessionierte Betrug am Arbeiter, den sich die ostdeutsche Wirtschaft erlauben kann, der jedoch in einer freien Wirtschaft nicht möglich ist. Die „Tägliche Rundschau" griff in einem Artikel den „Schandvertrag" an, der in Westberlin von der UGO und der Westberliner Bekleidungsindustrie abgeschlossen wurde. Nach der TR erhält eine Näherin im 6. Berufsjahr in Westberlin einen Stundenlohn von 90 Pfennige, während ihre glückliche Kollegin im Osten der Stadt für die gleiche Arbeit 1,12 Ostmark erhält. Die Tägliche Rundschau vergißt in ihrer Beweisführung nur, daß ein Pfund Margarine in Westberlin zwischen 90 Pfennige und 1,10 Westmark kostet, während in Ostberlin dafür 7,50 Ostmark auf den Tisch der HO gelegt werden müssen. Ein Pfund Margarine kostet in Westberlin etwas über einen Stundenlohn der Näherin, in Ostberlin dagegen rund 7 Stundenlöhne. Schon ein ABC-Schütze erkennt, wo der Vorteil im Prinzip liegt. w.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

JEIA nach dem Statut dieser Einrichtung von ihr selbst zu bestreiten sind.

Bei den Magirus-Deutz Lastwagen und Omnibussen, die mit dem luftgekühlten Vierzylinder-Dieselmotor (Typ F 4 L 514) ausgerüstet sind, konnte durch Veränderungen einiger Bauteile die Leistung auf 90 PS erhöht werden. Gleichzeitig wurden durch günstigere Getriebe-Abstufungen und veränderte Hinterachsübersetzung die Fahrleistungen wesentlich verbessert.

Ein Außenhandelslehrgang zur Unterrichtung des kaufmännischen Nachwuchses wird von der Industrie- und Handelskammer Stuttgart unter Beteiligung der Kammern in Ellingen, Ludwigsburg und Nürtingen vom 20. November bis 20. Dezember 1950 in Stuttgart veranstaltet. In zehn Abendreferaten hervorragender Außenhandelsfachleute werden die Teilnehmer über Themen wie die Außenhandelsverträge Deutschlands, den Zahlungsverkehr im Außenhandel, den Auslandsreisenverkehr und Zollverfahren unterrichtet. Nach Mitteilung der Industrie- und Handelskammer Stuttgart haben sich etwa 150 Interessenten aus den Gebieten der beteiligten Kammern zur Teilnahme gemeldet. Sie werden Gelegenheit haben, über alle Fragen eingehend zu diskutieren. Nach Schluß der Veranstaltung wird den Teilnehmern eine Bescheinigung ausgestellt.

Am 28. November 1880 wurde in Stuttgart notariell protokolliert, daß von den Herren Gottlieb Daimler, Max Duttenhofer, Wilhelm Lorenz, Adolf Gross und Kilian Steiner mit einem Kapital von 600 000 Mark ein Aktien-Unternehmen unter der Firma Daimler-Motoren-Gesellschaft gegründet worden sei, das „von Herrn Gottlieb Daimler dessen Fabrikanwesen mit Zubehör, dessen Geschäfts-Inventar nach dem Stand vom 1. März 1880 sowie dessen Patent- und Erfinder-Rechte" übernommen habe. Sitz der Aktien-Gesellschaft sollte Cannstatt sein, Vorsitzender des Aufsichtsrates Max Duttenhofer, dessen Stellvertreter Gottlieb Daimler. Letzterer hatte im Jahre 1883 in Cannstatt den ersten schnellaufenden und leichten Benzinmotor der Welt konstruiert und 1885 seine ersten Automobile erprobt. Seit dem Herbst 1887 stand unter Daimlers Leitung auf dem Cannstatter Seelberg eine guteingerichtete Fabrik zur Schaffung von Benzin-Motoren und zum Bau von Kraftfahrzeugen aller Art in Betrieb, die jetzt mit einem Personalbestand von 93 Personen (78 Arbeitern und 15 Angestellten) und einem monatlichen Auslieferungswert von rund 20 000 Mark in den Besitz der neugegründeten Daimler-Motoren-Gesellschaft überging. Am 31. Dezember 1895 konnte schon eine Belegschaft von rund 300 Arbeitern die Fertigstellung des 1000. Motors feiern, und fast zur gleichen Zeit mußte das Aktienkapital um 300 000 auf 900 000 Mark erhöht werden, weil der ständig wachsende Auftragsbestand eine erhebliche Vergrößerung der Fabrikanlage erforderte. Mit dieser inneren Kräftigung des Unternehmens ging die Ausweitung seiner fachlichen Vorrangstellung Hand in Hand. Von den Werkstätten der Daimler-Motoren-Gesellschaft strahlten die stärksten Impulse zur Motorisierung des Verkehrswesens weit über unseren Kontinent hinaus. Auf ihren Patenten und Modellen bauten die unter sportlichen und gesellschaftlichen Triebkräften rasch aufblühenden Kraftfahrzeug-Industrien Frankreichs auf. In engster Zusammenarbeit mit ihr entstanden die Automobil-Fabriken Englands. Sie unterhielten in den Vereinigten Staaten eine Tochtergesellschaft, welche dort den ersten Benzin-Motor in USA in Auftrag gab und schon für „Wagen ohne Pferde" warb, als in Amerika noch kein Mensch ernstlich an die Fabrikation von Automobilen mit Benzin-Motoren dachte. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, auf die nahezu ununterbrochene nunmehr 60jährige erfolgreiche Renngeschichte der Daimler-Motoren-Gesellschaft und ihrer Nachfolgefirma, der Daimler-Benz Aktiengesellschaft einzugehen; sie würde allein Seiten füllen. Immerhin mag hier als ein Beispiel das Rennjahr 1939 genannt sein, in dem die Rennwagen aus Untertürkheim von den zehn gefahrenen großen internationalen Rennen acht gewannen und die Deutsche, Berg- und Europa-Meisterschaft einbrachten.

Rheinland-Pfalz

Die industrielle Erzeugung in der Pfalz erreichte im September einen Wert von 182 Mill. DM und stieg damit um 3 Mill. DM gegenüber dem Vormonat, wie die IHK Ludwigshafen mitteilt. Die Schuhindustrie stellte im September 1,7 Mill. Paar Schuhe her und erzielte neben der Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie die bedeutendste Produktionsausweitung. In der Produktionsgüterindustrie war ein leichtes Abflauen festzustellen. Mit einem Produktionswert von 390,3 Mill. DM hatte in den Monaten Januar bis September 1950 die chemische Industrie einen 32prozentigen Anteil am Gesamtproduktionswert der pfälzischen Industrie.

Die Pfalzwerke AG, Ludwigshafen, sperren die Kraftstromzufuhr für industrielle Großabnehmer von Mitte November 1950 bis 1. Februar 1951 für industrielle Großabnehmer zu bestimmten Morgen- und Abendstunden. Zur Vermeidung zu großer Produktionsausfälle sind die Industriefirmen in der Vorderpfalz an die Einhaltung der Morgensperrzeiten, die in der Hinterpfalz an die Abendsperrzeiten gebunden.

„Den Wuchergrenzpreisen für Rundholz entsprechen die vom Bundesministerium für Wirtschaft festgesetzten Normpreise für Schnittholz. Sie bilden die Wucherpreisgrenze für die Schnittholzverkäufe im Sinne des § 19 des Wirtschaftsstrafgesetzes. Die Schnittholznormpreise sind vom Bundeswirtschaftsministerium unter Zugrundelegung der Wuchergrenzpreise für Rundholz festgesetzt worden". Mit dieser Feststellung wandte sich die Vereinigung deutscher Sägewerksverbände in Koblenz gegen die aus Kreisen der Forstwirtschaft in der Öffentlichkeit vertretene Auffassung, daß die von der Holzwirtschaft geforderte Aufrechterhaltung der Verkaufsbeschränkungen für Rundholz eine Diskriminierung gegenüber der Sägeindustrie bedeute, die keinen Preisbegrenzungen unterliege und dementsprechend auf Kosten des Waldbesitzes eine Konjunktur auf dem Schnittholzmarkt beliebig ausnutzen könne. Während die Forstwirtschaft, so heißt es in der Erklärung weiter, angesichts des Mißverhältnisses zwischen Rundholzanfall und Rundholzbedarf erfolgreich bemüht gewesen sei, im letzten Forstwirtschaftsjahr die Rundholzverkaufspreise hart an die Nähe der Wuchergrenzpreise hinaufzutreiben, habe die Sägeindustrie vom Herbst 1949 ab bis in die letzte Zeit das Schnittholz zu Verlustpreisen verkaufen müssen, die entgegen den gezahlten Rundholzpreisen erheblich unter den kalkulatorisch erforderlichen Normpreisen gelegen hätten. Die Behauptung, so betont die Vereinigung, daß die Sägeindustrie im Gegensatz zur Forstwirtschaft gut verdiene und keinen Preisbindungen unterworfen sei, müsse als völlig abwegig bezeichnet werden. Viele Sägewerke hätten infolge des Mißverhältnisses zwischen den von der Forstwirtschaft geforderten Rohholzpreisen und den erzielbaren Schnittholzpreisen Substanzverluste erlitten. Diese könnten auch bei der gegenwärtigen vorübergehenden Normalisierung des Schnittholzmarktes nicht wieder eingeholt werden.

Bis zu 40 % des normalen Zimmerpreises werden vom „Bureau de Logement" den Hoteliers bei der Verrechnung der Inanspruchnahme von Zimmern durch Ausländer, die durch eine Dienststelle der Besatzungsmacht eingewiesen werden, in Abzug gebracht. Hierbei beruft sich die französische Stelle auf einen Runderlaß des Reichsinnenministeriums aus dem Jahre 1944. In einer Eingabe hat die Industrie- und Handelskammer Mainz das rheinpfälzische Finanzministerium um Klärung dieses strittigen Falles gebeten. Die Maßnahme des „Bureau de Logement" bedeutete eine schwere Schädigung des Hotelgewerbes, zumal für die ausländischen Gäste nur die besten Zimmer ausgewählt würden. In der Eingabe führt die Industrie- und Handelskammer Mainz u. a. als Beispiel ein führendes Mainzer Hotel mit 110 Betten an, das täglich 50 Betten für Ausländer zur Verfügung halten müsse, obwohl das Hotel nicht beschlagnahmt sei. Diese Zimmer, die selten in vollem Umfang benutzt würden, dürfen erst nach 23.15 Uhr anderweitig vergeben werden, was bekanntermaßen zu so später Stunde nur in Ausnahmefällen möglich ist. Da dieses das Hotelgewerbe schwerstens schädigende Verrechnungsverfahren in der gesamten französischen Besatzungszone Anwendung findet, kommt der Stellungnahme des angerufenen Finanzministeriums eine besondere Bedeutung zu.

Hessen

Zu der Meldung einer Zeitung über eine im Direktorium der Kreditanstalt für Wiederaufbau bestehende Neigung zur Sitzverlegung des Instituts von Frankfurt nach Bonn oder Köln erfahren wir, daß der Vorstand der Wiederaufbaubank ebenso wie der Verwaltungsrat der Auffassung ist, daß der Sitz der Bank in Frankfurt verbleiben sollte.

Wie sehr sich Serien-Fahrzeuge und Rennmaschinen befruchten können, bewies in der diesjährigen Motorsport-Saison die Horex-Columbus-Werk KG. bei der Friedel Schön auf seiner aus dem Serienmodell „Regina" entwickelten Stoßstangen-Baugmaschine folgende Siege erringen konnte: die Deutsche Bahnmeisterschaft 1950, außerdem 7 erste, 3 zweite und 1 vierten Preis. Diese Erfolge sind um so beachtlicher, als sie mit dieser Maschine gegen ausländische Rennmodelle mit obenliegender Nockenwelle errungen wurden.

Niedersachsen

Als Auswirkung des Flüchtlingsstoßprogrammes meldet Niedersachsens Bauindustrie für Oktober die gleiche Auftragshöhe wie für den Vormonat. Die Zahl der Arbeitslosen sank erneut um 7% . Die Aufträge verteilen sich mit 34,38% auf öffentliche Aufträge, 34,49% auf private Aufträge und 23,12% Aufträge im gemeinnützigen Wohnungsbau. Bei den Bauaufträgen aus der Industrie handelt es sich im wesentlichen um Aufträge aus der Nahrungsmittel-, Schokoladen- und Textilindustrie.

Mitte nächsten Jahres soll der neue Flughafen bei Hannover in Betrieb genommen werden. Um zu vermeiden, daß der niedersächsische Wirtschaftsraum vom Flugverkehr ausgeschlossen bleibt und dadurch schwere Schädigungen erfährt, hat sich die Landesregierung für den Ausbau des 10 km vom Hauptbahnhof Hannover entfernt gelegenen Flugplatzes Langenhagen entschlossen. Man hofft, daß der Flughafen bis zur Eröffnung der „Construkta" fertiggestellt sein wird.

Der Ausstellerbeirat der Hannoverschen Textilverkaufsmesse will künftig auf den Messen in Hannover keine volkseigenen Betriebe aus der Sowjetzone zulassen, deren ehemalige Besitzer in der Bundesrepublik ein Unternehmen betreiben. Es habe sich verschiedentlich gezeigt, daß volkseigene Betriebe noch die gleichen Warenzeichen und Namen wie die früheren Privatfirmen führen. Diese Firmen würden, da sie selbst ihre alten Zeichen beibehalten hätten, durch die Waren der volkseigenen Betriebe geschädigt.

Die diesjährige Erdölförderung im Emsland wird auf rund 300 000 t geschätzt, gab Prof. Dr. Schultze, Direktor des Instituts für Erdölforschung, in Hannover bekannt.

Die neuen Modelle des Fabrikationsprogrammes 1951, die jetzt von Brunsviga Maschinenwerken AG. in Braunschweig auf den Markt gebracht werden, tragen das Zeichen fortschrittlicher Rechentechnik mit Recht. Sie sind nicht nur zuverlässig, sicher und bequem, sie zeigen darüber hinaus ein neues Merkmal, eine vollendete Anmut der äußeren Form. Die neue elektrische Brunsviga II E hat ein gefälliges olivgrünes Stromliniengehäuse mit verchromten Metallteilen und farbenfrohen Zellhornknöpfe. Unter diesem geschmackvollen Äußeren aber verbirgt sich ein wirkliches kleines Wunder der Rechentechnik. Diese Maschine, die so handlich und so leicht ist, daß man sie bequem in der Aktentasche mit sich führen kann, hat trotzdem ein elfstelliges Resultatwerk, ein siebenstelliges Einstellwerk und ein zehnstelliges Umdrehungszählwerk. Sie hat eine besondere Additions- und Subtraktionseinrichtung und verfügt über halbautomatische Division und elektrische Löschung. Ihre Rechengeschwindigkeit ist sehr hoch; sie liegt bei 400 Umdrehungen in der Minute bei voller Belastung. Sie ist weitgehend geräuschgedämpft und mit einem hochwirksamen Rundfunkstörschutz für alle Wellenbereiche versehen.

Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen haben ein gemeinsames Amt für Bodenforschung errichtet. Wie das nordrhein-westfälische Ministerium für Wirtschaft und Verkehr mitteilt, unterhält das Institut Landesstellen in Hannover und Krefeld und setzt die Arbeiten der früheren „Preußischen geologischen Landesanstalt" bzw. des „Reichsamtes für Bodenforschung" in den beiden Ländern fort. Die Aufgaben des Amtes sind die Schaffung wissenschaftlicher Grundlagen zur wirtschaftlichen Ausnutzung von Bodenschätzen, sowie praktische Beratung der Industrie. Außerdem wurden dem Amt bestimmte Aufgaben für das gesamte Bundesgebiet übertragen, die sich auf die Anwendung geophysikalischer Methoden im Erdöl-, Steinkohlen-, Braunkohlen- und Erzbergbau sowie auf die Kohlengeologie und Gesteinskunde erstrecken.

Der Lebenshaltungsindex von Arbeitnehmerfamilien stieg in Nordrhein-Westfalen im Oktober 1950 auf 87,0 (1. Vierteljahr 1948 = 100) und auf 146,8 (1938 = 100). Der Gruppenindex „Ernährung" unter Einschluß der Ausgaben für diese Nahrungsmittel stieg um 1% . Für die im Index berücksichtigten Fleischsorten setzten Preisrückgänge von 3,5 bis 8% ein. Hingegen verteuerten sich Wurstwaren um rund 1% . Neben einer leichten Verbilligung von Käse und Eiern bewirken diese Fleischpreisermäßigungen innerhalb der Indexberechnungen einen Ausgleich für die Preiserhöhung anderer Nahrungsmittel, insbesondere einiger Nährmittel, Fette und Frischfisch. Die Entwicklung des Ernährungsindexes zeigt infolgedessen eine schwach steigende Tendenz. Die steigende Preisentwicklung industrieller Rohstoffe hatte im August einen Höhepunkt erreicht. Auf Verbrauchsgüter wirkte sich diese Entwicklung im Oktober aus. Von den im Index erfaßten Positionen waren bei Bekleidung in 38 von 42 Fällen Preiserhöhungen festzustellen, beim Hausrat 17 von 31, die entsprechenden Gruppenindizes stiegen um 2,8% bzw. 0,7% .

Auf der ersten Sitzung der neugebildeten Westlichen Gruppe der Industrie- und Handelskammer Münster in Gelsenkirchen/Buer wurde auf die fortschreitende Verlagerung des Ruhrbergbaus in nördlicher Richtung hingewiesen. Neue Anlagen für den Bergbau sollten möglichst im nördlichen Gebiet und am Niederrhein angelegt werden, hier könnten auch andere Industrien Fuß fassen. Von den im Ruhrgebiet fördernden Schachtanlagen befänden sich im Westlichen Gebiet 31% , die Förderung in diesem Teil erreiche heute bereits 30 v.H. der Gesamtförderung des Ruhrgebiets, ebenso hoch sei der Anteil an der Kokserzeugung.

Auf Grund von Vereinbarungen zwischen den Einzelhandelsverbänden von Nordrhein-Westfalen und der deutschen Angestellten-Gewerkschaft wurden die Tarifgehälter für die Angestellten des Einzelhandels mit Wirkung vom 1. 11. 50 um 10 v.H. erhöht. Für die Angestellten des Lebensmittel-Einzelhandels gelten die alten Gehälter weiter, jedoch ohne den bisher üblichen Abschlag von 7½ v.H.

Für die „Drupa" internationale Messe Druck und Papier, Düsseldorf, die vom 26. Mai bis 10. Juni 1951 stattfindet, wurde der Anmeldeschluß für Aussteller auf den 31. Dezember 1950 festgelegt.

Bayern

Zu den Vorschlägen über Metalleinsparungen in der Industrie, insbesondere zum Übergang zu unterschiedlicher Export- bzw. Inlandsaufführung, erklären Kreise der bayerischen Elektroindustrie, daß abgesehen von der Unmöglichkeit einer Kontrolle die Produktion nicht auf zwei Fertigungen nebeneinander umgestellt werden könne. Auffallend stark sei das In- noch mehr aber das ausländische Interesse an Kohlewiderständen. Die Produktion sei auf 12 Monate hinaus verkauft. Nicht unwesentlich scheine der große Bedarf von Kohlewiderständen für Ferngeräte zu dieser Entwicklung beigetragen zu haben.

In der Sommersaison 1950 besuchten 1,7 Mill. Fremde (davon 0,2 Mill. Ausländer) Bayern, wie aus den Fremdenmeldungen der 125 wichtigsten bayerischen Fremdenverkehrsgemeinden hervorgeht. Es wurden insgesamt 7,38 Mill. Übernachtungen (davon Ausländer 0,34 Mill.) gezählt. Das bedeutet gegenüber der Sommersaison 1949 eine Steigerung um 36% . Die Zahl der Ausländerübernachtungen, gegenüber Sommer 1948 verfünffacht, kam dem Vorkriegsstand (0,79 Mill.) in den 125 Gemeinden beachtlich näher. In sämtlichen bayerischen Gemeinden dürfte die Zahl der Ausländerübernachtungen im Sommer dieses Jahres 0,6 Mill. betragen haben, was eine Devisenein nahme im Gegenwert von 30 bis 35 Mill. DM erbracht haben dürfte. Die Oberammergauer Passionsspiele waren an dem Gesamtergebnis mit einer Besucherzahl von über 0,5 Mill. beteiligt. Etwa 60 000 Ausländer haben die Hauptspiele besucht und weitere 100 000 dürften nach Schätzung der Gemeinden Oberammergau die Wiederholungsspiele besucht haben.

Der jetzt gewählte Vorstand des Instituts für Fremdenverkehr im Staatswirtschaftlichen Seminar an der Universität München setzt sich wie folgt zusammen: Prof. Dr. Pfister, Prof. Dr. Roeßle und Dr. Mayerhofer, alle in München. Vorsitzender des Kuratoriums wurde Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard. Das kürzlich gegründete Institut will sich zunächst mit der Bedeutung des Fremdenverkehrs für die deutsche Zahlungsbilanz und mit der Fremdenverkehrswerbung befassen.

Auf der Strecke Nürnberg-Regensburg werden gegenwärtig von der Deutschen Bundesbahn Versuche mit Ultrakurzwellenfunk aus dem fahrenden Zug durchgeführt ähnlich dem seit Mitte des Vorjahres aufgenommenen und ausgebauten Funksprechverkehr vom fahrenden Rheinschiff. Nach dem Ausbau des Ranglerfunks auf Bahnhöfen soll der Betriebszugfunk die Betriebsabwicklung auf längeren Strecken flüssiger und damit schneller und wirtschaftlicher gestalten. Ein Abbau der Streckensicherungsanlagen ist nicht vorgesehen, vielmehr soll der Betriebszugfunk nur als zusätzliche Zugsicherungseinrichtung verwandt werden.

Die im bayerischen Groß- und Außenhandel, im Obst- und Gemüsehandel, im pharmazeutischen und vereinigten Export-Großhandel in Bayern beschäftigten Arbeitnehmer erhalten nach gewerkschaftseitiger Mitteilung vom 24. 11. ab 1. 11. eine monatliche Überbrückungsbeihilfe von 10 DM. Die Erziehungsbeihilfe wird um 5 DM im Monat erhöht. Ferner verpflichte sich der Landesverband des Groß- und Außenhandels, darauf hinzuwirken, daß die Fachgruppen Lebensmittelgroßhandel, Kohlengroßhandel und Genossenschaftlicher Großhandel diesem Übereinkommen beitreten. Die Monatsgehälter der jugendlichen Angestellten wurden auf mindestens 140 DM festgesetzt. Die beteiligten Gewerkschaften hoffen, daß bei den für Januar 1951 in Aussicht genommenen Tarifverhandlungen weitere Zugeständnisse von der Arbeitgeberseite gemacht werden.

Von 1938 bis Juni 1950 stiegen die durchschnittlichen Brutto-Stundenlöhne in der bayerischen Industrie bei Männern um 54% und bei Frauen um 78% , wie das Statistische Landesamt für Bayern am 18. 11. mitteilt. Die Wochenlöhne erhöhten sich infolge einer um 2 Stunden geringeren Arbeitszeit um 47 bzw. 70% .

Die Stamm- und Zeitarbeiter in der Elektromontage in Bayern erhalten ab 1. 11. eine Lohnerhöhung von 8% , wie die IG-Metall, Landesbezirk Bayern am 18. 11. mitteilt.

Das Bayerische Betriebsrätegesetz wird Mitte Dezember in Kraft treten, wenn die US-Landeskommission bis dahin keinen Einspruch gegen das Gesetz erhebt, teilte die DAG, Landesverband Bayern, mit. Über den Zeitpunkt der Betriebsrätewahlen könne noch nichts gesagt werden, da die Regelung dieser Angelegenheit den vom Bayerischen Arbeitsministerium zu erlassenden Durchführungsbestimmungen sowie einer neuen Wahlordnung vorbehalten sei. Wie vom Arbeitsministerium verlautet, ist mit einem Einspruch der US-Landeskommission gegen das Gesetz kaum zu rechnen.

Der „Verband der freien Berufe im Lande Bayern" wurde als Nachfolgerin einer entsprechenden Arbeitsgemeinschaft am 18. 11. in München konstituiert. Den Vorsitz hat Dr. Erhard (Bayerische Rechtsanwaltskammern). Der Verband wird sich dem Bundesverband der freien Berufe, Düsseldorf, anschließen.

Die Feingold- und Feinsilberschlägerei Johann Friedrich Jakob in Fürth/Bayern besteht in diesen Tagen seit 100 Jahren. Von den rund 100 Blattsilberschlägereien vor dem ersten Weltkrieg bestehen nur noch etwa 12 Betriebe. Die Firma Jakob ist eine der letzten großen Handschlägereien, sie ist in der ganzen Welt in Verbraucherkreisen bekannt.

Ostzone

Das Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel der Sowjetzonenregierung hat die Betriebe in der Sowjetzone angewiesen, „unbedingt" die im Frankfurter Abkommen vorgesehenen Warenlieferungen bis zum 31. Dezember dieses Jahres einzuhalten. Eine Verlängerung der Warenbegleitscheine über den 31. Dezember 1950 hinaus sei nicht vorgesehen.

Das zwischen der Ostzonenrepublik und China abgeschlossene Abkommen über den Warenaustausch und den Zahlungsverkehr übertreffe nach Inhalt und Umfang alle früher zwischen Deutschland und China abgeschlossenen Verträge, so erklärte der Führer der ostzonalen Delegation, der Landesminister Ziller am 23. November vor dem Ministerrat der Ostzone, wie das Ostzonenamt für Information mitteilt. Die Lieferungen der Ostzone an China bestünden sowohl aus Erzeugnissen des Schwermaschinenbaues wie der Leichtindustrie. China werde insbesondere Soja-Bohnen, Reis und Seide liefern. Ziller äußerte weiter, es lägen unzweideutige Erklärungen chinesischer Staatsmänner darüber vor, daß der Handel mit Gesamtdeutschland im Rahmen der mit der Ostzonenregierung angeknüpften Vertragsbeziehungen abgewickelt werden solle.

Die Einfuhren Frankreichs aus der Ostzone sind nach den Angaben des französischen Zollamtes von 29 Mill. ffrs. Ende September auf 125 Mill. ffrs. Ende Oktober gestiegen, während die französischen Ausfuhren nach der Ostzone nur gering von 19 auf 23 Mill. ffrs. sich erhöht haben.

Das zwischen der schwedischen SUKAB und der DAHA vor kurzem abgeschlossene Globalabkommen über den schwedischen Außenhandelsverkehr mit der deutschen Ostzone bis 30. Juni 1951 ist von der Handels- und Industriekommission genehmigt worden, erfährt VWD von maßgebender Seite. Innerhalb dieses Abkommens werden bei einem Fischkontingent von 8,5 Mill. sKr. u. a. für 6 Mill. sKr. Heringe von der Westküste nach der deutschen Ostzone geliefert werden, mit deren Verschiffung inzwischen bereits begonnen worden ist.

Der erste „Allsicht"-Laden in Deutschland

Am Freitag wurde in Offenburg der erste Allsicht-Selbstbedienungsladen in Deutschland eröffnet. Unsere Leser kennen die von der Großhandels- und Exportfirma Adolf Spinner KG. in Offenburg entwickelte „ASO-Allsicht" aus der Reportage aus der Nummer 42 vom 18. Oktober. Günther Spinner, der Bruder von Adolf Spinner, ist Einzelhändler (er unterhält in Offenburg ein Warenhaus und mehrere Lebensmittelgeschäfte), hat nun eins seiner Lebensmittelgeschäfte auf diese ASO-Allsicht umgestellt, die alten Regale und Theken herausgenommen und einen Selbstbedienungsladen daraus gemacht. Die beiden hier beigefügten Bilder zeigen, wie der neue Laden aussieht.

Der Kunde bedient sich also selbst. Er nimmt am Eingang einen kleinen Drahtkorb, geht an den Regalen vorbei und holt sich heraus, was er braucht. Das peinliche Fragen nach dem Preis wird vermieden; denn der Kunde sieht bei jeder Warenposition, was sie kostet; die Preisschilder sind klar und übersichtlich angeordnet. Der Kunde kann auch zwischen den verschiedenen Waren gleicher Art entscheiden, welche er haben will. Außerdem wird er beim Gang durch den Laden an manches erinnert, was er noch einkaufen wollte. Die übersichtlichen Regale erinnern also an den Bedarf und — darüber hinaus wecken sie auch Bedarf; denn der Kunde sieht nun, was er noch gern haben möchte und woran er eigentlich gar nicht gedacht hat.

Damit kommen wir zu dem ersten Einwand, der gegen die Selbstbedienungsläden gemacht wird: Der Kunde will vielleicht gar nicht selber wählen, sondern beraten sein. Nach den Erfahrungen, die im Ausland gemacht worden sind, insbesondere in den USA, in der Schweiz und in Frankreich, wählt der Kunde größtenteils lieber selbst. Wer beraten sein will, kann sich an die im Geschäft anwesenden Angestellten jederzeit wenden. Es ist nämlich nicht so, daß nun außer der Kassiererin kein Angestellter mehr im Geschäft wäre.

Damit kommen wir zum zweiten Argument. Es wird behauptet, daß durch die Selbstbedienungsläden Personal gespart würde. Das stimmt auch nicht; denn es ist die gleiche Arbeit zu leisten wie bei der Bedienung durch Angestellte. Die Waren müssen in die Regale geschafft werden, die Regale müssen nachgefüllt werden und es müssen die Kunden bedient werden, die bei der Auswahl beraten werden wollen.

Nur schneller geht das Bedienen. Es fällt das lästige Warten fort, das insbesondere gegen Abend in den Lebensmittelgeschäften zu beobachten ist. Wer es eilig hat und schnell nur das eine oder andere kaufen will, braucht im Selbstbedienungsladen nicht zu warten, sondern nimmt seinen Drahtkorb, legt die zwei, drei zu kaufenden Sachen hinein und begibt sich an die Kasse — und in fünf Minuten ist er wieder draußen.

Schließlich noch der letzte Einwand: Wird nicht durch die Selbstbedienungsläden der Diebstahl erleichtert? Dazu läßt sich sagen, daß, wer stehlen will, in jedem Laden Gelegenheiten zum Stehlen aufspürt. Das ist im Warenhaus nicht anders wie in jedem Einzelhandelsgeschäft. Jeder Einzelhändler kalkuliert einen gewissen Prozentsatz an Diebstahl ein. Wir sind sogar im Gegenteil der Meinung, daß durch die übersichtliche Anordnung und durch die Notwendigkeit, daß jeder Kunde erst an der Kasse vorbei muß, ehe er den Laden verläßt, die Diebstahlgefahr verringert wird.

Die Übersichtlichkeit ist aber nicht nur durch die Regale gegeben, sondern auch durch die Allsicht-Packungen. Zum größten Teil sind die Waren in Cellophan-Tüten verpackt, so daß der Kunde sieht was er kauft. Er sieht die Qualität, die Menge und den Preis. Die aromaempfindlichen Waren sind zwar nicht in Cellophan verpackt, aber auf den Tüten aus Aluminiumfolie ist die Warengattung, die Qualität, der Preis und die Menge deutlich aufgedruckt. Selbstbedienungsläden sind nur mit fertigverpackten Waren möglich. Fertigverpackte Waren aber sind hygienisch einwandfrei: Keine fremde Hand, keine schmutzige Schaufel, keine schmutzige Tüte und kein Staub kommt an die Ware heran. Auch aus diesem Grunde werden die Käufer lieber in einem Selbstbedienungsladen kaufen.

Es kommt hinzu, daß die fertigverpackten Waren immer den Namen dessen tragen, der die Waren verpackt hat. Auf allen „ASO-Allsicht"-Packungen steht der Name der Firma Adolf Spinner, Offenburg. Die Verantwortung für die Ware, die der Großhändler bis jetzt nur bis zum Einzelhändler trug, muß er jetzt bis zum Kunden tragen. Die Verlängerung der Verantwortung ist eine zusätzliche Sicherung der Qualität und des Gewichts für den Kunden.

Es war nun interessant zu beobachten, wie das Publikum sich nach Eröffnung dieses neuen Ladens verhielt. Wir haben dies abends und am nächsten Morgen beobachtet. Die erste Kundin war ein altes Mütterchen, das einen Drahtkorb nahm, als ob sie's immer so gehalten hätte, und sehr interessiert vom Regal zu Regal ging, sich die Waren hineinlegte, wieder zurückging, weil sie noch etwas nachsehen wollte und dann schließlich lachend zur Kasse kam und die eingekauften Schätze präsentierte. Wir fanden, daß es die Bestätigung für die Richtigkeit dieses Systems war. Am nächsten Morgen hatten sich viele Schaulustige vor dem Fenster eingefunden, die eifrig die neue Einrichtung besprachen. Negative Urteile hörte man nicht. Man sah sogar Kinder hineingehen und ganz diszipliniert die Waren in das Körbchen legen, die sie kaufen wollten. Und am Ort der Bezahlungszeremonie ist eine Registrierkasse, die jedem Kunden einen Bon zuwirft, auf dem die einzelnen Portionen und die addierte, und dann bezahlte, Summe steht.

Wir glauben, daß dieses System seinen Weg machen wird.

H.

So geht man in den Selbstbedienungsladen hinein

— und auf diesem Wege wieder heraus

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Auch Österreich in der Rüstungskonjunktur

Rückkehr zur gelenkten Wirtschaft

Eine starke Zunahme der Exportaufträge, die Verkleinerung des Passivsaldos der Handelsbilanz, die Belebung der Exporttätigkeit bei sonst nur sehr mittelbar mit dem Export zusammenhängenden Wirtschaftszweigen auf der einen Seite — Produktionsengpässe, Preisauftriebstendenzen, Hortungskäufe, „graue" Märkte auf der andern Seite charakterisieren — Wirtschaftslage in Österreich, als Folge der Rüstungskonjunktur, die auch dieses reine Binnenland erreicht hat. Der neueste Monatsbericht des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung stellt fest, daß einige ausländische Rohstoffe nicht mehr oder nur zu sehr hohen Preisen zu erhalten sind, daß der Mangel an österreichischen Schlüsselprodukten sich immer mehr auswirkt und daß Ferrolegierungen, Kupfer, Nickel, Kautschuk, Wolle und Walzware besonders knapp geworden sind; hierin werden Lieferterminie bis Mitte 1951 verlangt.

Um den Preissteigerungen und Warenverknappungen beizukommen, könne sich — so heißt es im Bericht — für die österreichische Wirtschaftspolitik die Alternative ergeben, entweder wieder zur Lenkung von verknappten Waren zurückzukehren — oder trotz der Störungen am freien Marktprinzip festzuhalten. Für Österreich ist das Dilemma besonders heikel, weil die beiden Parteien mit geteilter Meinung in einer Koalitionsregierung zusammensitzen, wobei die SPÖ für die Planwirtschaft, die ÖVP dagegen für die Marktwirtschaft eintritt, was bereits zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteilagern geführt hat.)

Zu den Auswirkungen des 4. Lohn-Preis-Abkommens stellt das Institut fest, daß — soweit man die ersten Reaktionen der Wirtschaft überblicken könne — die meisten Großbetriebe die erhöhten Kosten auf sich genommen haben. Der Handel verkaufte die alten Bestände bisher zu den alten Preisen. Diese Selbstbeschränkung komme dem Konsum aber nur zum Teil zugute, weil die Betriebe den Export entsprechend fordiert haben, wodurch diese Waren im Inland knapper werden. Die lohnintensiven Handwerksbetriebe konnten nach Lage der Dinge die schweren Belastungen des neuen Lohn-Preis-Abkommens nicht auffangen; sie waren daher zum Teil genötigt, die Preise zu erhöhen, zumal die meisten Handwerkszweige auch nicht in den Export ausweichen können. Die höheren Weltmarktpreise dürften in Zukunft noch manche Unternehmer zwingen, „Preisanpassungen" vorzunehmen. Die Untersuchungen des Instituts bestätigen, daß die Lebenshaltungskosten von Mitte September bis Mitte Oktober 1950 nur um 0,7 Prozent gestiegen sind, während die Lohn- und Gehaltserhöhungen zwischen 10 und 14 Prozent ausmachten.

Der Index der industriellen Produktion stellte sich im August 1950 auf 136,9 (1937 = 100), blieb jedoch hinter dem Juni-Index mit 145,1 wieder zurück. In verschiedenen Sparten kommt die Produktion wegen Mangel an Rohstoffen der stark gestiegenen Nachfrage nicht mehr nach; auch die Kapazitätsgrenze ist vielfach bereits erreicht. Wenn sich die Rohstofflage nicht bessert, dürften einige Industriezweige bald genötigt sein, die Produktion einzuschränken. Besonders fühlbar ist der Mangel an Walzware für die eisenverarbeitende Industrie, die ihre Exportaufträge nur zum Teil erfüllen kann. Der Bericht des Instituts schlägt vor, die Ausfuhr von Walzwaren zeitweise einzuschränken, um die Versorgung der exportierenden eisenverarbeitenden Industrie, die Fertigwaren ausführt, zu heben und die Exportchancen besser auszunützen.

Für die Investitionstätigkeit ergeben sich durch das Lohn-Preis-Abkommen Gefahren, vor allem, wenn die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zunehmen sollte. Um das zu verhindern, ist ein Notprogramm zur Erhaltung der Vollbeschäftigung bereits vorbereitet und man wird versuchen, die demnächst freizugebenden 600 Mill. S aus ERP-Sonderkonto noch in diesem Jahr der Wirtschaft zukommen zu lassen. 1951 sollen die Counterpartmittel restlos für Investitionen Verwendung finden.

Neues Exportprogramm

In Österreich sollen nach einem Regierungsprogramm bis Ende 1952 28,7 Milliarden Schilling zur Steigerung der Exporte, zur Verminderung der Importe und zur Verbilligung der Vorprodukte exportabhängiger Industriezweige investiert werden.

Das Netz der Außenhandelsstellen

Die österreichische Bundeshandelskammer hat im letzten Jahr das Netz ihrer Außenhandelsstellen stark ausgebaut, was sich für den österreichischen Außenhandel immer vorteilhafter auswirkt.

Zur Zeit unterhält Österreich in folgenden Ländern Außenhandelsstellen: Abessinien, Afghanistan, Ägypten, Argentinien, Australien, Belgien, Brasilien, Kanada, Chile, China, Kolumbien, CSR, Kuba, Cypern, Dänemark, Westdeutschland, Ecuador, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Holland, Indien, Iran, Irland, Israel, Italien, Libanon, Liechtenstein, Mexiko, Norwegen, Ostafrika, Peru, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien, Syrien, Triest, Türkei, Uruguay und USA.

Hohe Papierausfuhr

Die österreichische Papier- und Zellulose-industrie ist durch Aufträge aus dem In- und Ausland bis Sommer 1951 ausverkauft. Namentlich die Exporte haben im Zeichen der Papierknappheit in aller Welt und der relativ niedrigen Preise der österreichischen Industrie stark zugenommen. In den ersten neun Monaten 1950 wurden 66 600 t Zellulose (um 60 Proz. mehr als in den ersten drei Viertel 1949), 32 700 t Rotationspapier (plus 15,4 Proz.), 47 700 t sonstige Papiersorten (plus 25 Proz.), 42 900 t Holzstoff (plus 90 Proz.), 8100 t Pappe (plus 4,5 Proz.) und 7750 t Kunstseidenzellulose exportiert. Zellulose wurde vor allem von Italien (28 000 t), Südamerika (14 000 t), Frankreich (10 000 t) und den USA (5000 t) gekauft, während im Papierexport Westdeutschland mit 18 Proz. der Gesamtpapierausfuhr an erster Stelle stand, gefolgt von Indien mit 13 Proz., Italien mit 9 Proz., Hongkong mit 7 Proz., Ägypten mit 6 Proz., Jugoslawien mit 6 Proz., Triest mit 4,5 Proz. und Pakistan mit 4 Proz. Die Papier- und Zelluloseindustrie beurteilt die Absatzchancen auch weiterhin sehr günstig, was sich auch in verschiedenen größeren Investitionen an bestehenden Fabrikanlagen und Neueinrichtung von Werken ausdrückt.

Nationalbank kürzt Belassungsquote

Als „Schlag gegen den Export" bezeichnen die österreichischen Exporteure eine völlig überraschende Verfügung der Österreichischen Nationalbank, wonach die generellen Belassungsquoten der Exporteure um durchschnittlich 20 Prozent linear gekürzt werden, sowie auch die Belassungsquoten jener Exporteure, die individuelle Belassungsquoten hatten, eine entsprechende Kürzung erfahren, die alle ab 16. November bei der Österreichischen Nationalbank eingehende Zahlungen für Exporte betrifft. Die plötzliche Maßnahme der Bank hat heftige Proteste der Exportwirtschaft ausgelöst, die namentlich bei jenen Exporteuren laut werden, die auf ihre Belassungsquoten zum Zwecke der Finanzierung eigener betriebswichtiger Einfuhren angewiesen sind. Da die Nationalbank gleichzeitig auch den Kompensationsverkehr sowie das adressierte Clearing praktisch völlig verbietet, gerät die Exportwirtschaft in neue, große Schwierigkeiten, was zu einer scharfen Kritik der den Export hindernden Praxis der Nationalbank aus den Kreisen der Industrie geführt hat.

USA für ägyptische Industrie

Die ägyptische Regierung ist auf Grund ihrer Erklärung, an dem Programm der sogenannten „Punkt-Vier"-Erklärung des amerikanischen Präsidenten teilzunehmen, von den Vereinigten Staaten aufgefordert worden, eine Liste derjenigen Vorhaben einzureichen, für deren Durchführung die in dem Programm vorgesehene technische Hilfe in Frage kommen würde. Wie verlautet, soll die Unterstützung für Stahlwerke, bergbauliche Unternehmen, Ölraffinerien und Fabriken für die Herstellung von Textilien für den einheimischen Gebrauch beantragt werden. Nach Prüfung der Vorhaben wird sich eine amerikanische Kommission von Sachverständigen nach Ägypten begeben, um die Möglichkeiten an Ort und Stelle zu prüfen.

Brasilianische Anleihe an Frankreich

Zwischen einer französischen Delegation und dem brasilianischen Staat Minas Geraes finden gegenwärtig Verhandlungen statt, die eine Anleihe an Frankreich in Höhe von 30 Mill. Dollar zur Lieferung von Investitionsgütern, vor allem für die brasilianische Energiewirtschaft, zum Gegenstand haben. Der Finanzsekretär des Staates Minas Geraes wird sich zum Abschluß des Abkommens in Kürze nach Paris begeben.

Aufforstungsprogramm in Nord-China

In Nordchina werden auf Anweisung der chinesischen Zentralregierung unter Anlehnung an sowjetische Vorbilder umfangreiche Waldanpflanzungen durchgeführt, um eine Klimaverbesserung herbeizuführen. Die Wälder sollen sowohl einen Schutz gegen die Stürme, als auch gegen Sandverwehungen fruchtbarer Ackerbauflächen dienen. Die Planung ist auf mehrere Jahre entworfen.

England interessiert sich für Kohlen-Charter

Die britische Regierung interessiert sich für die Charterung von Kohlenfrachtern von Hampton Roads (USA) nach Großbritannien zur Dezember-Verschiffung. Sie bietet etwa 41 Shilling 3 Pence je ton. Die Forderungen der Reeder liegen bei 50 Shilling.

In Fachkreisen bringt man dieses Interesse der britischen Regierung für Kohlen-Charter mit den Absichten, zur Überbrückung der unzureichenden Kohlenversorgung, Kohle aus den Vereinigten Staaten und aus anderen Ländern einzuführen, in Verbindung.

Fortlaufende schwedisch-britische Handelsbesprechungen

Das britische Handelsamt dementiert schwedische Pressemeldungen, nach denen die britisch-schwedischen Handelsbesprechungen abgebrochen worden seien. Lediglich die schwedischen Sachverständigen für den Kohlebezug hätten den Wunsch geäußert, mit ihrer Regierung Fühlung zu nehmen, die übrigen Punkte der Handelsbesprechungen würden aber weiter behandelt. Die schwedischen Pressekorrespondenten in London berichten, daß Großbritannien im kommenden Jahre nur 850 000 tons Kohle liefern werde gegenüber den gegenwärtig vereinbarten 1,35 Mill. tons und nur 135 000 tons Koks gegenüber gegenwärtig 500 000 tons. Der Pessimismus geht soweit, daß Svenska Dagbladet sogar nur noch mit 500 000 tons Kohle rechnet. In offiziellen britischen Kreisen wird nicht verschwiegen, daß die schwedischen Delegierten über das geringe Angebot Großbritanniens an Kohle sehr enttäuscht sind. Die britische Kohlenlage mache aber erhebliche Einschränkungen notwendig. Sogar die Lieferung für das laufende Jahr zeige einen Rückgang von 500 000 tons Kohle und Koks. Schweden zeige sich aber außerdem auch besorgt über den Umfang strategischen Materials, das Großbritannien im Rahmen des neuen Abkommens zu liefern in der Lage sein werde. Schweden brauche dringend Chemikalien, Stahl, Baumwollgarn und Textilien, doch werde Großbritannien wahrscheinlich seine Lieferungen wegen seines Wiederaufrüstungsprogramms kürzen müssen. In Handelskreisen betont man, daß die Besprechungen noch in ihrem Anfangsstadium seien und hofft, daß Schweden als einer der besten Kunden Großbritanniens von seiten der britischen Regierung die größtmögliche Berücksichtigung finden werde. Es wird erwartet, daß die schwedischen Holzlieferungen nach Großbritannien im kommenden Jahr steigen werden. Bei den Waren geringerer Bedeutung, die nicht auf der Liberalisierungsliste stehen, werden im übrigen keine wesentlichen Schwierigkeiten erwartet.

Schwedische Rohholzpreise fast verdoppelt

Bei den letzten Holzauktionen in Schweden sind bei großen Umsätzen die Preise für Rohholz stark gestiegen, in einzelnen Fällen haben sie sich nahezu verdoppelt. Auf einer der letzten Auktionen in Jönköping z. B. stellte sich der mittlere Preis auf 45,52 sKr. je cbm gegenüber nur 24 sKr. per cbm im vorigen Jahr. Für bestes Nadelholz wurden Preise bis zu 74 sKr. per cbm und für Eiche bis zu 110 sKr. je cbm bezahlt.

Aufhebung des Preisstops

Die schwedische Preiskontrollbehörde hat den Preisstop für die folgenden Waren aufgehoben: eingeführte Trockenfische, Melasse und Melassefutter, Heizungsöl II, Kalziumchlorid, Glaubersalz (jedoch nicht beim Verkauf im Einzelhandel), Nähgarn und Nähseide in bestimmten Padungen für Industrie und Handwerk, bestimmte elektrische Signal- und Kontrollanlagen sowie Lastkraftwagen.

Wesentlich erhöhte Dollar-Einfuhr

Für die zweite Jahreshälfte sind für den schwedischen Dollar-Import 407 Mill. sKr. Lizenzen bewilligt worden, während der ursprüngliche Plan nur eine Lizenzierung von 320 Mill. sKr. (cif-Basis) vorsah, erfährt VWD aus Finanzkreisen. Die Erhöhung der Lizenzierung ist außer durch Marshallgelder auch durch höhere schwedische Exporte nach den Dollarmärkten ermöglicht worden. Der schwedische Export nach den Vereinigten Staaten und Kanada als den wichtigsten Dollar-Märkten stieg im Januar—August auf 198,3 Mill. sKr. bzw. 13,7 Mill. sKr. gegen 117,7 Mill. skr. bzw. 7,8 Mill. sKr. in der gleichen Vorjahrszeit. Die zusätzlichen Beträge sind vornehmlich zum Kauf versorgungswichtiger bzw. wehrwirtschaftlicher Erzeugnisse verwendet worden.

Stahlaluminiumdraht für Brasilien

Die Svenska Metallverken A/B in Västeras hat mit der Verschiffung von 464 t Stahlaluminiumdraht für das große Kraftwerk Paulo Alfonse am Sao Francisco-Fluß in Brasilien begonnen. Das schwedische Metallwerk hat diesen Auftrag von wertmäßig ca. 8 Mill. sKr. im Wettbewerb mit 20 europäischen und amerikanischen Gesellschaften hereinnehmen können. Die gesamte Länge des Drahtes beträgt 3664 km.

Handelsvertragsverhandlungen mit Österreich

Anfang Dezember begannen zwischen Schweden und Österreich Verhandlungen über den Warenaustausch zwischen beiden Ländern, teilt das Außenministerium mit. Auf Grund der Warenlisten, die von der gemischten schwedisch-österreichischen Kommission im Dezember vorigen Jahres in Wien aufgestellt worden waren, war für 1950 ein Warenaustausch von ca. 40 Mill. sKr. in beiden Richtungen vereinbart worden, was gegenüber 1949 einer Verdoppelung entsprach. Der ursprünglich vereinbarte Rahmen für dieses Jahr dürfte indessen nach dem bisherigen Außenhandelsergebnis zu urteilen nicht erreicht werden. Voraussichtlich werden die Umsätze in beiden Richtungen 30 Mill. sKr. nicht übersteigen. Schweden bezieht aus Österreich in der Hauptsache Magnesit.

Vergrößerung des Handels mit Japan geplant

Spätestens Mitte Dezember sollen in Tokio zwischen Schweden und Japan Besprechungen über den Außenhandel im nächsten Jahre aufgenommen werden, erfährt VWD von unterrichteter Seite. An und für sich gilt der für 1950 abgeschlossene Vertrag auch für 1951, da er nicht gekündigt worden ist. Dem vorjährigen Vertrag ist jedoch ein sog. Handelsplan mit Warenlisten angefügt, die durch neue Listen für 1951 ersetzt werden sollen. Der alte Vertrag sieht in beiden Richtungen einen Austausch von 45—50 Mill. sKr. vor. Hinweise der schwedischen Wirtschaftspresse, wonach der Außenhandelsverkehr zwischen den beiden Ländern sich günstig entwickelt habe, stehen in völligem Widerspruch zu der tatsächlichen Situation. Im Januar—August ist der schwedische Import aus Japan auf 14,6 Mill. sKr. gegen 16 Mill. sKr. im gleichen Vorjahrszeitraum und ebenso auch der Export auf 16,9 Mill. sKr. gegen 17 Mill. sKr. sogar noch etwas zurückgegangen. Von einer erwarteten Verdoppelung der Warenumsätze gegenüber 1949 kann danach nicht die Rede sein. Trotzdem erwarten schwedische Außenhandelskreise für 1951 eine Vergrößerung der Umsätze.

Rationierung in Norwegen

Falls nicht noch in letzter Minute eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation eintritt, ist in Kürze in Norwegen mit einer erneuten umfassenden Rationierung des Warenmarktes bzw. mit einer Verringerung der Zuteilungen zu rechnen und zwar in erster Linie für Zucker, Kaffee und Textilwaren. Wie Direktor Skjerdal vom Handelsministerium der Zeitung „Vart Land" mitteilte, ist es vorerst schwierig, die kommende Entwicklung zu übersehen, sicher aber sei, daß eine Erhöhung der Zuteilungen auf keinen Fall in Frage kommen könne. Zahlungsmängel und andere Verhältnisse könnten dagegen eine Verringerung der Rationen notwendig machen. Die Zuteilungen von Textilkupons für das vierte Quartal sind bis auf weiteres ausgesetzt worden, und es erscheint zweifelhaft, ob vor Jahresende überhaupt noch Zuteilungen vorgenommen werden. Für Zucker und Kaffee sind Karten zwar schon ausgegeben worden, ob und in welcher Höhe Zuteilungen erfolgen werden, ist aber noch unsicher.

Verschärfung der Preisregulierung

Um die durch die vor kurzem eingetretene Erhöhung der norwegischen Löhne um 18 Öre per Stunde erwarteten Preissteigerungen aufzufangen, hat die Regierung eine Verschärfung der gesamten Preisregulierung beschlossen. Alle bisher aus der Regulierung bereits herausgenommenen Waren sind wiederum in sie einbezogen worden. Diese Bestimmungen gelten für die Industrie, das Handwerk und den Handel. Preiserhöhungen, soweit sie durch höhere Produktionskosten notwendig werden, bedürfen der Genehmigung durch das Preisdirektorat.

Vor Erhöhung der Kassenreserven

Die norwegische Regierung hat dem Storting ein Gesetz zur Begrenzung der Bankkredite vorgelegt. Die Regierung soll darnach berechtigt sein, von den Banken zu fordern, daß sie ihre Kassenreserven auf 30% ihrer kurzfristigen Verpflichtungen und 10% ihrer gesamten Verpflichtungen vermehren. Die Sparkassen sollen ihre Reserven auf 20% ihrer Gesamteinlagen erhöhen. Diese vermehrten Kassenreserven sollen in einem Folio-Konto bei der norwegischen Bank oder in Staatsobligationen angelegt werden. Mit dem Gesetz will die Regierung Inflationstendenzen entgegenwirken und die Investitionen begrenzen.

Exportabgaben?

Zur Abwendung der befürchteten norwegischen Zahlungsbilanzkrise soll die Regierung gegenwärtig die Frage der Einführung von Exportabgaben für wichtige Erzeugnisse, ähnlich wie es Schweden zum 1. Januar bereits beschlossen hat, erwägen, ist von gut unterrichteter Seite zu erfahren. Bereits Mitte September hatte Staatsminister Gerhardsen die Möglichkeit derartiger Abgaben in Aussicht gestellt. Der Norges Exportraad (Norwegens Ausfuhrrat) hat in einer Eingabe an die Regierung vor diesen Exportabgaben gewarnt, da eine Sonderbesteuerung der wichtigsten Ausfuhrerzeugnisse die Bestrebungen zur Vergrößerung des Exports auf das empfindlichste stören würde. „Norges Utenrikshandel", das führende Organ der Ausfuhrwirtschaft, weist in einem redaktionellen Kommentar darauf hin, daß die gegenwärtige Exportkonjunktur für Holzveredelungsprodukte, für die in erster Linie die Export-Abgaben in Frage kommen, möglicherweise nur von vorübergehender Dauer sein könne.

Handelsvertragsverhandlungen mit Schweden

Schwedens Außenhandel mit Norwegen schließt von jeher mit einem bedeutenden Ausfuhrüberschuß ab, welcher vor allem durch die hohe Ausfuhr von Erzeugnissen der Werkstattindustrie bedingt wird. Da Maschinen nicht auf der norwegischen Freiliste stehen und Norwegen auch seine freie Einfuhr in den nächsten Monaten einschränken dürfte, wird schwedischerseits befürchtet, daß bei den am 27. November beginnenden Verhandlungen eine Verringerung der schwedischen Ausfuhr nach Norwegen kaum zu umgehen sein wird. Schweden ist andererseits an einer Reihe wichtiger norwegischer Exporterzeugnisse interessiert wie Aluminium, Kupfer und Nickel, welche wertmäßig aber nicht von der gleichen Größenordnung sind, wie die Ausfuhr schwedischer Maschinen usw. Die Verhandlungen dürften sich infolgedessen schwierig gestalten.

Keramikausfuhr nach den USA

In den Vereinigten Staaten besteht starkes Interesse für norwegische Gebrauchs- und Kunstkeramik. Die Exportmöglichkeiten sind bisher jedoch durch die hohen amerikanischen Zölle sowie ferner dadurch erschwert worden, daß die norwegischen Gesellschaften kaum über Vertreter auf dem amerikanischen Markt verfügen. Die Fabriken in Halden und im Haldendistrikt haben in den letzten Wochen jedoch eine Reihe von Probelieferungen nach den Vereinigten Staaten vornehmen können. Auch in Schweden sowie in Pakistan und einigen französischen Besitzungen sind in der letzten Zeit größere Mengen norwegischer Keramik abgesetzt worden.

Handelsdelegation nach Polen

Die norwegische Handelsdelegation, die Verhandlungen in Polen führen soll, ist am 23. 11. von Oslo abgereist. Die Verhandlungen begannen am 25. November.

Dänische Steuervorschläge treffen Import

Die dänischen Importe würden durch die Steuern, die als Notmaßnahmen zur Bekämpfung der ernsten Devisenlage Dänemarks vorgeschlagen worden sind, erheblich betroffen werden, wie aus informierten Kreisen erklärt wird. Gegenwärtig importiere Dänemark täglich für 3 Mill. dKr mehr als es exportiere. Durch die Steuervorschläge sollen die Staatseinnahmen um etwa 800 Mill. dKr erhöht werden. Außer direkten Steuern würden durch die neuen Steuern die folgenden Waren besonders betroffen werden: Tabak, Kraftwagen, Schokolade, Teppiche, Rundfunkgeräte, Streichhölzer, Patronen, Gewürze und Felze. Die Regierung hat bisher noch keinerlei Pläne über eine direkte Beschränkung des Imports geäußert, allerdings ist der Betrag der Einfuhrlizenzen für britische Textilfabrikate noch nicht bekanntgemacht worden. Man nimmt aber an, daß die Einfuhr durch die neuen Steuern um etwa 500 Mill. dKr im Jahre verringert werden wird. Man erwartet eine Steigerung der Lebenshaltungskosten, glaubt aber daß die Nachfrage nach Kapitalgütern, Maschinen und Ausrüstungen nicht wesentlich berührt werden wird. Die Beschäftigung der Industrie hält sich bisher auf hohem Stande.

Handelsabkommen zwischen Frankreich und Dänemark

Am 22. November ist in Paris ein Handelsabkommen zwischen Dänemark und Frankreich für die Zeit vom 1. November 1950 bis zum 30. September 1951 abgeschlossen worden. Es ist eine dänische Ausfuhr im Gesamtbetrag von 500 Mill. dKr. vorgesehen gegenüber einer Einfuhr aus Frankreich im Werte von 140 Mill. dKr. Die Differenz von 60 Mill. dKr. ist darauf zurückzuführen, daß Dänemarks Freiliste umfangreicher ist als die französische. Wie aus Paris verlautet, wird Dänemark hauptsächlich nach Frankreich liefern: Butter, kondensierte Milch, Käse, Fisch, Kartoffeln, Maiskeim, Bier, mechanisches Material und kleine Schiffe. Aus Frankreich sollen hauptsächlich bezogen werden: Textilien, Kraftwagen, mechanisches und elektrisches Material, Weine und Spirituosen und Kolonialwaren aus Afrika.

Goldverluste der USA

Die Vereinigten Staaten haben in der Woche zum 15. November 50 Mill. Dollar in Gold verloren. In der Vorwoche beliefen sich die amerikanischen Goldverluste auf 92 Mill. Dollar. Seit Ausbruch des Korea-Konfliktes stellen sich die Abflüsse des Auslandes, auf das Jahr umgerechnet, auf 2820 Mill. Dollar und seit der Abwertung des Pfund Sterling im September 1949, ebenfalls auf das Jahr umgerechnet, auf 1543 Mill. Dollar. Nach einer Periode verhältnismäßiger Stabilität von etwa 3 Wochen haben sich die Goldabflüsse der USA in den letzten 2 Wochen bis zum 15. November dieses Jahres wieder erheblich verschärft. Sie entsprachen in diesen beiden Wochen einer Jahresrate von 3790 Mill. Dollar. Die Goldbestände der USA betragen aber immer noch 22 148 Mill. Dollar.

Wachsende USA-Einfuhren aus den ERP-Ländern

Die Einfuhren der Vereinigten Staaten aus den ERP-Ländern und der Türkei erreichen im September einen Gesamtwert von 122,3 Mill. Dollar, wie das amerikanische Außenhandelsministerium am 20. November bekanntgab. Sie lagen damit um 12. Mill. Dollar über den entsprechenden Importen des Vormonats und um 52% über dem Monatsdurchschnitt des 1. Halbjahres 1950. An der Importsteigerung waren neben der deutschen Bundesrepublik, Frankreich, die Schweiz, Italien und die Benelux-Staaten maßgeblich beteiligt.

Auch die amerikanischen Exporte nach den Marshallplanländern waren im September mit 241,7 Mill. Dollar um rund 39% höher als im August, lagen aber immer noch unter dem Monatsdurchschnitt des 1. Halbjahres 1950. Die Ausfuhren der USA nach dem Bundesgebiet stiegen von 25,8 Mill. Dollar im August auf 42,2 Mill. Dollar im September. Damit stand die Bundesrepublik unter den Empfängern amerikanischer Lieferungen an zweiter Stelle hinter Großbritannien. Die Angaben über die amerikanischen Ausfuhren schließen sämtliche Lieferungen im Rahmen des Marshallplans, des Waffenhilfeprogramms und anderer Auslandsprogramme der USA ein.

Die amerikanischen Einfuhren aus der Sowjetunion und Osteuropa haben sich von 9,2 Mill. Dollar im August auf 14,4 Mill. Dollar im September erhöht, was hauptsächlich auf die Einfuhr von Pelzwaren im Werte von 4 Mill. Dollar aus der Sowjetunion zurückzuführen ist. Dagegen sind die Ausfuhren der USA nach der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten im September auf 4,8 Mill. Dollar zurückgegangen, nachdem sie noch im Vormonat rund 11 Mill. Dollar betrugen.

Mißtrauen in Torquay

Kritik an Frankreichs Zollprotektionismus — Tschechischer Protest

Die Arbeiten der Zollkonferenz von Torquay schritten in einer Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens nur sehr langsam vorwärts, und die Haltung der französischen Delegation werde als absolut protektionistisch bezeichnet und scharf kommentiert, meldet das Pariser Wirtschaftsblatt „Les Echos". Die französische Delegation soll die Erhöhung einer Reihe von Zolltarifpositionen vorgeschlagen haben, die insbesondere die amerikanische Industrie interessieren: Landwirtschaftsmaschinen, Werkzeugmaschinen, PKW und LKW, Motorenteile. Auf amerikanischer Seite befürchtet man, daß Frankreich einen Zollschutz für Produkte des Montangebietes gegenüber Drittländern errichten wolle. Ganz allgemein beklage man sich in amerikanischen Kreisen über die Absicht Frankreichs, Schutzzölle gerade auf die Produkte errichten zu wollen, die in Frankreich jetzt in Fabriken hergestellt werden, die mit Hilfe von Marshallplangeldern modernisiert worden seien. Die französischen Fabriken seien dadurch in die Lage versetzt worden, mit den gleichgearteten ausländischen Fabriken zu konkurrieren. In gewissen Kreisen werfe man außerdem der französischen Delegation vor, sie übe auf gewisse Länder, wie z. B. Belgien, die eine weitergehende Liberalisierung der Einfuhren fordern, einen Druck aus. In den gleichen Kreisen werde Frankreich für das Defizit der westdeutschen Zahlungsbilanz verantwortlich gemacht, das zum Teil auf die Reduzierung der französischen Einfuhren aus Westdeutschland zurückzuführen sei. „Les Echos" befürchten, daß diese Beschwerden über die französische Haltung die Vorzeichen eines politischen Druckes sein könnten, der „von höherer Stelle aus" auf die französische Regierung ausgeübt werden würde.

Das französische Wirtschaftsblatt berichtet weiter über polnische „Erpressungsmanöver" mit Kohle, die seit der Kohleknappheit in Westeuropa eingesetzt hätten. Polen versuche, gegen seine Kohle strategische Rohstoffe zu erhalten, deren Ausfuhr nach den Ostländern verboten worden sei. Polen habe seine Kohlenlieferungen an Dänemark von der Lieferung von Dieselmotoren, und an Österreich von der Lieferung von Eisenbahnmaterial und Nitrogen abhängig gemacht.

Gegen die „Ausweichklausel"

Die Tschechoslowakei hat auf der 5. GATT-Konferenz in Torquay gegen die Zurückziehung der amerikanischen Zollkonzessionen für Damenfilz- und Velourhüte sowie Hutstumpen aus Italien, Großbritannien und der Tschechoslowakei auf Grund des Art. 19 des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) protestiert. Die Vertragstaaten des GATT haben daraufhin beschlossen, auf die Tagesordnung einen Punkt aufzunehmen mit dem Titel: „Zusicherung der Gültigkeit von Zolltarifzugeständnissen mit Rücksicht auf Art. 19". Der amerikanische Delegierte, Winthrop Brown, hat daraufhin erklärt, daß der Fall wichtig sei und von den betroffenen Ländern mit den Vereinigten Staaten geprüft werden solle. Der tschechoslowakische Delegierte, Dr. Bystricky, hatte erklärt, daß im Falle der Hutzölle die Bedingungen des § 19 nicht vorlägen. Die Ausweichklausel könne nur zugestanden werden, wenn ein „ernsthafter Schaden" einer Industrie drohe. Dies sei im Falle der amerikanischen Hutindustrie nicht der Fall. Die amerikanische Tarifkommission hatte bei der erstmaligen Anwendung der Ausweichklausel erklärt, daß nur Zeit die Herabsetzung des Hutzolles im Rahmen des GATT die Einfuhr 7% der heimischen amerikanischen Hutindustrie betragen habe. Gegenwärtig habe der Import 30% erreicht, und die heimische amerikanische Hut-Industrie zeige einen starken Rückgang.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kritik an Polens Währungsreform

Während nach offizieller Darstellung die polnische Währungsreform reibungslos verlaufen ist, mehren sich die Berichte, die auf die großen Schwierigkeiten hinweisen, auf die die Bemühungen gestoßen sind, den polnischen Zloty mit dem sowjetischen Rubel gleichzuschalten. Der stärkste Widerstand scheint von dem polnischen Bauern auszugehen. Er ist mißtrauisch und fürchtet einen früher oder später eintretenden wirtschaftlichen Ruin. Allenthalben kann man hören, daß die Bauern die Ablieferung der Lebensmittel an die staatlichen Stellen und die Stadtbevölkerung hinauszögern. Die Großbauern, die sich bereits bisher häufig weigerten, ihr Getreide und die anderen landwirtschaftlichen Produkte an die Regierung abzuliefern, sagen jetzt zu den kleinen Bauern, die gefügiger waren und ihre Ersparnisse jetzt entwertet sehen: „Na, haben wir euch das nicht vorausgesagt!" Aus den polnischen Städten wird gemeldet, daß die Spekulanten es verstanden haben, ihre alten Zloty-Bestände rechtzeitig in marktgängigen Verbrauchsgütern anzulegen. Jetzt warten sie erst einmal ab, um zu sehen, wie sich die Währungsreform auswirkt, um dann mit dem Verkauf der gehorteten Warenbestände zu beginnen! Um jeden Preiswucher zu unterbinden und gegen die Spekulanten vorzugehen, wurden in ganz Polen mehrere Tausend sogenannte „Kontrollgruppen" der Gewerkschaften eingesetzt. Sie sollen, wie es offiziell heißt, verhindern, daß die Spekulanten und Großbauern sich durch die Währungsreform bereichern.

Im ganzen Lande kann man spüren, wie die Bevölkerung bemüht ist, ihren Besitz an ausländischer Valuta und Gold zu verheimlichen oder sogar neue Hartwährung zu erwerben. Darum wurde jeglicher Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln und mit Gold untersagt, außerdem wurde der Besitz von Devisen, Gold und Platin anmeldepflichtig gemacht. Am 13. November d. J. lief die Frist ab, bis zu der bei den zuständigen staatlichen Stellen der Gold- und Devisenbesitz anzumelden war. Nur Gegenstände des persönlichen Bedarfs aus Gold und Platin sowie Kultgegenstände waren von der Anmeldepflicht frei, von der viele annehmen, daß sie eines Tages mit einer Abgabepflicht identisch ist. Auch ausländische Gesellschaften in Polen, sowie alle natürlichen und juristischen Personen unterliegen der Anmeldepflicht. Nur Behörden und staatliche Institutionen sind von der Anmeldung ausgenommen. Ein Verstoß gegen die Anmeldepflicht und gegen das Verbot des Devisenhandels ist unter schwere Strafe gestellt. Der Handel mit Gold und Devisen wird nicht nur mit der Einziehung des gesamten Vermögens, sondern u. U. auch mit dem Tode bestraft. Das angedrohte Strafmaß zeigt, daß bei der Bevölkerung ein starker Widerstand gebrochen werden soll.

Selbst der polnische Rundfunk und Vertreter der polnischen Regierung haben in Erklärungen zugegeben, daß die Währungsreform gewisse Härten für die Arbeiter und Bauern mit sich bringt. Man versucht die polnische Bevölkerung mit der Versicherung zu trösten, daß die gesteigerte Kaufkraft des Zloty in absehbarer Zeit zu einem Ausgleich führen werde. Um das Vertrauen zur neuen Währung zu heben, wurden Meldungen lanciert, die von einem Steigen der industriellen Produktion, u. a. im Kohlenbergbau, seit der Währungsreform berichten.

Im Gegensatz dazu stehen allerdings Berichte der in Polen tätigen diplomatischen Missionen. Die Lebenshaltungskosten der Missionen sollen seit der Währungsreform annähernd auf das Dreifache gestiegen sein. Ebenso wie die wenigen in Polen noch tätigen ausländischen Gesellschaften konnten die diplomatischen Missionen ihre alten Zloty-Bestände nur zu dem ungünstigen Kurs 100:1 umtauschen. Der günstigere Kurs 100:3 neue Zloty gilt nur für die staatlichen und genossenschaftlichen Stellen sowie Kleinsparer (bei Spareinlagen bis zur Höhe von 100 000 Zloty) und bei Rücklagen für bestimmte Steuern. Nach Berichten der polnischen Presse versuchen „Spekulanten" und „Kulaken" den günstigeren Wechselkurs dadurch zu erzielen, daß sie Arbeiter oder kleinere Bauern als Strohmänner vorschicken, um ihre großen gehorteten Bestände an alten Zlotys umzuwechseln. Auch gegen diese Manipulationen sollen die Kontrollgruppen der Gewerkschaften und der Kleinbauern vorgehen. So steht die Währungsreform in Polen auch deutlich im Zeichen des Klassenkampfes.

Ganz unübersehbar ist bisher die Auswirkung der Währungsreform auf den polnischen Außenhandel. Da der Handelsapparat Polens ausschließlich in staatlichen Händen liegt, bestehen hier zweifellos Möglichkeiten zu ausgleichenden Maßnahmen. Die Handelsverträge Polens mit der Sowjetunion lauteten schon seit einigen Jahren auf Rubel, die gleiche Praxis soll auch bei den letzten Handelsverträgen Polens mit den Ostblockstaaten angewandt worden sein. Dagegen erfolgte der polnische Handelsverkehr mit den „kapitalistischen" Ländern auf Dollarbasis. Der in Gold berechnete und relativ ungünstige Umrechnungskurs des amerikanischen Dollars zum neuen Gold-Zloty kann da noch manche Schwierigkeiten bereiten. Jedenfalls läßt sich feststellen, daß entgegen der offiziellen Darstellung die Schwierigkeiten der polnischen Währungsreform noch keineswegs überwunden sind.

Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen UdSSR und Äußerer Mongolei

Zwischen der Sowjetunion und der Äußeren Mongolei fanden in Moskau im Laufe des November Wirtschaftsverhandlungen statt, die zu einem befriedigenden Ergebnis gelangt sein sollen. Bei der Abreise der mongolischen Delegation waren sowohl der stellvertretende Außenhandelsminister der UdSSR Jeremin, als auch der Leiter der Ost-Abteilung des Außenhandelsministeriums Sladkowsky, wie auch der Vorsitzende der Außenhandelsgesellschaft „Wostokintorg" Stepanow anwesend. Die mongolische Delegation stand unter Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten der Äußeren Mongolei Lubsan.

Tschechei erwartet sowjetische Maschinen

Im Zusammenhang mit dem jüngst abgeschlossenen sowjetisch - tschechoslowakischen Handelsvertrag für fünf Jahre wird in Prag behauptet, daß die Sowjetunion im Rahmen dieses Vertrages besonders große Maschinenkontingente liefern werde, darunter Maschinen, die für die Industrialisierung der Tschechoslowakei von größter Wichtigkeit seien. Dabei handle es sich vorwiegend um Maschinen für den Bergbau und das Bauwesen, um Spezialmaschinen für die chemische Industrie, für die Hüttenindustrie und andere Industriezweige. Außerdem werde die UdSSR noch technische Hilfe gewähren und der Tschechoslowakei die Erzeugung solcher Maschinen ermöglichen, die die kapitalistischen Länder nicht liefern wollten. Die UdSSR habe auch ihrerseits der tschechoslowakischen Maschinen- und Metallindustrie riesige Aufträge für 5 Jahre schon erteilt, die einen großen Aufschwung dieses Industriezweiges in der Tschechoslowakei sicherten. Die Lieferung sowjetischer Eisenerze und Metalle werde die Produktionsfähigkeit der tschechoslowakischen Industrie außerordentlich steigern.

Außenhandelsgesellschaft dezentralisiert

Im Zuge der Dezentralisierung und Reorganisation der überbürokratisierten Mammut-Außenhandelsgesellschaften in der Tschechoslowakei wurde die Handels-Aktiengesellschaft für Erzeugnisse und Rohstoffe der Metallwaren- und Maschinenindustrie „KOVO" in 3 Gesellschaften aufgespalten, wovon „MOTOKOV" nunmehr den Außenhandel mit Erzeugnissen der Fahrzeugindustrie (Automobile, Motorräder, Flugzeuge, Ausrüstung, Lokomotiven, Waggons) besorgt, während die neue „INVESTA" den Außenhandel mit Erzeugnissen der Schwermaschinenindustrie pflegt und die alte „KOVO" sich nur mehr auf den Außenhandel mit Erzeugnissen der Präzisionsmaschinenindustrie spezialisiert. Die 3 Gesellschaften haben auch die Besorgung von Rohstoffen, Halbfabrikaten und sonstigen Erfordernissen für die ihnen überlassenen Industriezweige zu regeln.

Weitere starke Zunahme des Osthandels

In den ersten 9 Monaten 1950 hat der Anteil des Osthandels im Außenhandel der Tschechoslowakei weiter zugenommen. 55% der tschechoslowakischen Ausfuhr (insgesamt 36,53 Mrd. Kcs.) und 53% der tschechoslowakischen Einfuhr (33,66 Mrd. Kcs.) entfallen auf die Ostblockstaaten. Durch den neuen fünfjährigen Handelsvertrag mit der UdSSR und den Ausbau der Handelsbeziehungen mit Ostdeutschland und China wird der tschechoslowakische Außenhandel mit den Ostblockstaaten noch weiter verstärkt werden.

Jugoslawische Erdölderivate als Ausfuhrgüter

In diesem Jahr wurden erstmals jugoslawische Erdölerzeugnisse, vorwiegend Heizöl sowie Spezialbenzine für die Gummi, und die Speiseölindustrie sowie Ruß, im Werte von rund 1 Mill. Dollar exportiert. Hauptabnehmer waren Italien, Österreich und Westdeutschland. Die Erzeugnisse stellen echte Überschüsse als Folge des Ausbaues der großen Erdölraffinerien dar. Die völlig modernisierte große Raffinerie in Rijeka (Fiume) produziert jetzt doppelt so viel wie 1939 und die Raffinerien in Sisak und Bosnisch-Brod haben eine Kapazitätsausweitung von 50% erfahren.

Gründung einer jugoslawisch-argentinischen Handelskammer

Eine jugoslawisch-argentinische Handelskammer wurde am 20. November in Buenos Aires ins Leben gerufen, deren Aufgabe die Intensivierung des Handels zwischen beiden Ländern ist. Zu Ehrenpräsidenten der neuen Kammer wurden der außerordentliche Gesandte Jugoslawiens in Buenos Aires, Marijan Stilinovic, sowie der außerordentliche argentinische Gesandte in Belgrad, Francisco Javier Cahosa, gewählt.

Elektrifizierung Nord-Chiles

Italienische Ingenieure und Finanzkreise haben einen Plan zur Elektrifizierung von Nord-Chile, Nord-Argentinien und von Süd-Bolivien ausgearbeitet, der die in der chilenischen Provinz Antofagasta vorkommenden vulkanischen Gase ausnutzen will. Nach dem Plan soll bereits in zwei Jahren elektrischer Strom geliefert werden können, der 80% billiger ist als der zur Zeit gelieferte Strom. Die Stromerzeugung habe den Vorteil, daß sie ständig gleichmäßig erfolgt, weil das Entströmen des Gases unabhängig von den Jahreszeiten erfolgt, und somit nicht von den Witterungsbedingungen abhängt. Das für das Bauvorhaben gegründete Unternehmen, die Sociedad Esplotadora Minera El Avinon, wird von italienischen Kapitalisten mit 3 Mill. US-Dollar finanziert und rechnet mit einem Kredit der chilenischen Regierung.

Dreieckgeschäft zwischen Chile, Spanien und USA

Zwischen der chilenischen, der spanischen und der amerikanischen Regierung ist ein Dreieckgeschäft abgeschlossen worden, auf Grund dessen Chile 75 000 t Düngemittel an Spanien liefern wird, das seinerseits Jererwein nach den USA ausführt, während die USA Eisenbahnwaggons nach Chile exportieren wird.

Hoher belgischer Außenhandel

Im Oktober erreichten sowohl die belgische Ausfuhr als auch die Einfuhr Höchstwerte, während das Passivum auf 2696 Mill. bfrs. gegenüber 3543 bfrs. im Vormonat zurückging. Die Ausfuhr betrug 7760 Mill. bfrs. gegenüber 6237 Mill. bfrs. im September, die Einfuhr stellte sich auf 10 456 Mill. bfrs. und lag damit um 688 Mill. bfrs. über dem Vormonatsergebnis. Auf der Einfuhrseite weisen Gemüse mit 1742 Mill. (September 1422) und Textilien mit 2002 Mill. (1809) bfrs. die stärkste Zunahme auf.

Holland erwartet erhöhten Einfuhrüberschuß

Der Fehlbetrag der holländischen Handelsbilanz wird im laufenden Jahr wahrscheinlich rund 1 Milliarde Gulden erreichen, gegenüber einem Einfuhrüberschuß von 240 Mill. Gulden im Vorjahr. Wie der holländische Finanzminister Lieftinck vor dem Parlament ausführte, ist die starke Erhöhung des Außenhandelsdefizits auf die weitgehende Liberalisierung und die beträchtlichen ausländischen Preissteigerungen zurückzuführen.

Aufbaubank in Jordanien

In Jordanien wird demnächst eine Aufbaubank mit einem Kapital von 1 Mill. Pfund Sterling errichtet. Die jordanische Regierung stimmte diesem Projekt, das ihr von der UNO-Organisation für Flüchtlingshilfe und Arbeitsbeschaffung vorgelegt wurde, zu. Diese von General Kennedy präsidierte UNO-Organisation, die die arabischen Palästinaflüchtlinge in den großen Arbeitsprozeß der Aufbauprojekte in den Nah-Ostländern Syrien, Libanon und Jordanien einreihen soll, beteiligt sich an der Bank mit 50%, während die jordanische Regierung 300 000 Pfund beisteuert. Die restlichen 200 000 Pfund sollen durch Ausschreibung von Aktien abgedeckt werden. Allerdings schreibt die jordanische Regierung eine Mindestgewinnspanne von 5% im Jahr vor.

Israel exportiert montierte amerikanische Wagen

Israel wird amerikanische Wagen nach Finnland exportieren und dafür u. a. montierfertige Holzhäuser beziehen. Ein am 13. November abgeschlossenes israelitisch-finnisches Abkommen mit einjähriger Laufzeit sieht einen Wirtschaftsverkehr im Werte von 3,6 Mill. Dollar vor. Außer Autos, amerikanischer Herkunft, die in den Fabriken von Haifa zusammengesetzt werden, exportiert Israel Südfrüchte, Salz und Textilien. Finnland bietet u. a. Holzveredelungsprodukte, Papier, Maschinen und Porzellan.

Argentinien revidiert

Bestimmungen über feindliches Eigentum

Die argentinische Regierung hat einen Ausschuß zur „Revision der Bestimmungen über feindliches Eigentum" eingesetzt, der in 120 Tagen der Regierung die Ergebnisse seiner Untersuchungen mitteilen soll. Der Ausschuß, der aus je einem Vertreter des Außen-, des Schatzministeriums, des Finanz- und des Wirtschaftsministeriums besteht, hat gleichzeitig das Recht, die „Ergreifung besonderer Maßnahmen" zu empfehlen, falls er diese für notwendig hält.

Argentinien hat nach seinem Eintritt in den 2. Weltkrieg eine Reihe von Maßnahmen gegen das „feindliche Eigentum" getroffen, als welches damals das Eigentum deutscher und japanischer physischer und juristischer Personen angesehen wurde, die nicht in Argentinien wohnhaft waren. Im Verlauf dieser Maßnahmen wurden zahlreiche Firmen, deren Aktien oder Gesellschaftsanteile mehrheitlich deutschen oder japanischen Eigentümern, die nicht in Argentinien ansässig waren, gehörten, liquidiert oder verstaatlicht. Zur Begründung des neuen Dekretes, das eine „Revision" einiger dieser Maßnahmen ankündigt, beruft sich die Regierung auf eine Sitzung des Nationalen Wirtschaftsrates, in der festgestellt worden sei, daß auch ohne Unterzeichnung des Friedensvertrages die Beziehungen zwischen den einst kriegführenden Ländern sich wieder normalisieren. Fünf Jahre nach dem Waffenstillstand seien, so heißt es weiter, einige der in Kriegszeiten erlassenen Bestimmungen „nicht mehr aktuell". Im Gegenteil könnten diese Bestimmungen „die Geschäfte verwirren und Schwierigkeiten bei der Durchführung gewisser Verwaltungsformalitäten schaffen". Außerdem müsse das „endgültige Schicksal" des vom Staat auf Grund früherer Dekrete erworbenen „feindliche Eigentum" festgesetzt und sein Wert festgelegt werden, wofür „einheitliche Schätzungsnormen" aufgestellt werden müßten. Auch über das „noch verfügbare" Eigentum sowie über das Eigentum, das nicht unter die vorerwähnten Dekrete falle und sich deshalb in einer „unbestimmten Lage" befinde, müsse eine Entscheidung getroffen werden. Für Fabriken staatswichtiger Materialien und Gebrauchsartikel, für die zum Teil eine in den Dekreten nicht vorgesehene Vorauszahlung geleistet worden sei, und für ihre finanzielle Lage sollen nunmehr durch den Ausschuß endgültige Verfügungen getroffen werden.

In gut unterrichteten Kreisen in Buenos Aires wird darauf hingewiesen, daß Minister Snieder bei seinen Verhandlungen mit der argentinischen Regierung im August und September dieses Jahres bereits die Frage der Behandlung des deutschen Eigentums angeschnitten und von den argentinischen Stellen die Zusicherung erhalten habe, daß diese Angelegenheit nach Möglichkeit noch vor Aufhebung des Kriegszustandes diskutiert werde. In dem neuen Beschluß der argentinischen Regierung wird eine erste Vorbereitung für die künftigen Verhandlungen erblickt, ohne daß man bisher sagen könnte, in welcher Richtung diese verlaufen werden.

Erdbohrer, Brunnenbohrer „TALPA"
eigener Bauart, auch für Wasserstoffbohrungen u. mit kanischer Gewindeverbindung
Friedrich Wahrenberg, gegr. 1911, München 23, Postf., Tel. 361 129, Tel.-Adr. Wahrenberg München

Die neuen argentinischen Einfuhrzölle

Der neue argentinische Zolltarif, der am 13. November in Kraft gesetzt worden ist, ersetzt die bisherigen feststehenden Zollsätze, die sogenannten Tarifwerte, durch eine Reihe neuer Zollsätze, die in Prozentsätzen des CIF-Wertes der Einfuhrwaren bestehen und, je nach Art der Ware, zwischen 3 und 60% des CIF-Wertes betragen. Dabei sind insgesamt 12 verschiedene Zollgruppen vorgesehen, bei denen die Zollsätze jeweils 3, 6, 9, 12, 18, 22, 28, 35, 40, 45, 50 und 60% ausmachen. Waren, die in keiner der Warenlisten für die verschiedenen Zollsätze aufgeführt sind, zahlen wie bisher einen Zoll von 42% des Depot-Wertes. Von den durch die Neuerung gegebenen beträchtlichen Zollerhöhungen ausgenommen sind bisher lediglich Brennstoffe und Schmiermittel, nämlich Erdöl, Heizöl, Dieselöl, Gasöl und Petroleum sowie Schmieröle, die nach dem bisherigen Verfahren, auf Grund der sogenannten „Tarif-Werte", die beträchtlich unter den CIF-Werten liegen, verzollt werden.

Für die Einfuhr von Maschinen haben sich die Zollsätze stark erhöht, ebenso für Textilien, von denen z. B. die Garne künftig 22%, die Fertigwaren 42%, in einigen Fällen auch noch höhere Sätze bezahlen werden. Besonders groß ist die Zollerhöhung bei Uhren, bei denen sie vom acht- bis dreißigfachen der bisherigen Sätze beträgt. Eine gewöhnliche Taschenuhr (aus Stahl oder Silber), die bisher einen Einfuhrzoll von 1.70 Pesos bezahlte, hat z. B. künftig, je nach dem Preise, einen solchen von 45 bis 60 Pesos (45% des Wertes) zu entrichten, und eine Golduhr, die bisher bei der Einfuhr mit 25 Pesos verzollt wurde, muß künftig — je nach dem Preise — einen Zoll von 300 Pesos und mehr (60%) entrichten.

•

Die argentinische Zollbehörde hat zu der Verordnung über die Verzollung der Einfuhren auf Grund des deklarierten CIF-Wertes Durchführungsbestimmungen erlassen, aus denen u. a. hervorgeht, daß Waren, die bisher Begünstigungen oder Zollermäßigungen infolge besonderer Verfügungen genossen, auch unter demselben System in der gleichen Form abgefertigt werden, soweit diese die Begünstigungen nicht besonders aufhebe. Das gleiche gilt auch für Waren, die bisher als zollfrei galten.

Beunruhigung über den Quebrachoverbrauch

Das Problem der schnellen Erschöpfung von Argentiniens einstmals enormen Quebrachowäldern ist Gegenstand zahlreicher Pressekommentare in der letzten Zeit gewesen. Anlaß dazu gab ein Bericht des Handelsdepartements, in dem die Gefahr einer baldigen Erschöpfung dieser Wälder und die äußerst beschränkten Möglichkeiten einer Wiederaufforstung geschildert wurde. Der Bericht schätzte den laufenden Jahresverbrauch von Quebrachoholz auf etwa 1,8 Mill. longtons und stellte fest, daß bei diesem Verbrauch die Quebrachobestände lediglich 30 weitere Jahre reichen würden. Wenn jedoch künftig der Verbrauch dieses Holzes ausschließlich auf die Gewinnung des Extraktes statt auf die Herstellung von Eisenbahnschwellen und Brennholz usw. beschränkt würde, könnte diese Periode auf etwa 175 Jahre ausgedehnt werden. Der Jahresverbrauch an Quebracho der Extraktindustrie liegt bei etwa 900 000 longtons. Der Bericht weist darauf hin, daß die Nachfrage nach Quebrachoextrakt durch Entwicklung von synthetischem Ersatzmaterial zurückgehen könnte. Der Nachwuchs ist sehr langsam, da es etwa 150 Jahre dauert, bis ein Quebrachobaum volle Reife erlangt.

In den ersten zehn Monaten dieses Jahres belief sich die Verschiffung von argentinischem Quebracho-Extrakt auf 180 000 longtons, gegenüber 109 000 longtons in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Leistungsfäh. Fertighausbaufirma vergibt entsprechenden. **Kreisvertretung** bei ausk. Provis. Garant. sof. Bareinn. Büro, Schreibmasch. u. DM 300.— bar erforderl. Eiloff. unt. Nr. 1143 Wirtschaftsrevue, Karlsruhe, Veilchenstr. 35

Warum Baukosten - Zuschuß? Dafür eigenes **Blum-Fertighaus** auf Teilzahlg. **Blum & Cie., 800a Bielefeld.**

Auslandsbörsen

PARIS: freundlich

Obwohl das Geschäft im Hinblick auf die Abrechnung verhältnismäßig eng begrenzt blieb und in den in letzter Zeit stärker gestiegenen Werten Gewinnmitnahmen durchgeführt wurden, wies die Pariser Effektenbörse im Berichtsabschnitt freundliche Haltung auf. Einzelne Spezialpapiere wurden sogar erheblich übersteigert. Dies gilt insbesondere für Rio Tinto, Shokana, Royal Dutch und Canadian Pacific, in denen vielfach spekulative Käufe zu verzeichnen waren. Auch die übrigen Ölwerte standen mit im Vordergrunde, jedoch war der Handel weniger lebhaft. Heimische Werte hatten im großen und ganzen einen engen Markt. Eine Ausnahme bildeten jedoch Bankaktien, für die sich Interesse zeigte, was auch in der Kursgestaltung zum Ausdruck kam. Bemerkenswert ist die Widerstandsfähigkeit der indochinesischen Papiere, die teilweise sogar freundlicher lagen, da anhaltend Käufe der Spekulation erfolgten. Anregung bot hier nicht nur die Tatsache, daß bedeutende Kapitalien zur Dividendenzahlung nach Frankreich transferiert werden können, sondern man hofft auch auf einen entscheidenden Einsatz der USA zur Bereinigung der militärischen Lage in Indochina. Argentinische Werte mußten die zum Wochenbeginn eingetretenen Kursgewinne teilweise wieder hergeben. Stärker gedrückt lagen Suez-Kanal-Aktien, da im Hinblick auf die britisch-ägyptischen Spannungen — König Faruk forderte erneut, daß Großbritannien seine Position am Suez-Kanal räume — Glattstellungen durchgeführt wurden. Außerdem üben die USA auf die Gesellschaft einen Druck aus, um eine Senkung gewisser Passage-Gebühren zu erreichen. In französischen Renten ließ die Kursgestaltung eine einheitliche Linie vermissen. Die 5%ige Rente von 1949 war weiterhin gefragt, während in den übrigen Emissionen verschiedentlich Glattstellungen vorgenommen wurden.

	24. 11.	17. 11.
5%ige Ewige Rente	3 690	3 360
Credit Lyonnais	1 640	1 630
Caoutchouc Indochine	670	625
Kuhlmann	1 302	1 318
Schneider Creuzot	3 800	3 850
Canadian Pacific	7 450	6 675
Shell	3 880	3 685
De Beers	2 450	2 350
Rio Tinto	18 325	18 450
Suez-Kanal	80 000	84 100

SCHWEIZ: widerstandsfähig

An den Schweizer Börsen wurde die Unternehmungslust im ersten Teil der Berichtswoche durch die internationale politische Lage offensichtlich etwas beeinträchtigt, jedoch erwiesen sich die Notierungen als recht widerstandsfähig. Die etwas zuversichtlichere Beurteilung der weltpolitischen Lage im Laufe der Woche, insbesondere die Erklärung General MacArthurs, daß die US-Truppen einen Angriff vorbereiten, der zu einem erfolgreichen Abschluß des Korea-Krieges führen werde, löste eine stärkere Geschäftsbelebung und damit auch eine Festigung aus. Hierbei standen die Anteile von Banken und Finanzgesellschaften im Vordergrunde. Industriewerte profitierten von Meldungen über einen neuen Konjunkturanstieg in der Schweiz. Die nach Argentinien orientierten Papiere fanden größeres Kaufinteresse, da Argentinien den Finanztransfer nach der Schweiz vorzubereiten scheint. Im übrigen konzentrierte sich die Nachfrage weiterhin auf Aluminium-Industrie, Ciba und Indelec. Im Interhandel hat die in der Vorwoche zu verzeichnende stärkere Verkaufsneigung nachgelassen. Es kam zu zahlreicheren Terminabschlüssen, wobei es sich um Ausgleichsoperationen des berufsmäßigen Börsenhandels handelte. Stärker gefragt waren noch amerikanische Eisenbahnwerte sowie Canadian Pacific und Nestle. Mutmaßungen über eine Extra-Ausschüttung — die Gerüchte über eine Kapitalerhöhung sind inzwischen von der Verwaltung dementiert worden — bewirkten in Royal Dutch eine kräftige Geschäftsbelebung.

3½%ige Young-Anleihe	77,50	77,00
3½%ige Altdeutsch-Dagern	101,75	99,00
Conti-Linol.-Union	316	312
Elektro-Watt	700	698
Interhandel	707	703
Brown Boveri	948	935
Ciba	3 425	3 350
Nestle	1 485	1 463
Licht und Kraft	38 Geld	38 Geld (18. 11.)
AEG	29,50	30

LONDON: überwiegend freundlich

Während im allgemeinen die Londoner Effektenbörse in ihrer Haltung weitgehend von der Tendenz in Wallstreet beeinflußt wird, blieben die Kurssteigerungen an der New Yorker Effektenbörse in der Berichtswoche auf die Verfassung des Londoner Effektenmarktes nahezu ohne jeden Eindruck. Der Zwang Großbritanniens, künftig wieder Kohle einzuführen, wirkte sich in Industriewerten in einer stärkeren Zurückhaltung aus, da man unzureichende Kohlenbelieferungen befürchten zu müssen glaubt. Hierdurch wurden auch Schiffahrtsaktien und Ölanteile beeinträchtigt. Der Engpaß in der Kohlenversorgung dürfte auch eine geringere Bereitstellung von Bunkerkohle zur Folge haben, andererseits wird, nach Ansicht der Börsenkreise der Kohlenimport nicht zu der erwarteten Verbrauchssteigerung von Heizöl führen. Das verhältnismäßig kleine Geschäft wird außerdem mit den umfangreichen Emissionen der letzten Zeit in Zusammenhang gebracht, zumal da voraussichtlich noch zahlreiche weitere Emissionen folgen werden, und zwar seitens Industrie-Unternehmungen, Ölgesellschaften, aber auch des Staates. Gegen Schluß des Berichtsabschnitts war der Grundton der Börse freundlicher, wofür Meldungen aus Tokio ursächlich waren, daß die Regierung Rot-Chinas um Friedensverhandlungen ersucht. Insbesondere zogen hierauf fernöstliche Werte Nutzen. Kautschukaktien lagen allerdings gedrückt, da die Verhandlungen über eine Modifizierung der malaiischen Kautschuk-Ausfuhrzolls abgebrochen worden sind. Starkes Interesse fand die Aufnahme des Handels in den neuen Aktien der Dunlop Rubber Company, wobei es sich um 13 413 000 neue Aktien der Gesellschaft mit einem Nennwert von 6 sh 8 d handelt, die zu 13 sh 4 d je Aktie im Verhältnis von 8 neuen Aktien auf je 5 Pfund Sterling Nominalwert alter Aktien ausgegeben wurden. Für die neuen Stücke wurde ein beträchtliches Aufgeld erzielt. Deutsche Bonds wurden vorübergehend niedriger notiert, zogen später aber nachhaltig an.

	24. 11.	17. 11.
2½%ige Consols	72¾	72¾
7%ige Dawes-Anleihe	24¼	24⅞
5½%ige Young-Anleihe	18¼	18⅞
7%ige Deutsche Kali-Anleihe	72	71
6½%ige Deutsche Kali-Anleihe	69	69
Rio Tinto	21⅛	21⅛
Royal Dutch	26⅛	26⅝
Anglo-Iranian	137/6	131/10½
Courtaulds	41/3	40/6
Imperial Chemicals	43/1½	42/7½
Reuters Index für		
Goldgerände̲rte	94,8	94,7
Industriewerte	133,7	134,0
Kaffir-Werte	103,6	105,3

NEW YORK: sehr fest

In der um einen Börsentag verkürzten Berichtswoche (23. 11. Danksagungstag) war die New Yorker Effektenbörse auf einen sehr festen Ton gestimmt. Nur vorübergehend wurde die Aufwärtsbewegung der Kurse, die seit der Wahl zu verzeichnen ist, unterbrochen. Die Notierungen bewegten sich am Schluß der Berichtswoche auf dem höchsten Stand seit zwanzig Jahren. Das Geschäft nahm lebhafte Formen an, zumal da täglich zahlreiche günstige Dividendenerklärungen veröffentlicht wurden, wobei es sich vielfach um Dividendenankündigungen handelte, die vom Markt noch nicht eskomptiert worden waren. Außerdem herrscht die Ansicht vor, daß der Kongreß vorerst kein neues Steuergesetz annehmen werde, was gleichfalls Anregung bot. In Ölwerten stimulierte die Erwartung eines neuen Rekordverbrauchs in 1951. Auch die bereits in den meisten Teilen der USA herrschende kältere Witterung trug zu der Aufwärtsbewegung der Kurse dieses Marktgebietes bei. Etwas vernachlässigt blieben lediglich die Anteile von Radio- und Fernsehgeräte-Fabriken, da für diesen Industriezweig Anfang des nächsten Jahres eine Produktionsdrosselung bis zu 40% vorausgesagt wird, die auf die Materialknappheit zurückzuführen ist. Die Radio- und Fernseh-Industrie gehört zu den Hauptverbrauchern von Kobalt. Aber selbst diese Werte konnten sich später wieder leicht erholen. Die Dividendenerklärung der New York-Chicago and Saint Louis Railway, durch die der Dividendenrückstand weitgehend vermindert wird, löste in diesem Papier eine regere Kauftätigkeit aus. Auch American Cyanamid festigten sich in Erwartung günstiger Ausführungen auf der bevorstehenden Generalversammlung des Unternehmens. National Lead erreichten einen neuen Kurshöchststand für 1950. Ursächlich hierfür war die Auffassung der Börsenkreise, daß der Kurs dieses Papiers bisher nicht der gesunden finanziellen Struktur des Unternehmens entsprochen habe.

Durchschnittskurse für:	24. 11.	17. 11.
30 Industriewerte	236,47	230,27
20 Eisenbahnwerte	71,88	70,11
40 Inlandsanleihen	103,38	102,18
15 Versorgungsbetriebe	40,78	40,39
Moody's Index	474,7	487,5

Notenkurse in Zürich am 25. November

1 $ USA	4.33 / 4.36
1 £ England	11.20 / 11.35
100 ffr Frankreich	1.12 / 1.13½
100 bfrs Belgien	8.58 / 8.68
100 hfl. Holland	107 / 108
100 skr Schweden	73.50 / 74.—
100 nkr Norwegen	43.50 / 45.—
100 dkr Dänemark	64.— / 65.50
100 Lire Italien	—.63 / —.65
100 Escudos Portugal	14.40 / 14.80
100 skr Tschechoslowakei	1.— / 1.15
100 arg. Pesos Argentinien	21.— / 23.—
100 türk. £ Türkei	1.12½ / 1.30
100 österr. Schilling Österreich	14.50 / 14.90
1 israel. £ Israel	5.— / 5.50
100 DM Deutschland	81.— / 83.50

Hier abtrennen und einsenden:

An den

Karlsruher Wirtschaftsverlag GmbH

Karlsruhe i. B., Veilchenstraße 35

Probe-Bezug

Senden Sie mir die „Wirtschaftsrevue" kostenlos einen Monat zur Probe.

Name

Ort

Straße und Hausnummer

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Welt-Warenmärkte

Neue Baumwoll-Hausse

Kautschuk-Baisse setzt sich fort — Weiter fest: Wolle, Häute und Felle — Schwächer: Kakao und Zucker Metalle weiter sehr knapp — Getreide unverändert

Mit Ausnahme der Notierungen für Baumwolle, die in New York neue Höchststände erreichten, und der Kautschukpreise, die die rückläufige Entwicklung der Vorwoche fortsetzten, hat sich der Preisstand an den internationalen Rohstoffmärkten in der Woche zum 24. Oktober nur unwesentlich geändert.

Getreide

An der Chikagoer Getreidebörse notierte Weizen, Dezember-Termin, am 22. November (der 23. November war Feiertag) mit 228⅝ cts je Bushel unverändert gegenüber dem 16. November. Hafer stieg von 80⅞ auf 80⅝ und Mais fiel von 161⅛ auf 158⅞. Die Entwicklung in Chikago entbehrte einer klaren Linie. Das Ausfuhrgeschäft war überraschenderweise gut, und die Aussicht auf größere Lieferungen an Jugoslawien trug für Teil zu der freundlichen Stimmung an einigen Tagen bei. Auf lange Sicht gesehen, dürften derartige Momente indessen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Getreideversorgung der westlichen Welt heute erheblich weniger von der nordamerikanischen Ausfuhr abhängt als in früheren Jahren. Diese Tatsache wird auch in den Vereinigten Staaten ohne Zweifel gewürdigt, doch darf nicht erwartet werden, daß die Chikagoer Börse hieraus etwa in der Form eines Preisrückganges die entsprechenden Folgerungen zieht. Dafür ist der nordamerikanische Getreidemarkt durch das Stützungsprogramm der Regierung zu sehr preisgebunden und preisgestützt. Natürlich gilt das nordamerikanische Preisniveau und in Verbindung mit ihm die Preisskala des Internationalen Weizenabkommens noch als Orientierung für die außeramerikanischen Märkte. Der Zeitpunkt, an dem dies nicht mehr oder weitgehend nicht mehr ausschließlich der Fall sein wird, scheint indessen näher zu rücken. Die größere Ausfuhrbereitschaft Osteuropas für Getreide — es sei in diesem Zusammenhang an die Genfer Ost/West-Getreidekonferenz erinnert — ist nur einer der vielen Faktoren, die darauf hindeuten, daß der Schwerpunkt des Getreidemarktes vielleicht bald nicht mehr in den Vereinigten Staaten liegen wird. Schon jetzt wird über größere Abschlüsse in kanadischem Weizen minderer Qualität nach Asien zu Preisen berichtet, die unter den IWA-Preisen liegen sollen.

Die anormal niedrigen Temperaturen in Argentinien behindern insbesondere bei Weizen das Wachstum im letzten Stadium. Die Weizenernte ist dadurch um mindestens eine Woche verzögert worden. Sollten die Temperaturen ansteigen, so glaubt man, daß die Reife bei Weizen im zentralen und südlichen Cordoba und im südlichen Santa Fé in der nächsten Woche beginnen werde. Die Maissaat läuft ausgezeichnet auf. Der Maisanbau ist durch die kürzlichen Regenfälle sehr begünstigt worden. In argentinischen Häfen wurden in der Woche zum 22. November mit Bestimmung nach Europa 22 274 t Weizen, 11 104 t Hafer, 218 t Gerste, 5000 t Roggen und 12 294 t Leinsaat verladen. In Mais und Weizenmehl fanden keine Verschiffungen statt. Von den Weizenverschiffungen gingen 17 940 t nach Italien und 4434 t nach Antwerpen.

Getreidenotierungen

Weizenpreise in Chicago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 24,2 kg.

	16. 11. 50	22. 11. 50
Dezember	228⅝	228⅝
März	233⅝	232
Mai	233⅝	229⅛

Maispreise in Chicago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 24,2 kg.

	16. 11. 50	22. 11. 50
Dezember	160⅞	158
März	164⅞	161⅞
Mai	166⅝	162⅞

Haferpreise in Chicago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 21,7 kg.

	16. 11. 50	22. 11. 50
Dezember	80⅞	80⅝
März	84⅛	81⅞
Mai	81⅛	87⅞

Roggenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 25,4 kg.

	16. 11. 50	22. 11. 50
Dezember	153⅞	149
Mai	158	154⅞
Juli	157	152⅞

Gerstenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 21,7 kg.

	16. 11. 50	22. 11. 50
Dezember	137⅞	136
Mai	127⅞	125⅞
Juli	122⅞	118⅞

Öle und Fette

Obwohl die Notierungen für pflanzliche Öle an den nordamerikanischen Märkten in der Berichtswoche noch Gewinne in Höhe von Bruchteilen eines Cent verzeichneten, scheint der Trend auf eine gewisse Stetigkeit hinzuweisen. Angesichts des nachlassenden Kaufinteresses dürfte eine Stabilisierung auf dem derzeitigen Preisstande oder vielleicht etwas darunter zu erwarten sein. Fischöle waren stetig. Leinsamöl notierte auf lebhafte Nachfrage höher. Fettstoffe für die Seifenindustrie lagen dagegen bei geringem Kaufinteresse der Verbraucher schwächer.

In der Woche zum 22. November wurden in Argentinien 4700 t Leinsaat nach Großbritannien, 2000 t nach Italien und 4700 t nach Frankreich verladen.

Kaffee

An der New Yorker Kaffeebörse stellten sich die Notierungen am 22. November für Santos „D"-Kontrakt, Dezember-Termin, auf 50,35, gegenüber 50,00 cts je lb am 16. November, für Santos „S"-Kontrakt (alt) auf 51,25 (51,20), für Santos „S"-Kontrakt (neu) auf 47,65 (47,30) und für Santos „D"-Kontrakt auf 50,35 (50,20). Die Tendenz war uneinheitlich. Angesichts der noch immer recht schleppenden Kauflust der nordamerikanischen Großröstereien wurden die Ausschreibungen und Käufe des US-Heeresbeschaffungsamtes als willkommene Anregung von allerdings vorübergehender Wirkung empfunden. Auch die Erklärung des nordamerikanischen Landwirtschaftsministeriums, daß der Ertrag der Welt-Kaffee-Ernte des Wirtschaftsjahres 1950/51 um 2% niedriger sein werde als in 1949/50, vermochte keine Preissteigerung auszulösen. Im übrigen liegen die Zahlen des US-Landwirtschaftsministeriums mit geringen Abweichungen etwa auf der gleichen Höhe der Angaben des „Coffee Intelligence"-Dienstes.

Nur die Schätzung des Departamento National do Café über die brasilianische Kaffee-Ernte dieses Jahres ist rund 1,5 Mill. niedriger als die des US-Landwirtschaftsministeriums. Die kommende Entwicklung beurteilt man in Kreisen des New Yorker Kaffeehandels recht zuversichtlich. Man glaubt, daß die Geringfügigkeit der Bestände der Großröstereien eine baldige Auffüllung notwendig machen werde.

Kakao

An der New Yorker Kakaobörse fiel die Notierung für Bahia, loko, von 38,25 cts je lb am 16. November auf 33,50 am 22. November, die für Accra, loko, von 38,75 auf 35,50 cts. Im wesentlichen wird die Preisgestaltung an der New Yorker Kakaobörse noch immer durch Erwägungen im Zusammenhang mit der westafrikanischen Kakaoernte beeinflußt. Das geringe Kaufinteresse der Schokoladenindustrie auf der einen Seite, große bevorstehende Ankünfte auf der anderen Seite und nicht zuletzt die Tatsache, daß von der guten westafrikanischen Kakaoernte dieses Jahres erst ein verhältnismäßig geringer Teil untergebracht werden konnte, drückten auf den Markt. Eine gewisse Stabilität scheint indessen dadurch gewährleistet zu sein, daß das britisch-westafrikanische Kakaoamt eine sehr zurückhaltende Verkaufspolitik verfolgt. Wahrscheinlich wird hierin auch vorläufig keine Änderung eintreten. Ein Preisrückgang in Kakao ist schon angesichts der guten statistischen Position dieses Genußmittels ziemlich ausgeschlossen.

Tee

Die fernöstlichen Teemärkte zeigten keine besonderen Merkmale. Die Nachfrage war etwas lebhafter und die Preise einiger mittlerer Qualitäten zogen an.

Zucker

In Übereinstimmung mit der an dieser Stelle in der vorigen Woche ausgesprochenen Erwartung hat sich die Notierung für Zucker in New York abgeschwächt. Weltkontrakt Nr. 4, Januar-Termin, fiel von 5,44 am 16. November auf 5,30 am 22. November. Nach neuesten Schätzungen wird die Welt-Zuckergewinnung in 1950/51 auf rund 35 Millionen longtons veranschlagt, gegenüber 33 Millionen longtons in 1949/50. Doch dürfte das reichlichere Angebot nach Ansicht von Fachkreisen ohne Schwierigkeit untergebracht werden können, zumal da sich in einer Reihe von Ländern, unter ihnen die Sowjetzone, Großbritannien und Finnland, Zucker rationiert ist. Sollte hier die Bewirtschaftung aufgehoben und die geltenden Devisenbeschränkungen außer Kraft gesetzt werden, so wird sich wahrscheinlich selbst die größere Zuckergewinnung als unzureichend zur Deckung des Bedarfs erweisen. Doch sind diese Erwägungen wahrscheinlich erst in einigen Monaten aktuell.

Wolle

Starke und allgemeine Kauflust bei steigenden Preisen war kennzeichnend für die australischen, neuseeländischen und südafrikanischen Woll-Versteigerungen in der Berichtszeit. Lediglich in Südafrika kam es zu einigen vorübergehenden Minuskorrekturen, die jedoch weniger in geringerem Kaufinteresse als vielmehr in der minderen Qualität der angebotenen Ware ihre Erklärung finden. Am letzten Tage der Berichtszeit begann die neue Serie der Londoner Woll-Versteigerungen in sehr fester Haltung, obwohl das Angebot nur von durchschnittlicher Qualität war. Gegenüber dem Preisstand im Oktober dieses Jahres wurden in London Gewinne zwischen 10 und 20% erzielt. Neben Großbritannien beteiligten sich Belgien und Frankreich besonders lebhaft an der Versteigerung. Starkes Interesse zeigten die Käufer für neuseeländische Halbzuchtund Kreuzzuchtwollen, bei denen es sich um die ersten Partien aus der neuen Schur, die in London zur Verfügung standen, handelte. — Die Wollbesprechungen in Melbourne zwischen Vertretern der USA, Großbritanniens und der drei Wolldominien wurden am 24. November ohne eine amtliche Verlautbarung für die Öffentlichkeit abgebrochen. Man weiß also noch immer nicht, welche Form gefunden werden soll, um den Wünschen der Vereinigten Staaten auf Unterstützung zur Errichtung einer Notstandsreserve in Wolle nachzukommen. Es heißt, daß erst die beteiligten Regierungen zu dem Ergebnis der Melbourner Beratungen Stellung nehmen sollen.

Der Wollmarkt in Buenos Aires war fest. In den gröberen Sorten fanden einige spekulative Käufe statt. Infolge der Kaltwetterlage der letzten Zeit, die von Regenfällen begleitet war, hat sich die Schur um annähernd einen Monat verzögert. Hierin liegt der Grund für das geringe Angebot. Die Industrie und die ausländischen Käufer, einschließlich nordamerikanischer Interessenten, gaben sehr lebhaft Gebote ab. Doch verlautet aus dem Innern des Landes, daß die Farmer mit höheren Preisen rechnen und deshalb zur Zeit wenig Neigung zu Verkäufen haben.

Der Wollmarkt in Montevideo lag ebenfalls bei steigender Tendenz fest. Hier vollzieht sich die Anpassung an das Weltmarktniveau. Europa kaufte sehr lebhaft. Suprafeine Kreuzzuchten wurden zu 48 bis 62 urug. Peso je 10 kg notiert.

Baumwolle

An der New Yorker Baumwollbörse stieg die Notierung für Dezember-Kontrakt von 42,71 am 16. November auf 43,60 am 22. November, die für März von 42,90 auf 43,67 und die für Dezember 1951 ging von 36,35 auf 36,25 leicht zurück. Der Dezember-Kontrakt 1950 erreichte in der Berichtszeit mit 44,14 am 22. November seinen bisher höchsten Stand. Obwohl die Stimmung an einigen Tagen eine leicht nervöse Färbung trug — vor allen Dingen war das Geschäft in den ferneren Sichten schleppend —, war die Berichtszeit für die New Yorker Baumwollbörse sehr lebhaft. Die Notierungen für die Termine der laufenden Ernte konnten die anfängliche Unsicherheit schnell überwinden und erreichten sehr bald neue Höchststände für die Saison. Die Nachfrage des Handels und der Spinnereien zur Deckung ihrer Verkäufe von Baumwollstückgütern, die zum Teil schon Lieferfristen bis in das zweite Viertel 1951 hinein verzeichnen sowie die sich täglich stärker abzeichnende Verknappung von verfügbarer Ware waren die stärksten Faktoren, die das Geschäft charakterisierten. Es deutet alles darauf hin, so meint man in Kreisen des New Yorker Baumwollhandels, daß verschiedene besonders gesuchte Gradierungen vor der Einbringung der nächsten Ernte sehr knapp sein werden. Aus technischen Erwägungen kam es im späteren Verlaufe zu einer scharfen Korrektur nach unten, doch konnten sich die Preise für nahe Sichten sehr bald erholen. Fernere Sichten waren dagegen auf die Erwartung einer größeren Ernte in der kommenden Saison eher angeboten und daher schwächer. Es wird berichtet, daß das nordamerikanische Handelsministerium bereits Ausfuhrlizenzen für Indien gegen die Zuteilung zugunsten dieses Landes in Höhe von 88 000 Ballen ausstellte. Hinsichtlich der Höhe der neuen Ernte gehen die Meinungen auseinander. In einigen Kreisen wird bezweifelt, daß das vom Landwirtschaftsministerium aufgestellte Ziel erreicht werden kann, weil es an Saatgut, an Düngemitteln, an Schädlingsbekämpfungsmitteln und vor allen Dingen an Arbeitskräften mangeln wird. Andererseits wird jedoch zugegeben, daß der hohe Preisstand einen sehr wirkungsvollen Anreiz zur Erweiterung des Baumwollanbaues bietet. Nach neuesten Berechnungen wird unter Berücksichtigung der erhöhten Ausfuhrquote bis zum März 1951 und des starken Inlandverbrauchs der Überschuß der USA am 31. Juli 1951 auf höchstens 2,4 Mill. Ballen veranschlagt, eine Menge, die nach Ansicht der Spinnereien weit unter dem liegt, was sie als unterste „Sicherheits"-Grenze ansehen. Die am 22. November abends in Washington bekanntgegebene länderweise Aufteilung der ersten Tranche von 700 000 Ballen von der Zusatzquote für die Ausfuhr in Höhe von 1,25 Mill. Ballen dürfte in deutschen Baumwollkreisen enttäuscht haben. Westdeutschland erhält davon nur 4000 Ballen, so daß sich seine Quote für die 5-Monatsperiode auf 300 000 Ballen erhöht. Vergleichsweise sei darauf hingewiesen, daß Italien zusätzlich 184 000 Ballen, Japan 140 000 Ballen und Frankreich 128 000 Ballen zur Verfügung gestellt wurden.

Die Alexandriner Baumwollbörse konnte in der Woche zum 24. November bei recht guten Umsätzen einige Gewinne buchen. Durch die behördliche Intervention an der Alexandriner Börse in der Form von Regierungserklärungen und Festsetzungen von Mindestpreisen wurde die natürliche Entwicklung dieses Marktes einseitig unterbrochen. Darüber hinaus wirken sich noch immer in erheblichem Umfange die Schwierigkeiten zur Finanzierung der Ernte aus. Den Banken erscheint das Risiko bei dem hohen Preisstand als zu groß. Hervorgehoben zu werden verdient, daß die Preise in der Provinz wesentlich niedriger als in Alexandrien liegen. Wenn auch in Kreisen des Handels die staatliche Intervention schon in ihrer bisherigen Form ziemlich stark kritisiert wird, so glaubt man doch nicht, daß die Regierung ihre Einmischung in das Geschäft so weit treiben wird, daß sie Blitzungskäufe vornimmt. Sie dürften sich, wie man meint, schon durch den hohen Preisstand verbieten.

Am Bombayer Kassamarkt für Baumwolle war das Geschäft gut. Der Umsatz belief sich auf 6000 Ballen. Die Spinnereien nahmen Ware zu den Höchstpreisen bereitwillig auf, aber das Angebot war nur gering, da Baumwolle in der Provinz Aufpreise erzielt. Der beratende indische Baumwollausschuß hat Vorschläge ausgearbeitet, nach denen gewisse Produktionsgebiete in der Form dem freien Geschäft entzogen werden sollen, als die in ihnen gewonnene Baumwolle nur über durch den Textilkommissar ernannte Treuhänder gehandelt verkauft werden kann. Das Wetter in den indischen Baumwollanbaugebieten entsprach der Jahreszeit. Die Anlieferungen waren reichlich.

Baumwollnotierungen

New York	16. 11. 50	22. 11. 50
Disp.	44.42	44.27
Dezember	43.67	43.25
Januar 1951	43.48	43.14
Februar	43.28	43.01
März	43.11	42.89
Mai	42.61	42.14
Juli	41.66	41.46
Oktober	37.30	36.35
Dezember	36.82	35.80
März 1952	36.70	35.78

Kautschuk

An der New Yorker Kautschukbörse notierte Nr. 1 RSS in Kassaware am 22. November 67 cts je lb, gegenüber 72 cts am 16. November und Dezember-Kontrakt 69,25, gegenüber 75,15 cts. Die internationalen Kautschukmärkte setzten die rückläufige Entwicklung der Vorwoche fort. Alles in allem gesehen scheint die Feststellung, daß die Kautschukpreise ihren höchsten Stand überwunden haben, heute nicht mehr allzu gewagt zu sein. Führende Kautschuk-Fachleute in den Vereinigten Staaten vertreten die Ansicht, daß die Vorräte der USA von eingeführtem Naturkautschuk und die Produktionskapazität für Synthesekautschuk ausreichen, um den militärischen Bedarf für einen Krieg von fünf Jahren Dauer und gleichzeitig den lebenswichtigen zivilen Bedarf für einen gleichen Zeitraum zu decken.

Das hervorstechendste Merkmal der Londoner Kautschukbörse waren wiederum erhebliche Preisschwankungen bei deutlich abwärts gerichtetem Trend. Insbesondere in den nahen Sichten ist eine Entspannung der bisher beherrschenden Knappheit unverkennbar. Zu Beginn der Woche zogen die Preise scharf an, doch führte die Tenangabe von Singapur bald einen Umschwung herbei. Bezeichnend war, daß nahe Sichten verkauft und spätere Termine gekauft wurden, so daß sich der Deport zwischen Januar/März und April/Juni auf 5d ermäßigte, gegenüber 10⅛ d bei Beginn des Berichtsabschnittes. Erhebliche Unruhe haben die Verhandlungen in Malaya in der Angelegenheit der Zollerhöhung hervorgerufen, zumal als bekannt wurde, daß die Besprechungen ergebnislos abgebrochen werden mußten. Gegen Schluß festigten sich die ferneren Sichten; sie konnten annähernd ihren Preisstand halten. Die nahen Sichten gaben dagegen im Schnitt um 5 d je lb nach.

Häute und Felle

Die internationalen Märkte für Häute und Felle zeigen bei steigendem Trend noch immer sehr feste Haltung. In Argentinien hat sich die Lage nicht verändert. Da die Händler noch über größere Bestände verfügen, die sie unter den Listenpreisen des IAPI abgeben, scheint das IAPI selbst noch keine Abschlüsse zu seinen neuen Preisen durchgeführt zu haben. Das Geschäft mit Brasilien ist anhaltend schwierig, doch haben einige Verschiffer durchblicken lassen, daß sie im kommenden Jahre bessere Möglichkeiten zu sehen glauben. Die Nachfrage nach allen afrikanischen Häuten hält unvermindert an, doch reicht das Angebot nicht aus, um den Bedarf der Käufer zu decken. Australisches und neuseeländisches Gefälle wird nur in kleineren Posten angeboten. Hier dürfte eine Änderung der Marktlage erst im kommenden März nach Beginn der Schlachtsaison zu erwarten sein.

NE-Metalle in New York

Die Nachfrage nach NE-Metallen übersteigt noch immer bei weitem das Angebot. Es wäre müßig, zu untersuchen, wieviel von dieser Nachfrage am New Yorker NE-Metallmarkt auf die Überlegung zurückgeht, sich noch vor dem Inkrafttreten schärferer Zuteilungsvorschriften der US-Regierung möglichst große Bestände zu sichern. Tatsache ist, daß die Bedeutung des grauen Marktes in New York für die Versorgung der Verbraucher mit ausländischer Ware anhält, denn die großen Hüttenkonzerne können den Deckungsbegehr nicht gerecht werden. Nach der Beschränkung des Aluminium-Verbrauchs für zivile Verwendungszwecke erwartet man in Kürze ähnliche Bestimmungen bei Kupfer und Zink. Der Preis für Straitszinn unterlag den üblichen Schwankungen. Von 132½ cts am 16. November stieg er auf 140 cts am 21. November und fiel am 22. November auf 136 cts je lb zurück.

Metalle

Die Weltmetallmärkte lagen in der Berichtswoche weiter, von Zinn abgesehen, im Preise unverändert. Auch sonst hat sich wenig verändert. Die Nachfrage nach Metallen ist allenthalben sehr rege, und das Angebot knapp. Erstaunlich ist unter diesen Umständen, daß die Preise nicht anziehen. Wir sind in der Vergangenheit auf die Gründe für diese Erscheinung verschiedentlich eingegangen, Gründe, die auch heute noch wirksam sind. Eine gewisse Veränderung in der Gesamtlage ist aber inzwischen insofern wahrscheinlich eingetreten, als die Verbraucher schon seit Monaten lebhaft kaufen, wobei nicht zu erkennen ist, was echte Bedarfskäufe waren, und was darüber hinaus erworben wurde. Jede Kaufbewegung dieser Art pflegt eines Tages abzuflauen, weil dem „Sicherheitsbedürfnis" anscheinend Rechnung getragen ist. Dann werden die Märkte unsicher. Bei Zinn ist dies heute schon, wenn auch z. T. aus anderen Gründen, die in der Preissteigerung in der Hauptsache zu sehen sind, der Fall.

Zinn: Der Zinnmarkt unterlag in der Berichtswoche Preisschwankungen, doch war der Unterton des Marktes durchaus nicht mehr so fest, wie in den letzten Wochen. Das überrascht nicht weiter, weil der Ausgang der Konferenz, wie wir erwarteten, die meisten enttäuscht haben wird, die Erzeuger in der Hauptsache. Die Verbraucher dagegen werden eine weiter von Beschränkungen befreite Zinnerzeugung nur begrüßen. Ihnen liegt an einer Deckung ihres Bedarfs zu annehmbaren Preisen, die am sichersten garantiert sind, wenn keine einengenden Bestimmungen in der Weltzinnwirtschaft bestehen. Daß man an der Londoner Börse in bezug auf die Zukunft des Zinnpreises nicht gerade à la hausse liegt, zeigt sich in dem bedeutenden Deport von rund 20 £ für Dreimonatsware. Was den Markt aber in der Hauptsache beruhigt haben dürfte, ist die Wahrscheinlichkeit von Zinnabgaben der REFICO an die amerikanischen Verbraucher. Ebenso rechnet man mit der Zurückweisung belgischen und indonesischen Zinns durch die USA, wenn der Preis 1,50 Dollar übersteigt. Die USA werden sich in diesem Fall wahrscheinlich auf die entsprechenden Klauseln in den Lieferkontrakten berufen. Wir wiesen in der Vergangenheit immer wieder darauf hin, daß die USA, obwohl sie als Zinnerzeuger mangels eigener Erzvorkommen nur eine untergeordnete Rolle spielen, seit dem letzten Krieg zu einem Faktor in der Weltzinnwirtschaft geworden sind, den die Erzeuger nicht mehr übersehen können. Gerade die Anlegung der strategischen Reserven in den USA gibt der amerikanischen Regierung jederzeit die Möglichkeit, den Markt in ihrem Interesse zu beeinflussen. Dieses Interesse ist nun keineswegs mit den überhöhten Preisen der letzten Wochen gleichzusetzen, im Gegenteil, die USA sind gegenwärtig offenbar bemüht, durch geeignete Maßnahmen die Preise auf einen vernünftigen Stand zurückzubringen. Dazu gehörte einmal die Forderung, die Weltzinnerzeugung in der kommenden Zeit zu erhöhen, die von der USA-Delegation in Genf erhoben wurde, sowie mögliche Abgaben aus den Regierungsvorräten und die Verweigerung der Abnahme von Kontraktlieferungen zu Überpreisen unter dem gleichen Gesichtswinkel zu betrachten sind. Die Entwicklung in Ostasien, in Korea, die chinesische Drohung und das Aufflammen der Kämpfe in Indonesien, und zwar nicht geeignet, die Befürchtungen der Zinnverbraucher um die künftige Versorgung zu mildern, doch muß man im Falle des Zinns, wie auch übrigens bei den anderen Metallen berücksichtigen, daß es sich bei einer zeitweiligen Knappheit immer nur um die Deckung verhältnismäßig geringer Spitzenmengen handelt, die aus den Reserven der Großmächte für strategische Zwecke leicht gedeckt werden können. Es ist ja nicht so, daß die Welt mit Metallen unterversorgt wäre, diese Fehlmengen am Markt liegen eben in den staatlichen Horten, aus denen sie jeden Tag, wenn es im Interesse der Preisbildung ratsam sein sollte, auf den Markt geworfen werden können.

Kupfer: Am Kupfermarkt ist die Preissituation in den USA etwas konfus. Die großen Erzeuger geben Kupfer an ihre alten Kunden nach wie vor zu 24,50 cts je lb ab. Die Mengen reichen aber nicht aus, den Bedarf zu befriedigen, so daß Kupfer eingeführt werden muß, wofür die Verbraucher weitere 2 cts je lb an Zoll entrichten müssen. Ein Teil der Verbraucher wird auf Kontrakte beliefert, die auf einem Durchschnittspreis bei Lieferung basieren, während andere Verbraucher Altkupfer kaufen und auf Zollbasis raffinieren lassen. Die Preise am grauen Kupfermarkt liegen in den USA zwischen 35 und 40 cts je lb, während Exportkupfer offiziell mit 24,50 cts je lb in New York offeriert ist. Für das vierte Quartal 1950 hat das Handelsdepartement der USA 20 000 sh/t Kupfer für den Export freigegeben. Deutschland wird hiervon 7640 sh/t erhalten. Vorerst ist wohl kaum damit zu rechnen, daß sich die Verhältnisse am Kupfermarkt wesentlich ändern. Wenn es zu offiziellen Preissteigerungen kommen sollte, könnten jedoch Überraschungen eintreten, denn, was für Zinn gesagt wurde, gilt auch für Kupfer, und hier vielleicht noch mehr, die Spitzenmengen, um den Bedarf zeitweise zu befriedigen, sind relativ gering.

Blei: Der Markt ist in den USA ausgesprochen fest bei 17 cts je lb. Soweit die Inlandserzeugung in Frage kommt, rechnet man auch für Dezember mit einer angespannten Versorgungslage, obwohl sich die amerikanischen Bleiimporte in der nächsten Zeit vor dem Inkrafttreten des Einfuhrzolls wahrscheinlich steigern werden. Diese Einfuhren liegen im laufenden Jahr beträchtlich höher als im Vorjahr. Sie beliefen sich für Januar bis August auf 277 312 sh/t gegen nur 173 705 sh/t in den ersten acht Monaten 1949. Hiervon kamen 134 967 sh/t (83 100 im Vorjahr aus Mexiko, 56 555 (34 639) sh/t aus Kanada, 23 663 (21 514) sh/t aus Peru, 10 339 (9484) sh/t aus Jugoslawien und 9522 (15 504) sh/t aus Australien. Die Lage der Weltbleiwirtschaftung ist gegenwärtig nicht nur als Folge der allgemein festen Stimmung an den Weltmetallmärkten zu betrachten. Es scheint tatsächlich eine gewisse Verknappung eingetreten zu sein, die dem Markt auch in der kommenden Zeit eine Stütze geben wird.

Zink: Der Zinkpreis in den USA ist zwar weiter unverändert geblieben, doch ist die Versorgung sehr dürftig, weil die USA-Regierung darauf drängt, daß Lieferungen für den Stockpile den Vorrang haben. Prime Western liegt im Preise jetzt zwischen 28 und 35 cts je lb und es werden am grauen Markt für Elektrolytzink bis zu 30 cts je lb gezahlt. Das Exportgeschäft ist unter diesen Umständen praktisch zum Stillstand gekommen. Die Verhältnisse am Zinkmarkt ähneln in der letzten Zeit, wenn auch auf einer niedrigen Preisbasis denen am Zinnmarkt, nur daß hier von einer internationalen Verständigung überhaupt nicht die Rede ist, die wahrscheinlich auch noch schwieriger durchzuführen sein würde als am Zinnmarkt, wo sie bekanntlich in Genf wiederum im Prinzip gescheitert ist.

Aluminium: Mr. Wilcox, der Chef der Nichteisen-Metallabteilung der ECA gibt jetzt eine Schätzung für die Weltaluminiumwirtschaft im laufenden Jahr, die einigermaßen erstaunlich ist. Danach wird sich die Weltaluminiumerzeugung auf etwa 1,275 Mill. t belaufen, der Verbrauch jedoch auf 1,391 Mill. t. Das ergäbe ein Minus von rund 16 000 t um die die Weltaluminiumvorräte abnehmen würden, wie gesagt wird. Es gibt also solche Vorräte. Daß die Weltaluminiumerzeugung unter Einschaltung aller Produktionsstätten wesentlich höher liegen könnte, dürfte angesichts der im Krieg erreichten Produktionszahlen außer Frage stehen. Offenbar macht die Vorratshaltung einige Sorgen, und man möchte sich entlasten. Das ist aber nicht gleichbedeutend mit einer Unterversorgung der Welt mit Aluminium.

Metallpreise vom 22. November 1950

	Engl. in £ je lg/t	USA in cts je lb	Westd. in DM je 100 kg
Kupfer	202/ 0/0	24,50	238,50
Blei	137/10/0	17,00	167,00
Zink	181/ 0/0	17,50	171,50
Zinn	1080/ 0/0	136,00 nom	1397,00
Aluminium	12/ 0/0	18,00	—

PERSONALIEN

Am 4. November 1950 wurde Dr.-Ing. e.h. Karl Schnetzler, Mitglied des Aufsichtsrates der Brown, Boveri & Cie AG in Mannheim, in die Ewigkeit abgerufen. Schnetzler, der 1878 als Sohn des Oberbürgermeisters in Karlsruhe geboren wurde, absolvierte das humanistische Gymnasium seiner Vaterstadt und besuchte dann die dortige Technische Hochschule, wo u. a. Professor Arnold, der Vorstand des neugegründeten Elektrotechnischen Instituts, besonderen Einfluß auf ihn gewann.

Als junger Diplom-Ingenieur arbeitete Karl Schnetzler zwei Jahre bei der Österreichischen Union-Elektrizitäts-Gesellschaft in Stadlau bei Wien als Prüffeld- und Berechnungs-Ingenieur. 1904 trat er bei der AG Brown, Boveri & Cie in Baden/Schweiz ein und war dort vor allem mit der Ausgestaltung des Repulsionsmotors mit doppeltem Bürstensatz (Derimotor) beschäftigt, für den er Theorie, Berechnung und Konstruktion für Maschinen bis zu den höchsten erreichbaren Leistungen festlegte. Auch auf die Gestaltung von Ringspinnmaschinen-Antrieben und von Drehstrom-Lokomotivmotoren hat er maßgebenden Einfluß ausgeübt. Eine Reihe von Veröffentlichungen in der ETZ von 1920 bis 1909 legen von diesen Arbeiten Zeugnis ab.

Da seine ausgesprochene organisatorische Begabung schnell erkannt wurde, betraute man ihn bald auch mit betriebswirtschaftlichen und organisatorischen Fragen und ernannte ihn zum Direktor der Fabriken für elektrische Maschinen, Transformatoren, Apparate und der zugehörigen Konstruktions-Abteilungen.

1932 wurde er von der Brown, Boveri & Cie AG, Mannheim, in den Vorstand berufen und übernahm im Jahre 1935 dessen Vorsitz. Seine Umsicht und Tatkraft trugen in hohem Maße dazu bei, das Hauptwerk der Firma zu erweitern, neue Werke anzugliedern und die Firma zu einer hohen Blüte zu entwickeln.

Im Jahre 1944 trat er in den Aufsichtsrat über. Als Aufsichtsratsmitglied hat er sich während der schwierigen Jahre nach dem zweiten Weltkrieg intensiv mit den Mitteln und Wegen zur Wiederherstellung normaler Arbeitsverhältnisse beschäftigt.

An äußeren Ehren hat es Karl Schnetzler nicht gefehlt. Im Jahre 1937 verlieh ihm die Technische Hochschule Darmstadt in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste auf dem Gebiet elektrischer Maschinen und ihrer Anwendung sowie seiner erfolgreichen organisatorischen Tätigkeit den Titel eines Dr.-Ing. ehrenhalber, und im Jahre 1944 wurde er von der Technischen Hochschule Karlsruhe für seine technisch-wissenschaftlichen Leistungen und seine Verdienste um die Förderung der deutschen Elektrotechnik zum Ehrensenator ernannt.

*

Anläßlich des IV. Kongresses der Internationalen Hotel-Association in Nizza wurde der Chef der deutschen Delegation, Herr Hotelier Alfred Brenner, Baden-Baden, als deutscher Vertreter in den engeren Ausschuß berufen. Herr Brenner hat durch seinen Bericht über die Saisonhotelerie und seine Vorschläge zur Frequenzsteigerung einen wertvollen Beitrag zur Arbeit der IHA geleistet, der internationale Anerkennung fand.

Deutsche Börsen

Frankfurt	3.11.50	10.11.50	17.11.50	24.11.50
AEG	37¾	38¾	39¾	39¾
Brown, Boveri	111	116½	110	110
Buderus	75½	76	75½	73
Chem. Albert	65	68	66	69½
Degussa	77½	76	75	73½
Deutsche Erdöl	56	56	56	54½
El. Licht u. Kraft	36	—	36	39½
Frankf. Masch.	58	68	68	58
Heidelb. Zement	100	100	102	102
Holzmann	39	39	37½	38
Kupferberg	48	—	46½	47½
Lahmeyer	65	58	55	55
Lanz	59½	57	55	51½
Linde's Eis	90	—	88½	90
Metallges.	95	94½	95	95½
Rheinmetall	39½	37	39¼	38½
Schöfferhof	54½	53¼	56	48
Siemens & Halske	45½	45½	43	42½
Voigt & Haeffner	120	120	120	120
Wayß & Freytag	116	116	116	116
Zellst. Waldhof	58	58	55	55½
Commerz-Bank	39½	35	36½	38½
Deutsche Bank	36½	37½	38½	38½
Dresdner Bank	35½	35½	36	37½
4% Frft. Hyp. Bk.	7½	7½	7½	7½
4% Pfälz. Hyp. Bank	7½	7½	7½	7½
4% Degussa	8½	—	8	8

Hamburg	3.11.50	10.11.50	17.11.50	24.11.50
Accum.	98	96	96	98
Bekula	34	36	35	35
Bremer Wolle	98	99	103	103
Demag	63	64	63	63
Deschimag	50	48	48	48
Dynamit Nobel	36	37	38	38½
Feldmühle	80	78½	78	78
HEW	65	64	65½	65½
Hamb. Hochb.	47½	46	44	44
Hamb. Hyp. Bk.	15	18	17½	18½
Hansa Mühle	36	36½	36½	36½
Harburg. Gummi	119	121	121	121
Hoffmann Stärke	181	180	181	181
Ilse St. A.	17	18	18	18
Ilse Genuss	18	18½	18½	18½
Karstadt	77	78	78	78½
Poris Inh. A.	42	42	42	41
Rütgers	38	38½	38	38
Schering	35	29½	29½	30
Hapag	25½	27	25	26
Nordd. Lloyd	30	31	30½	30½
4% Hbg. Hyp.	7½	7½	7½	7½
4% Hbg. El. W.	7	7	7	7

Hannover	3.11.50	10.11.50	17.11.50	24.11.50
Conti Gummi	114½	113½	109	108½
Hackethal	85	88	86	86
Ilseder Hütte	75	73	73	73
Mech. Web. Linden	85	85	85	85
Salzdetfurth	65	63½	63	63½
Wollw. Döhren	82½	82	82½	84
Wintershall	48	46½	48	48

Düsseldorf	3.11.50	10.11.50	17.11.50	24.11.50
Alexanderwerk	—	74	74	74
Balcke Masch.	98	98	98	98
Basalt AG	38½	38	38	38
Dortm. A.-Bräu	—	98½	37	39½
Felten & G.	67½	68	68	69½
Ford	81	89	87½	89½
Gerresh. Glas	100	101	99½	98
Goldschmidt	48	45	38	—
G. H. H.	64	64	64	65½
Harpen	75	75	66	74
Hoesch	68	68	58½	60
Kabel Rheydt	60	61	63	61
Klöckner	67½	68	66	68½
Mannesmann St.	56	56	57½	56
Mülh. Berg	57	60	59	57
Rheinbraun	94½	94	93½	93
Rhein. Kunstseide	69	61	60	60
Rhein. Zellwolle	50	59	60	61
Rheinstahl	—	59	63	63
R W E	75	74	79½	73
Verein. Stahlwerke	52	51	52	52½
Westwaggon	58	56	62	54
Westd. Kaufhof	69	79	79	79½
Rhein. Westf. Boden	38½	33½	38	38
4% Rh. W. Bd.	7½	7½	7½	7½
4% Gelsenberg	7½	7½	7½	7½
5% Klöckner	7½	7½	7½	7½

München	3.11.50	10.11.50	17.11.50	24.11.50
Amperwerke	87½	87	87	88
Augsb.-Nbg. Masch.	87½	87½	87	88
BMW	34½	33½	33½	33½
Diamalt AG	—	118	118	124
Dierig	88	88	87½	87
Hackerbräu	88	88	78	88
Hanfw. Füssen	136	130	138	140
Hutschenreuther	79½	78	78	73
Krauss Maffei	79½	80	87	88
Lech El.	88½	87	88	88½
Löwenbräu	87	89	89½	89
Mech. Baumw. Sp.	128	125	127	127
Rathgeber	94	94	94	94
Rosenthal	99	99	98	103
Spinn. u. Web. Kott.	150	150	145	150
Südd. Zucker	184	184	180½	—
Tucherbräu	45	46	45	45
Würzb. Hofbr.	43	43	41	40½
Bayr. Hyp. u. W. Bk.	30	27	27	27
Südd. Boden	33½	38	38	38
Allianz Leben	41	41	45	45
Allianz Vers.	65	—	72	72
4% Bayer. Hyp. Bk.	7½	7½	7½	7½
4% Augsb. Nbg.	6½	6¾	7	8½

Stuttgart	3.11.50	10.11.50	17.11.50	24.11.50
Brauerei Wulle	68	68	65	65
Daimler	39	38	38	38½
Junghans	64	65	65	65
Knorr	70	70	68	68
Salamander	75½	76½	75½	75½
Württ. Bank	38	38	37	37

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Die aktuelle Reportage:

KLEPPER

Übersicht über das Werk. Im Vordergrund links das neue Kantinengebäude. Dahinter erkennt man die Baracke mit dem alten Speisesaal und das große Holzlager. Rechts davon die Lagerhalle, daneben rechts das Gebäude mit der Schreinerei und der Dampfanlage. Dann folgt das große Fabrikationsgebäude mit dem Saal für die Mantelherstellung. Ganz rechts in der Mitte ist ein Teil des Klepper-Sees zu erkennen. In dem großen Gebäude am See sitzt u. a. die Verwaltung

Die Klepper-Werke in Rosenheim am Inn sind alter Familienbesitz. Sie sind weit und breit der sozialste Betrieb und der jetzige Inhaber Hans Klepper ist Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer. Die Klepper-Fabrikate sind Markenartikel, sind über die ganze Welt verbreitet. Das Werk wurde durch Bomben völlig zerstört und ist heute größer als vor dem Krieg. Der Auftragsbestand ist heute so hoch, daß Lieferfristen von vielen Wochen notwendig wurden.

Diese Zusammenstellung von Tatsachen gab den aktuellen Anlaß, nach Rosenheim zu fahren und Herrn Klepper selbst ebenso wie sein Werk kennenzulernen. Der Vater und der Großvater von Hans Klepper waren Schneidermeister — und waren Bergsteiger. Nur ein Naturfreund, ein Freund der bayrischen Berge und der wilden Flüßchen dieser Gegend konnte den Gedanken an einen wetterfesten Mantel, ein wetterfestes Zelt und ein Boot, das leicht zu transportieren war, aufkommen und verfolgen lassen.

Bleiben wir zunächst beim Faltboot. Die Idee, ein tragbares Boot zu schaffen, ist uralt. Schon die Indianer hatten Boote aus Tierfellen, mit Bambusstäben gehalten. Aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges ist eine Notiz auf unsere Zeit gekommen, wo in Deutschland jemand an ein zusammenlegbares Boot gedacht hat. Später wurde in den USA dieser Gedanke wieder aufgegriffen, aber erst Johann Klepper, dem Vater von Hans Klepper, gelang es nach jahrelanger Forschungs- und Konstruktionsarbeit, eine Haut und ein Gerippe herzustellen, das seinen Ansprüchen genügte. Es war die Zeit der Jahrhundertwende. 1907 erschienen die ersten Klepper-Faltboote auf den Flüssen Deutschlands. Belacht, kritisiert, als Seelenverkäufer bezeichnet — so etwa wie das Automobil, Johann Klepper ließ sich nicht betren, und es fanden sich immer mehr Sportsleute, die sich über dieses leichte Boot freuten. 1909 überquerte ein Engländer im Klepperboot den Ärmelkanal. Die Entwicklung ging weiter. 1928 überquerte Kapitän Romer mit einem Klepperboot in 56 Tagen den Atlantischen Ozean; er fuhr von Portugal über die Kap-Verdischen-Inseln zum Karibischen Meer. 1937 erhielt das Klepperboot auf der Weltausstellung die Goldmedaille und den Grand Prix.

Jetzt ist Hans Klepper in Amerika gewesen. In zweieinhalb Monaten bereiste er Nord- und Südamerika. Ganzseitige Inserate erschienen in nordamerikanischen Zeitungen. Er brachte soviel Aufträge mit, daß er jetzt alle Mühe hat, sie auszuführen. Viele Tausend Klepperboote werden im Laufe des nächsten Jahres — diesmal in Kisten gepackt und auf großen Schiffen — über den großen Teich fahren und dort deutsche Qualitätsarbeit und Unternehmerleistung zeigen. Die bedeutendsten Männer haben sich des Klepperfaltbootes bedient: Amundsen und Wegener auf ihren arktischen Reisen, Sven Hedin bei seinen Tibet-Expeditionen, die deutsche Himalaja-Expedition und viele Forscher auf ihren Südsee-Reisen und in Ägypten. Unvergeßlich sind alle olympischen Faltbootsiege in Klepperbooten. Das Boot wurde immer weiter verbessert. Die neueste Konstruktion, der „Klepper-Aerius", ein zweisitziges Boot ist durch aufpumpbare Bordschläuche an den Längsseiten des Bootes unsinkbar geworden. Die schnittige Form ist dadurch nicht verlorengegangen.

So sah es im Mai 1945 bei Klepper aus

Das Klepper-Zelt gehört irgendwie zum Klepper-Boot. Das tragbare Hotel des Sportlers und Touristen, die zuverlässige Unterkunft für Forschungsreisende — man kann eben im Klepper-Zelt bei gutem und schlechtem Wetter im Freien behaglich kampieren.

Von der Klepper-Bekleidung ist der Klepper-Mantel wohl das bekannteste Stück. Der Naturfreund, der in den bayerischen Bergen seine Touren machen will, brauchte einen haltbaren, wetterfesten und zugleich leichten Mantel. Einen solchen Mantel zu schaffen, war nicht leicht. Ein Tuchmantel war nicht wasserdicht und zu schwer, und ein Gummimantel schlägt die Körperwärme feucht am Mantel nieder. Johann Klepper ging den richtigen Weg. Der Klepper-Mantelstoff ist ein Maktzogewebe — aus ägyptischer Baumwolle — das in einem für Klepper patentierten Verfahren mit einer Gummilösung bestrichen wird. Große Streichmaschinen stellen bei Phönix in Harburg den Klepper-Mantelstoff her. Die vielen Ventilationsschlitze verhindern Wärmestauungen im Innern des Mantels. So wurde der Klepper-Mantel zum idealen Regenmantel: federleicht, wasserdicht und strapazierfähig.

Es gibt noch eine Reihe anderer Klepper-Spezialitäten, die den Klepper-Mantel ergänzen. Damit auch die Hosenbeine und Strümpfe trocken bleiben, schuf Klepper die „Zwillinge", die von Berufstätigen, von Jägern und Fischern sehr geschätzt werden. Für den Kletterer in den bayerischen Bergen brachte Klepper eine Hose, die „Rose eisenfest". Nach Johann Kleppers Tod im vorigen Jahr führt nun sein Sohn Hans Klepper den Betrieb. Auch er entwickelt Neuigkeiten. Wir sahen bereits einiges im Versuchsstadium, aber wir verraten noch nichts. Auch diese Neuerungen versprechen eine Sensation zu werden.

Einfahrt zu den Klepper-Werken

Und nun gehen wir in den Betrieb. Tausend Menschen arbeiten heute wieder in den neuerrichteten Fabrikhallen. Wenige Tage vor Kriegsschluß wurden die Klepper-Werke schwer bombardiert und gingen in Flammen auf. Was übrig blieb, zeigen die Bilder — und was heute wieder dasteht, lassen die andern Bilder erkennen. Es kam noch hinzu, daß Hans Klepper erst wieder im Februar 1948 über sein Werk frei verfügen konnte — also nur vier Monate vor der Währungsreform. Aber 1949 hatte er bereits wieder 750 Beschäftigte. Niemand half ihm. Heute steht das ganze Werk wieder da — größer und schuldenfrei. Das ist die Aufbauleistung eines Mannes, eines Unternehmers und einer Gefolgschaft, die mit ihm durch dick und dünn geht. Viele Frauen, die wir in dem Betrieb trafen, sind schon jahrzehntelang bei Klepper. 15 Jahre, 20 Jahre und mehr sind keine Seltenheit. Hans Klepper kennt sie alle, und wenn er mit ihnen spricht, dann fühlt man die Verbundenheit dieser Arbeiterinnen mit ihrem Unternehmer. Nicht patriarchalisch, sondern gleich auf gleich.

Da wir gerade bei dem menschlichen Problem sind, wollen wir zeigen, was ein Unternehmer, der einen Betrieb aus den Trümmern aufbauen mußte, auch materiell in sozialer Hinsicht leisten kann. Der weitaus größte Teil der Klepper-Gefolgschaft sind Mädels. Sie kommen auf etwa 1.12 DM Lohn je Stunde. Klepper arbeitet nicht nach Akkord, sondern hat ein eigenes Prämiensystem aufgebaut auf einem tariflichen Wochenlohn. Die Arbeiterinnen sind mit diesem System sehr zufrieden. Im Jahr 1949, als Klepper durchschnittlich 700 Arbeiter und Angestellte hatte, gab Klepper 1 350 000.— DM an Löhnen und Gehältern aus — und an besonderen sozialen Zuwendungen noch einmal 304 000 DM. Damit machten die freiwilligen sozialen Aufwendungen fast fünfzig Prozent der Gesamtlohnsumme aus. In diesem Betrag sind enthalten: freiwillig gezahlte Prämien, übertariflich bezahlte Löhne und Gehälter, ein Zuschuß von 100 000 DM zu dem Siedlungsvorhaben, auf das wir noch kommen, fast 160 000 DM für Weihnachten, weiter die Zuschüsse für die Werksküche, für übertarifliche Urlaub, für Fahrtkosten-Ersatz, für Werksbekleidung, für eine zusätzliche Altersversicherung, für einen Zuschuß für die Einkellerung von Kartoffeln, für Betriebsausflüge, für Geburtsbeihilfen usw.

Im Gegensatz zu der Beobachtung, die man in anderen Betrieben machen kann, gehen immer mehr Gefolgschaftsmitglieder von Klepper mittags in die Werksküche, um zu essen. Der Speisesaal, den wir sahen, faßt etwa 550 Personen. Da aber jetzt schon 650 dort essen wollen, mußte ein größerer Raum gebaut werden — und er wird gerade gebaut (siehe Bild). Dieser Raum wird 1000 Personen fassen. Eine große, moderne Küche ist ebenfalls fast fertig. (Diese ganze neue Anlage kostet 170 000 DM; der alte Speiseraum wird Gymnastikhalle). Ein Kindergarten nimmt den arbeitenden verheirateten Frauen die Sorge um die Kinder in der Arbeitszeit ab. 18 Wohnungen hat Klepper im Laufe des Jahres 1950 bauen lassen. Die Anlagen im Werk, die der Freizeit dienen, sind mustergültig. Überall grüne Anlagen, schöne große, blaugestrichene Bänke und der große Klepper-See. Aber auch eine große Holzwand steht hier, an der viele, viele Proben des Mantelstoffes befestigt sind. Tag und Nacht sind sie Sonne, Wind und Regen ausgesetzt. Solche Bewetterungen sind auch in den Tropen gemacht worden.

Trockenöfen für das Holz der Klepper-Boote. In diesen Öfen bleibt das Holz bei ca. 70 Grad 300 Stunden lang

Nun gehen wir in den Betrieb. Die eine Halle dient als Lagerraum für Stoffe und anderes Rohmaterial, aber demnächst wird in einem Teil dieser Halle auch die Zuschneiderei für die Klepper-Mantelstoffe eingerichtet werden, weil in der großen Halle durch die zunehmende Beschäftigung nicht mehr der für die Zuschneiderei notwendige Platz zur Verfügung steht. Das andere Gebäude beherbergt die Schreinerei für den Bootsbau, die Versuchs- und Kontrollabteilungen (jeder Stoff, der hereinkommt, geht erst durch eine Prüfanlage) und die Dampfkesselanlage. Den einen alten Kessel haben die Arbeiter aus den Trümmern wieder ausgegraben und ein neuer Kessel ist in diesem Jahr wieder hinzugekommen. In dem Hauptgebäude ist der große Arbeitssaal, in dem rund 600 Mädchen den Klepper-Mantel nähen und fertigmachen. Der Saal hat eine Klima-Anlage, um die Luft immer sauber zu halten. Tatsächlich merkte man in dem ganzen Raum keinen Gummigeruch. An den Arbeitsplätzen, an denen Gummilösungsmittel verwendet werden müssen, ist dieses Mittel in einer verschlossenen Blechdose, so daß sich hier kaum Gerüche entstehen können. Sowohl in diesem großen Saal wie in dem kleineren Nebensaal im ersten Stock laufen Fabrikationshänder, die den Mantel von der einen Arbeiterin zur nächsten befördern. Die Arbeitsvorrichtungen sind genau ausgearbeitet. Was uns auffiel, war, daß es heute auch deutsche Knopfannähmaschinen gibt, die noch vor 15 Jahren, als wir einen großen Textilbetrieb in Deutschland besuchten, nur amerikanischen Ursprungs waren. Die Knopflochmaschinen sind auch heute noch nicht deutscher Konstruktion. Sinnreiche Vorrichtungen sorgen für das Trocknen einer gerade aufgestrichenen Gummilösung, bis die nächste Arbeiterin diesen Teil zur Weiterverarbeitung nimmt. Die Bordeln laufen auch durch eine Gummilösung, ehe sie eingearbeitet werden. Erstaunlich viel wird an dem Mantel genäht; es sind eigentlich nur wenige Teile, die geklebt werden.

Noch kurz ein Blick in den Bootsbau. Das Gerippe ist aus Eschenholz und Sperrholz. Dieses Sperrholz ist salzwasserfest verleimt. Die Haut ist 5-fach und die Seele der Haut aus festem Segeltuch. Gerade im Bootsbau fanden wir viele alte Betriebsangehörige. Im Herbst wird hier sonst wenig gearbeitet, aber jetzt ist man schon an den großen Aufträgen für die USA. Klepper hat, um die Saisonschwankungen auszugleichen, in seiner Schreinerei auch die Produktion von Garnrollen begonnen. Der Bootsbau läuft meist nur von Weihnachten bis in den späten Sommer hinein. Die übrige Zeit überbrückt die Schreinerei mit der Garnrollen-Herstellung.

Der Umsatz der Klepper-Werke ist heute etwa doppelt so hoch wie in den besten Friedensjahren, dabei sind die Preise nur höchstens 30% höher als vor dem Kriege. Etwa 1½ Mill. DM dürfte heute der monatliche Umsatz bei den Klepper-Werken betragen. Es wird nur in einer Schicht gearbeitet. Für eine zweite Schicht würde das Rohmaterial insbesondere an Klepper-Mantelstoffen fehlen.

Klepper unterhält noch einen zweiten, viel kleineren Betrieb in Rheinhausen, wo er heute Popeline-Mäntel herstellt. In Kriegszeiten war dort ein Ausweichbetrieb von Klepper.

Es berührte uns zunächst eigenartig, als uns Herr Klepper mit den Worten: „jetzt kommen Sie in die Seele des Betriebs" in die Adrema-Abteilung führte. Viele hunderttausend Adressen sind dort in großen Schränken aufgehoben. Klepper hat nämlich sein eigenes Verkaufssystem. In acht Großstädten unterhält er eigene Filialen. Die Klepper-Niederlagen (etwa 30) sind in Sportgeschäften. Diese verkaufen in Kommission für Klepper; der Kunde erhält also eine Nota der Firma Klepper. Auf dieser Nota steht der Name des Kunden. Von dem ersten Kauf eines Klepper-Erzeugnisses an wird der Kunde laufend durch Prospekte mit den weiteren und den neuen Erzeugnissen der Kepperwerke vertraut gemacht. Wer nämlich einmal ein Klepperfabrikat gekauft hat, gehört zum Kreis der Personen, die auch mit anderen Klepperprodukten angesprochen werden können. Name und Adresse zufriedener Kunden zu Hunderttausenden, das ist allerdings ein Kapital, ein Kapital des Vertrauens. Darum ist die Adrema-Abteilung bei Klepper die Seele des Geschäfts.

Das neue Zweisitzer-Klepperfaltboot „Aerius"

Hans Klepper hat eine mustergültige Wiederaufbauarbeit geleistet. Er ist ein Unternehmer, wie man ihn sich wünschen kann, er ist sich dieser Verantwortung und dieser Aufgabe bewußt. Darum arbeitet er auch sehr aktiv in der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer mit. Er läßt in diesem Kreis seine gesunden Ansichten wirken. Er liebt den Wettbewerb, und weil er ihn liebt, setzt er sich für die freie Wirtschaft ein. Er betont mit Recht, daß die Erfahrungen aus der Zeit, als die schöpferische Kraft des Unternehmers nicht in seinem Betrieb wirken konnte, weil die Alliierten, sei es durch Verfügung, sei es durch Einsperren, diese Männer daran hinderten und Treuhänder an deren Stelle einsetzten, gezeigt haben, wohin man kommt, wenn der eigene Unternehmer fehlt. Es gibt nicht ein Beispiel, wo diese Treuhänder richtig funktioniert haben. Das sollte doch zu denken geben. Bei Klepper sieht man, was ein Unternehmer wirtschaftlich und sozial leisten kann. H.

Zwei Krasler ruhen aus: Kleppermäntel schützen sie vor Wind u. Regen

Links der große Arbeitssaal, rechts der kleine Arbeitssaal im ersten Stock des gleichen Gebäudes; hier wird der Klepper-Mantel hergestellt.